

14. Sitzung

Mittwoch, den 27.05.2015

Erfurt, Plenarsaal

**a) Aktuelle Stunde auf Antrag
der Fraktion der SPD zum The-
ma: „Thüringer Beitrag zum
NPD-Verbotsverfahren“**

917

Unterrichtung durch den Präsi-
denten des Landtags
- Drucksache 6/614 -

Marx, SPD
Fiedler, CDU
Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dittes, DIE LINKE
Muhsal, AfD
Gentele, fraktionslos
Dr. Poppenhäger, Minister für Inneres und Kommunales

917, 918
919
920
921
922
922
923

**b) Aktuelle Stunde auf Antrag
der Fraktion der CDU zum The-
ma: „Sicherheitslücken bei De-
monstrationen am ersten Mai-
wochenende in Saalfeld, Erfurt
und Weimar - Fehler des Thü-
ringer Ministeriums für Inneres
und Kommunales bei der Be-
wertung der Sicherheitslage?“**

925

Unterrichtung durch den Präsi-
denten des Landtags
- Drucksache 6/620 -

Walk, CDU

925, 926,
926

Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	926
Dittes, DIE LINKE	927
Henke, AfD	928
Marx, SPD	929
Dr. Poppenhäger, Minister für Inneres und Kommunales	930
Fiedler, CDU	932

c) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema: „Der Thüringer Bahngipfel – Zukunft des Fernverkehrs sichern“ 932

Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags
- Drucksache 6/624 -

Kobelt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	932
Malsch, CDU	933
Rudy, AfD	934
Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE	934
Warnecke, SPD	935
Keller, Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft	936

d) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema: „Moderne Bildungspolitik jetzt: Frühkindliche Bildung für alle fördern!“ 937

Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags
- Drucksache 6/640 -

Wolf, DIE LINKE	937, 945
Muhsal, AfD	938, 945, 945
Rosin, SPD	940
Kowalleck, CDU	940, 941, 946
Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	941
Dr. Klaubert, Ministerin für Bildung, Jugend und Sport	943

e) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der AfD zum Thema: „Unterschätzt die Landesregierung linksextremistische Gefahren in Thüringen?“ 946

Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags
- Drucksache 6/641 -

Aussprache

Höcke, AfD	946, 947
Fiedler, CDU	947
Marx, SPD	948
Prof. Dr. Hoff, Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei	949

**Erstes Gesetz zur Änderung
des Thüringer Feiertagsge-
setzes (Gesetz zur Einführung
eines Gedenktags für die Be-
freiung vom Nationalsozialis-
mus am 8. Mai)**

950

Gesetzentwurf der Fraktionen
DIE LINKE, der SPD und BÜND-
NIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 6/584 -
ERSTE BERATUNG

*Der Gesetzentwurf wird an den Innen- und Kommunalausschuss –
federführend –, an den Ausschuss für Europa, Kultur und Medien so-
wie an den Ausschuss für Migration, Justiz und Verbraucherschutz
überwiesen.*

*Die beantragte Überweisung des Gesetzentwurfs an den Ausschuss
für Wirtschaft und Wissenschaft wird abgelehnt.*

Blechtschmidt, DIE LINKE

950

Fiedler, CDU

950, 951

Pelke, SPD

952

Kießling, AfD

953

Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

954, 959,

960

König, DIE LINKE

955

Gruhner, CDU

957, 957,

959, 959

Kobelt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

959

Hausold, DIE LINKE

960

Wirkner, CDU

961

Götze, Staatssekretär

962

Anwesenheit der Abgeordneten:**Fraktion der CDU:**

Bühl, Carius, Emde, Fiedler, Floßmann, Geibert, Grob, Gruhner, Herrgott, Heym, Holbe, Holzapfel, Kellner, Kowalleck, Lehmann, Lieberknecht, Liebetrau, Malsch, Meißner, Mohring, Primas, Reinholz, Scherer, Schulze, Tasch, Thamm, Tischner, Dr. Voigt, Walk, Walsmann, Wirkner, Worm, Wucherpfennig, Zippel

Fraktion DIE LINKE:

Berninger, Blechschmidt, Dittes, Engel, Hande, Harzer, Hausold, Hennig-Wellso, Huster, Jung, Kalich, König, Korschewsky, Kräuter, Kubitzki, Kummer, Kuschel, Leukefeld, Lukasch, Dr. Martin-Gehl, Mitteldorf, Müller, Schaft, Dr. Scheringer-Wright, Skibbe, Stange, Wolf

Fraktion der SPD:

Becker, Hey, Höhn, Lehmann, Marx, Matschie, Mühlbauer, Pelke, Dr. Pidde, Rosin, Taubert, Warnecke

Fraktion der AfD:

Henke, Höcke, Kießling, Krumpe, Möller, Muhsal, Rudy

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Adams, Henfling, Kobelt, Pfefferlein, Rothe-Beinlich, Siegesmund

fraktionslos:

Gentele, Helmerich

Anwesenheit der Mitglieder der Landesregierung:

Die Minister Taubert, Prof. Dr. Hoff, Keller, Dr. Klaubert, Lauinger, Dr. Poppenhäger, Siegesmund, Werner

Beginn: 14.02 Uhr

Präsident Carius:

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich heiße Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen Sitzung des Thüringer Landtags, die ich hiermit eröffne. Ich begrüße auch die Gäste auf der Besuchertribüne sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Medien.

Für diese Plenarsitzung hat Herr Abgeordneter Kobelt als Schriftführer neben mir Platz genommen. Die Redeliste wird von Frau Abgeordnete Rosin geführt.

Für die heutige Sitzung haben sich entschuldigt: Herr Ministerpräsident Ramelow, Herr Abgeordneter Brandner sowie die Frau Abgeordnete Herold. Dann darf ich noch darüber informieren, dass Herr Abgeordneter Helmerich mir gestern angezeigt hat, dass er aus der Fraktion der AfD ausscheidet.

(Beifall DIE LINKE)

Gleichwohl nimmt er noch in den Reihen der AfD-Fraktion Platz, weil es von gestern Nachmittag auf heute nicht möglich war, die Sitze so schnell umzubauen. Das machen wir dann in der nächsten Plenarsitzung.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Vorsichtshalber noch ein paar andere!)

Herr Fiedler will auch einen Sonderplatz?

(Heiterkeit im Hause)

Nein, okay!

Der Ältestenrat hat in seiner 8. Sitzung am 19. Mai beschlossen, das bisherige Verfahren zur Durchführung von Ton- und Bildaufnahmen durch Mitarbeiter oder Beauftragte der Fraktionen während der Plenarsitzung des Landtags durch die Erteilung von personenungebundenen Dauergenehmigungen für maximal zwei Fraktionsmitarbeiter oder Beauftragte pro Fraktion zu modifizieren. Soweit von der Dauergenehmigung Gebrauch gemacht wird, weisen sich die entsprechenden Fraktionsmitarbeiter bzw. Beauftragten äußerlich erkennbar aus.

Aufgrund der Eilbedürftigkeit habe ich für Frau Anja Ulbricht für Salve TV sowie für Herrn Matthias Eckert, der Fotos von den Abgeordneten der Fraktion Die Linke während der Plenarsitzung fertigen wird, jeweils eine Sondergenehmigung für Bild- und Tonaufnahmen für alle drei Plenarsitzungen im Monat Mai gemäß der Regelung für dringende Fälle nach § 17 Abs. 4 Satz 1 der Geschäftsordnung erteilt.

Dann darf ich darüber informieren, dass der Landfrauenverband heute Abend zu einem parlamentarischen Abend eingeladen hat, der nach dem Ende der Plenarsitzung um 19.00 Uhr beginnen soll.

Die Fraktionen sind im Ältestenrat übereingekommen, den Tagesordnungspunkt 16 am Freitag als ersten Tagesordnungspunkt aufzurufen. Die Unterrichtung dazu hat die Drucksachennummer 6/646.

Der Tagesordnungspunkt 17 wurde abgesetzt. Die Fraktion der AfD hat gebeten, den Tagesordnungspunkt für die Plenarsitzung im Monat Juni vorzusehen.

Die Beschlussempfehlung zu Tagesordnungspunkt 2 hat die Drucksachennummer 6/634.

Zu TOP 18, der Fragestunde, kommen die Mündlichen Anfragen in den Drucksachen 6/613, 6/615, 6/618, 6/626, 6/627, 6/631, 6/632 und 6/635 hinzu. Die Mündliche Anfrage in der Drucksache 6/590 wurde in eine Kleine Anfrage umgewandelt.

Die Landesregierung hat mitgeteilt, zu den Tagesordnungspunkten 4, 6, 7 und 11 von der Möglichkeit eines Sofortberichts gemäß § 106 Abs. 2 der Geschäftsordnung Gebrauch zu machen.

Jetzt frage ich: Wird der Ihnen vorliegenden Tagesordnung zuzüglich der von mir genannten Ergänzungen widersprochen? Das ist nicht der Fall, dann arbeiten wir die so ab.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 19**, die Aktuelle Stunde. Alle Fraktionen haben jeweils eine Aktuelle Stunde eingereicht. Jede Fraktion hat in der Aussprache eine Redezeit von 5 Minuten für das Thema. Die Redezeit der Landesregierung beträgt grundsätzlich 10 Minuten für jedes Thema. Bei fraktionslosen Abgeordneten beträgt die Gesamtredezeit in der Aktuellen Stunde, also alle Teile zusammengenommen, 5 Minuten. Diese Gesamtredezeit kann durch einen fraktionslosen Abgeordneten auf die beantragten Themen zur Aktuellen Stunde aufgeteilt werden. So weit dazu. Zwischenfragen sind nicht zulässig.

Ich eröffne damit den **ersten Teil**

a) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der SPD zum Thema: „Thüringer Beitrag zum NPD-Verbotsverfahren“

Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags
- Drucksache 6/614 -

Ich eröffne die Aussprache und erteile Frau Abgeordneter Marx das Wort. Sie haben das Wort.

Abgeordnete Marx, SPD:

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Das NPD-Verbot – wir haben unsere Hausaufgaben gemacht –, es geht um den Thüringer Beitrag. Wie Sie alle wissen, hat uns die Debatte gerade um das schreckliche Erbe des NSU dazu geführt, dass wir

(Abg. Marx)

uns als Thüringer in der letzten Legislaturperiode dafür starkgemacht haben, ein erneutes NPD-Verbotsverfahren auf den Weg zu bringen. Wie Sie wissen, war das erste Verbotsverfahren 2003 daran gescheitert, dass das Bundesverfassungsgericht das Verfahren in der Mitte mit der Begründung gestoppt hat, dass es festgestellt hatte, dass zahlreiche V-Leute verschiedener Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder auf verschiedenen Ebenen in der NPD aktiv gewesen sind. Die Einstellung des Verfahrens, der Abbruch des Verfahrens wurde damals damit begründet ...

Präsident Carius:

Frau Kollegin Marx – sehr geehrte Kollegen, ich darf doch um etwas mehr Aufmerksamkeit für die Rednerin bitten.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben weiter das Wort.

Abgeordnete Marx, SPD:

Die Einstellung des Verfahrens, der Abbruch des Verfahrens beim Bundesverfassungsgericht wurde damals damit begründet, dass man sich schlechterdings nicht vorstellen könne, dass so viele V-Leute in führenden Funktionen der NPD ohne Einfluss auf die Politik und auf die Gestaltung der Arbeit dieser Partei seien. Es war deswegen sehr wichtig, im Vorfeld des neuen NPD-Verbotsverfahrens, das schon in der alten Legislaturperiode neu eingeleitet worden ist, alle V-Leute in diesem Bereich rechtzeitig abzuschalten. Und Thüringen hat seine Hausaufgaben gemacht.

Das ist auch ein Grund, warum es wichtig ist, dass wir V-Leute abschalten. Das ist keine Gefährdung unserer Sicherheit, sondern sichert unsere Sicherheit. Dazu kommen wir an anderer Stelle heute vielleicht auch noch.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es sichert auch das NPD-Verbotsverfahren ab.

Wir haben uns damals hier mehrheitlich dafür entschieden, dass wir für Leute, bei denen Rassismus und Menschenverachtung Alltagsmaxime sind, kein Parteienprivileg mehr erhalten wollen. Und wir haben in der Beschäftigung in der letzten Legislaturperiode mit dem NSU auch feststellen müssen, dass die Grenzen der NPD zum braunen Terror durchaus fließend sind.

Auf der Anklagebank in München in dem noch laufenden Prozess sitzt unter anderem Ralf Wohlleben aus Thüringen. Er ist früherer NPD-Vizechef hier in Thüringen gewesen. Ihm wirft die Bundesanwaltschaft Beihilfe zu sechs Morden des NSU vor. Ein

weiterer Angeklagter im Münchener Verfahren ist André Eminger. Als er Anfang 2012 festgenommen wurde, suchte er gerade Unterschlupf auf einem brandenburgischen Hof bei seinem Zwillingenbruder, der Stützpunktleiter der Jungen Nationaldemokraten in Potsdam gewesen ist. Schließlich finden wir dort auch noch Holger Gerlach als mutmaßlichen Terrorhelfer, auf dessen Namen die Täter ein Wohnmobil für einen ihrer Mordausflüge anmieteten.

Nach Angaben des niedersächsischen Verfassungsschutzes war übrigens dieser Holger Gerlach 1999 auch auf der Hochzeit des Neonazis Thorsten Heise vertreten, des Thorsten Heise, der dann später bis in den Bundesvorstand der NPD aufgestiegen ist. Mittlerweile ist er mehrfach vorbestraft und jetzt – wie wir unlängst erfahren konnten – der nette Nachbar von Herrn Höcke. Das haben Sie doch so gesagt: Ein nettes nachbarschaftliches Verhältnis.

(Zwischenruf Abg. Höcke, AfD: Unerträglich! Diese Kontextualisierung ist unerträglich!)

(Beifall SPD)

Das finde ich überhaupt nicht.

Deshalb ist uns hier in Thüringen nicht nur aufgrund der Last des NSU eine klare Abgrenzung unseres Rechtsstaats von der NPD über alle Parteigrenzen hinweg immer so wichtig gewesen und wir hatten sie auch.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt hat sich allerdings schon eben hier vorne einer aufgeregt, dem das so ein bisschen egal ist,

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Der weiß schon, warum!)

denn er hat sich geweigert, in einer eidesstattlichen Versicherung seine Behauptung zu untermauern, dass er selbst nicht Wegbereiter der NPD und kein Verfasser entsprechender Artikel unter dem Pseudonym „Landolf Ladig“ sei.

(Unruhe AfD)

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass wir nicht im Mittelalter sind, ist ein guter Hinweis, den gebe ich gern an Ihre Fraktion zurück, denn was derzeit bei Ihnen abläuft, mutet ja auch etwas sehr mittelalterlich an. Das, was Sie uns hier vorführen, sind wir hier im Umgang mit den Fraktionsmitgliedern nicht gewohnt.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen deswegen nicht nur ein NPD-Verbot, sondern auch eine klare Abgrenzung von der NPD. Es wäre schön, wenn Sie sich an den anderen

(Abg. Marx)

Fraktionen des Hauses wirklich mal ein Beispiel nehmen könnten. Aber in Ihrer Selbstherrlichkeit ist Ihnen das ja nicht gegeben.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Carius:

Das Wort hat nun Abgeordneter Fiedler für die Fraktion der CDU.

Abgeordneter Fiedler, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mich erst mal gewundert, Frau Marx, warum wir das Thema überhaupt jetzt noch mal hier als Aktuelle Stunde thematisieren. Aber das ist ja Ihr gutes Recht. Ich will daran erinnern, dass der Bundesrat am 3. Dezember 2013 beim Bundesverfassungsgericht einen Antrag auf Verbot der NPD nach Artikel 21 Grundgesetz eingereicht hat. Das ist schon ein Stückchen her. Ich will auch daran erinnern, dass die damalige schwarz-rote Thüringer Landesregierung im Bundesrat für das NPD-Verbotsverfahren stimmte und damit einen guten Beitrag geleistet hat. Nunmehr rühmt sich die SPD damit, ebenso wie die Linke und die Grünen, Thüringen habe durch die Abschaltung von V-Leuten das NPD-Verbotsverfahren vorangetrieben. Das erschließt sich mir überhaupt nicht, aber ich werde noch ein paar Sätze sagen. Ob dies in Bezug auf das Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht zutreffend ist, vermag ich nicht umfassend zu beurteilen. Darüber entscheiden die Verfassungsrichter. Tatsache ist aber auch, dass Thüringen mit der Abschaltung – und jetzt hören Sie bitte zu – aller V-Leute selbst zur Gefahr wird. Ohne entsprechende Leute in der Szene gehen hier mit der Zeit Stück für Stück Insiderkenntnisse verloren. Ich unterstreiche:

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Welche?)

Es geht nicht – damit das nicht vermischt wird – um Führungsleute. Seit vielen Jahren gab es eine klare Entscheidung, dass Führungsleute abgeschaltet werden. Das ist keine neue Erfindung, sondern läuft schon länger. Das wäre fast so, wenn man das jetzt so nach und nach immer mehr abschaltet, als würde man jedem Verfassungsschützer gleich einen Blindenhund oder Blindenstock an die Hand geben. Wer ein Frühwarnsystem bzw. eine Vorfeldaufklärung will, der braucht auch zwingend V-Leute. Anderenfalls können wir den Verfassungsschutz wirklich gleich schließen.

(Beifall DIE LINKE)

Dann soll auch die SPD sagen, macht das Ding zu, wir brauchen ihn nicht. Dann soll sie sich bekennen.

Wer sich immer wieder auf das Thema NSU zurückzieht, vergisst, dass in erster Linie die fehlerhafte Auswertung und die ungenügende Weitergabe der erlangten Informationen das Problem war. Frau Marx, Sie sind da federführend, und meinen, NSU ist alles, was es auf der Welt noch gibt. Schlimm genug, dass es den gab und dass das jetzt so gelaufen ist, aber das ist nicht alles. Und die, ich könnte sagen, Konsequenz der Denkweise, die Sie vielleicht haben, ist, etwas überspitzt gesagt, als würde man auf die Feuerwehr verzichten, nur weil sie bei einem Brand mal Fehler gemacht haben. Das machen wir auch nicht. Wenn der Verfassungsschutz Fehler gemacht hat, brauchen wir ihn deswegen nicht abzuschaffen.

(Beifall CDU)

Deswegen muss man schon einmal auf die Dinge hinweisen. Vor allen Dingen möchte ich die Genossen der SPD hier im Hause zudem noch einmal daran erinnern, dass ihre Haltung zur Abschaltung von V-Leuten im direkten Gegensatz zu den Innenexperten der SPD-Bundestagsfraktion steht. Wie Sie wissen, haben sich die SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Eva Högl und Burkhard Lischka in einem Positionspapier mit dem Titel „Für eine echte Reform des Verfassungsschutzes“ klar zum Einsatz von V-Leuten positioniert. In dem Papier heißt es wörtlich: „Da sich gerade gewaltbereite extremistische Milieus häufig konsequent von der Außenwelt abschotten, ist der Einsatz von V-Personen oft das einzige erfolgversprechende nachrichtendienstliche Instrument, um die Beteiligten zu beobachten und zu identifizieren.“ Ich kann Ihnen nur sagen, deutlicher geht es nicht. Sie sollten vielleicht auch einmal in den Bund schauen – die sind wahrscheinlich auch keine Deppen – und mit Ihren eigenen Genossen und Genossen einmal reden, dass man hier in Thüringen davon vielleicht lernen kann. Deswegen, meine Damen und Herren, ist es wichtig, darauf werden wir immer wieder hinweisen, dass es nicht weiter sein darf und kann, dass einige Länder sagen: Thüringen fassen wir mit spitzen Fingern an, wenn es darum geht, Informationen aus den anderen Verfassungsschutzämtern zu liefern. Ich sage bewusst: mit spitzen Fingern anfassen. Wir haben hier eine Verantwortung, dass wir nicht isoliert werden, sondern dass wir umfassend in diesen Gefährdungslagen, die wir im Land haben, darauf achten, dass wir die entsprechenden Informationen bekommen. Ich will es noch einmal abschließend sagen: Führungsleute – ganz klar, aber wir haben so viele extremistische Dinge, die laufen, dass es da sein muss, in dem sogenannten Fußvolk Informanten zu haben. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Präsident Carius:

Vielen Dank, Herr Kollege Fiedler. Das Wort hat nun Kollege Adams von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Fiedler, ich will Ihnen zum Anfang gleich an mindestens zwei Stellen widersprechen. Einmal will ich Ihnen dazu widersprechen, dass Sie fortwährend versuchen darzulegen, dass Thüringen im Verbund der Verfassungsschutzämter oder unter den Innenministern wegen der neuen rot-rot-grünen Landesregierung und ihrer Position, also der Position der rot-rot-grünen Landesregierung, zu den V-Leuten in der Kritik stehen würde. Das ist nicht so. Thüringen steht seit langer Zeit in der Kritik in diesem Verbund der Verfassungsschutzämter, insbesondere wegen Menschen wie Herrn Roewer, der hier lange Präsident gewesen ist. Das ist lange her, kann man sagen, aber auch wegen des

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Ein schlimmer Finger!)

schwarz-roten Gesetzentwurfs zum letzten Verfassungsschutzgesetz –

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

genau deswegen. Seitdem fasst man uns mit spitzen Fingern an. Das hat nichts mit Rot-Rot-Grün zu tun, sondern das hat eher etwas mit Schwarz-Rot zu tun.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Nein, das stimmt nicht!)

Das Interessante, finde ich, ist, dass Sie das wissen und dass Sie seit Beginn dieser Legislatur immer wieder versuchen, es anders darzustellen.

Der zweite Widerspruch, sehr geehrter Herr Fiedler, ist Ihr Beispiel. Sie haben gesagt: Weil die Feuerwehr einmal versagt hat, schaffen wir nicht die freiwillige Feuerwehr ab. Wir alle wissen, dass das töricht wäre. Aber wenn sich ein Instrument der Feuerwehr als brandbeschleunigend oder als Brandbeschleuniger herausgestellt hat, dann werden wir diesen Brandbeschleuniger nicht wieder einsetzen, meine sehr verehrten Damen und Herren,

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und genau das trägt unsere Position zu den V-Leuten.

(Unruhe CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vielleicht ein dritter Punkt, Herr Fiedler, wo ich Ihnen widerspreche: Ich hatte den Eindruck, dass Sie zumin-

dest der Meinung sind, dass sich Rot-Rot-Grün bei der Frage des NPD-Verbots einig ist. Das ist nicht so und das wissen Sie und wir haben darüber auch im Rahmen unseres Koalitionsvertrags intensive Debatten geführt. In den Reihen von Bündnis 90/Die Grünen wird diese Frage eines Parteienverbots grundsätzlich und solange ich dabei bin, seit Ende der 90er-Jahre, immer mit unterschiedlichen Ausgängen kontrovers diskutiert – immer eine knappe Entscheidung, gerade dafür oder gerade dagegen. Grundsätzlich ist der Stand aber, wir sind zu Recht sehr skeptisch bei einem NPD-Verbotsverfahren. Natürlich wäre es wunderbar, wäre die NPD am nächsten Morgen, wenn wir wieder aufstehen, mit dem Morgengrauen weg, sie wäre einfach nicht mehr da. Aber wer glaubt denn wirklich, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass mit dem Nicht-Mehr-Vorhandensein der NPD auch rechtes Gedankengut aus dem Freistaat Thüringen verschwunden wäre? Das wäre nicht der Fall, nicht einmal – und das gilt es zu befürchten – wären alle Organisationsstrukturen weg,

(Beifall Abg. Fiedler, CDU)

denn da haben sich insbesondere neue Informations- und Organisationsstrukturen aufgebaut oder können schnell aufgebaut werden.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Vollkommen richtig!)

Und dann ist es wieder am Staat zu beweisen, dass die eine freie Kameradschaft, die sich bemüht, keine Struktur zu zeigen, aber sie natürlich hat, der Unterschlupf geworden ist, oder sich eine neue rechte Partei auf den Weg macht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das alles ist nicht auszuschließen,

(Beifall Abg. Fiedler, CDU)

deshalb bleiben wir skeptisch, was ein solches Verbotsverfahren angeht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Nichtsdestotrotz, wenn es nun auf den Weg gebracht ist – und da möchte ich Herrn Innenminister Poppenhäger ganz herzlich danken und das war, glaube ich, auch Anlass für die Aktuelle Stunde, dass er alles dafür getan hat, was Thüringen dafür tun kann –, wenn das Verfahren nun mal auf den Weg gebracht ist, dass es auch zum Erfolg kommen kann, es aber zumindest nicht am Thüringer Handeln scheitert. Vielen Dank dafür.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Carius:

Vielen Dank, Herr Adams. Das Wort hat nun Abgeordneter Dittes für die Fraktion Die Linke.

Abgeordneter Dittes, DIE LINKE:

Meine Damen und Herren! Herr Fiedler, eines ängstigt mich wirklich an Ihrem Redebeitrag, nämlich die Ernsthaftigkeit, mit der Sie hier vorgetragen haben, dass der Verfassungsschutz ohne den Rückgriff auf die V-Leute blind sei. Denn wenn unsere Sicherheit in diesem Land tatsächlich davon abhängig ist, dass Neonazis mit Geld davon überzeugt werden müssen, Informationen über ihre Peergroup zu verraten, ohne dass sie sich ideologisch nur ein My verändern müssen, dann macht es mir wirklich Angst.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage Ihnen ganz ehrlich, das ist nämlich die Konsequenz, die wir bei der Aufarbeitung des V-Mann-Systems festgestellt haben, nicht nur in Thüringen, sondern auch im Quervergleich zu den zahlreichen zutage getretenen Erfahrungen in anderen Bundesländern und auch in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, den wir ziehen müssen, dass dieses Instrument ein untaugliches und gefährliches Instrument ist. Vor diesem Hintergrund, meine sehr verehrten Damen und Herren der SPD-Fraktion, gebe ich Ihnen den Rat, sich nicht nur bei der Bundestagsfraktion schlauzumachen, sondern auch bei der SPD in Bayern, die mit der Aufforderung, den Verfassungsschutz aufzulösen, in den bayerischen Landtagswahlkampf gegangen ist. Ich gebe zu, ich habe den Verdacht, dass das Landtagswahlprogramm bei der SPD in Bayern möglicherweise etwas anders ausgesehen hätte, wenn es die reale Chance gegeben hätte, dort tatsächlich Regierungsverantwortung zu übernehmen. Umso wichtiger und politisch richtiger ist es, in Thüringen, nachdem dies gelungen ist, auch tatsächlich politische Verantwortung zu übernehmen, diesen Schritt der Abschaffung der V-Leute tatsächlich konsequent in diesem Bereich zu gehen.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Da würde ich lieber die anderen Bundesländer fragen!)

Meine Damen und Herren, Herr Adams ist darauf eingegangen, zum NPD-Verbotsverfahren kann man durchaus sehr unterschiedlicher Auffassung sein, insbesondere hinsichtlich seiner gesellschaftspolitischen Wirkung. Denn eines ist das sehr weitreichende, in politische Bürgerrechte eingreifende Instrumentarium des Parteiverbots nämlich nicht: ein politisches Instrument in der Auseinandersetzung mit politisch unliebsamen Gruppierungen und Organisationen. Denn wenn man erreichen will, dass die NPD kein Geld mehr aus der staatlichen Parteienfinanzierung erhält, wenn man erreichen will, dass die NPD ihre menschenverachtende Ideologie nicht mehr auf der Straße grölend zutage trägt, wenn man erreichen will, dass man während Wahlkämpfen keine rassistischen Plakate mehr im

öffentlichen Bild sehen will, und wenn man erreichen will, dass die NPD als neonazistische Organisation nicht mehr auf den Wahlzetteln steht und mal mehr oder weniger von Menschen in diesem Land gewählt wird, dann muss man sich um die Einstellungen der Menschen in diesem Land bemühen, dann muss man dafür Sorge tragen, dass neonazistische, rassistische Einstellungen keine Anschlussfähigkeit in der Mitte der Gesellschaft haben. Man muss den politischen Boden für Einstellungen entziehen, die regelmäßig und zwingend Voraussetzung auch für Straftaten, insbesondere für Gewalttaten sind. All das, meine Damen und Herren, vermag ein NPD-Verbot nicht zu erreichen.

(Beifall DIE LINKE)

Es birgt – da bin ich dem Kollegen Adams sehr dankbar, dass er das ausgeführt hat – tatsächlich auch Risiken, nämlich dass mit dem Organisationsverbot das Sichtbarmachen von Einstellungen praktisch verhindert wird und damit auch rechtsextreme, neonazistische, rassistische Einstellungen den gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen entzogen werden, und es birgt natürlich auch das Risiko – und das Beispiel der Partei „Der III. Weg“ ist angesprochen worden –, dass sich Neonazis in Ersatzstrukturen neu organisieren und die Gefahren, denen eigentlich mit einem Verbot begegnet werden soll, weiter fortbestehen.

Eines gilt auch: Wenn die sehr hohen verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für ein Parteiverbot gegeben erscheinen, dann wäre es in der Öffentlichkeit nicht vermittelbar, einen entsprechenden Antrag nicht zu stellen, wie das der Bundesrat – Sie haben es angesprochen – am 3. Dezember 2013 getan hat. Es gehört dann eben auch zu der Konsequenz, dieses Verfahren bis zum Ende zu betreiben, und zwar qualitativ mit dem Ziel, es zum Erfolg zu führen.

Ich will daran erinnern, dass das letzte Verbotsverfahren im Jahr 2003 daran scheiterte, dass eine Sperrminorität von drei Verfassungsrichtern eben nicht mehr der Auffassung war, dass man bei der neonazistischen NPD von einer staatsfernen Organisation sprechen könne. So ist es eben auch ein Thüringer Beitrag durch die Abschaltung von V-Leuten in sämtlichen Bereichen der NPD. Da geht es uns nicht nur um die Führungsgremien, die Einfluss auf die Organisationsentwicklung nehmen; es geht auch um die V-Leute, die Einfluss auf die Aktivitäten der NPD, wie beispielsweise am 1. Mai in Weimar, genommen haben, dass die nicht mehr im Sold des Staates stehen, dass der Staat darüber keinerlei Beeinflussung neonazistischer Aktivitäten mehr nimmt, und das ist eben der ernst zu nehmende, wichtige Thüringer Beitrag in diesem NPD-Verbotsverfahren und der unterscheidet tatsächlich dieses Verbotsverfahren von dem Verbotsverfahren 2003, was gescheitert ist, unter anderem auch mit

(Abg. Dittes)

Hinweis auf einen in Thüringen sehr aktiven und sehr umtriebigen Neonazi Tino Brandt, der im Sold des Staates stand. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Carius:

Vielen Dank. Das Wort hat nun Abgeordnete Muhsal für die Fraktion der AfD.

Abgeordnete Muhsal, AfD:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Abgeordnete der Altparteien – ich hoffe, Sie verzeihen mir, dass ich Sie heute nicht gesondert begrüße, auch wenn ich den Beitrag für Herrn Brandner halte! Herr Adams, ich möchte mich bei Ihnen für den inhaltlichen und weitgehend sachlich gehaltenen Beitrag als Vertreter der Regierungsfractionen bedanken. Ich versuche, mich auch sachlich zu halten, im Gegensatz zu manch anderem, Frau Marx.

Zurzeit wird vom Bundesverfassungsgericht ein Antrag auf Verbot der NPD beraten, der 2013 vom Bundesrat eingereicht worden war. Der Freistaat Thüringen hat unter der damaligen Landesregierung den Antrag unterstützt. Das Verfahren war von Anfang an politisch umstritten, nicht zuletzt weil ein seit 2001 betriebenes früheres Verbotsverfahren gegen die NPD im Jahr 2003 aufgrund von Verfahrensfehlern – Stichwort „V-Leute“ – schließlich gescheitert war. Während dieses ältere Verfahren von den drei Verfassungsorganen Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung betrieben worden war, haben diesmal Bundesregierung und Bundestag keinen eigenen Verbotsantrag beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Die damalige schwarz-gelbe Bundesregierung hielt einen eigenen Antrag, wie es hieß, für nicht erforderlich. Der seinerzeitige FDP-Bundesminister Rösler wurde damals mit den Worten zitiert, man könne Dummheit nicht verbieten. Auch im Bundestag überwog am Ende die Skepsis gegenüber einem Verbotsantrag bzw. dessen Erfolgsaussichten, sodass man im April 2013 mit den Stimmen der schwarz-gelben Koalition entschied, keinen eigenen Antrag des Bundestags zu stellen. So wird das gegenwärtige Verfahren jetzt nur von den Bundesländern betrieben und es bleibt abzuwarten, wie das Karlsruher Gericht entscheidet.

Inwiefern ein Thüringer Beitrag dazu momentan aktuell sein soll, Frau Marx, bleibt mir ein Rätsel. Die AfD-Fraktion hat jedenfalls das volle Vertrauen in die Kompetenz des Bundesverfassungsgerichts und ist im Übrigen der Auffassung, dass der Thüringer Landtag nicht der richtige Ort ist, um über eine mögliche Entscheidung des Gerichts zu spekulie-

ren. Wir müssen schlicht abwarten, wie das Verfahren ausgeht.

(Beifall AfD)

Im Übrigen, Frau Marx, muss ich mich wundern, wenn Sie Herrn Heise für einen netten Nachbarn halten. Vielleicht sollten Sie Ihre Gesinnung da noch einmal überdenken.

(Beifall AfD)

Noch mal mein Appell an Sie: Vielleicht sollten Sie in einer Aktuellen Stunde – ich bin zwar noch nicht so lange hier wie Sie – ein aktuelles Thema wählen, das für den Freistaat Thüringen relevant ist. Danke schön.

(Beifall AfD)

Präsident Carius:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Muhsal. Das Wort hat nun Abgeordneter Gentele.

Abgeordneter Gentele, fraktionslos:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Besucher! Ich danke der SPD-Fraktion für den Antrag zur Aktuellen Stunde mit dem Thema „Thüringer Beitrag zum NPD-Verbotsverfahren“.

(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: Bitte!)

(Beifall SPD)

Wie wir aktuell überall der Presse entnehmen können, steigen die Übergriffe und Straftaten von rechtsextremen Gewalttätigen gegenüber unseren Bürgern und Politikern an. Erst am 1. Mai 2015 haben wir mitbekommen, wie die Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten mit Bürgern umgeht, ihr demokratisches Recht auf Meinungsfreiheit wahrnimmt. Brutal wurden Menschen in Weimar zusammengeschlagen und verletzt. Auch in Sachsen-Anhalt, in Tröglitz, protestierten wochenlang Rechtsextreme gegen die Aufnahme von Asylbewerbern, die von der NPD maßgeblich angeführt wurden. Diese Proteste endeten mit einem Brand. Zum Glück war das Heim unbewohnt. Auch Wahlkreisbüros von Kollegen verschiedener Fraktionen waren Ziel rechter Gewalt, was ich verurteile. Unser Ministerpräsident wurde auch bedroht. Wessen Geistes Kind diese Leute sind, sehen wir anhand ihrer Gewalttaten. Aufhetzen von Bürgern gegen Asylanten gehört auch dazu.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Asylbewerber heißt das!)

Gut, dann eben Asylbewerber.

Man kann durchaus von Verfassungsfeinden sprechen. Was kann unser Beitrag zum NPD-Verbotsverfahren sein?

(Abg. Gentele)

Erstens: Die jüngste Aufforderung des Bundesverfassungsgerichts, alle NPD-V-Leute in Führungsebenen abzuschalten, ist ein wesentlicher Beitrag. Es müssen alle Bundesländer dringend dieser Aufforderung nachkommen, und zwar über Parteigrenzen hinweg. Es gibt mittlerweile andere Wege als V-Leute.

(Beifall SPD)

Zweitens: Polizei-, Verfassungs- und Staatsschutz müssen besser zusammenarbeiten, um alle Beweise zu liefern, um der NPD ihre antidemokratischen Einstellungen vorzuspiegeln.

Drittens: Die Landesregierung muss mit Netzwerken gegen Rechtsextreme in Kontakt treten, um auch von denen mögliche Beweise zu bekommen, die belegen, dass die NPD verfassungswidrig gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland arbeitet.

Erkenntnisse über die rechtsextreme Terrorgruppe „Oldschool Society“ gelten als weiterer Beleg für die Gefährlichkeit der NPD. Ich verweise darauf, dass sich der festgenommene Vizechef der vor wenigen Tagen zerschlagenen Gruppe in der rechtsextremen Partei engagiert hatte. Das zeige, wie richtig das Verbotsverfahren ist.

Die NPD finanziert sich zu einem guten Teil aus staatlichen Mitteln. Allein 2014 waren es nach dem Parteiengesetz 1,4 Millionen Euro aus Steuergeldern. Dabei ist diese Partei im Kern demokratiefeindlich und fremdenhassend. Das belegt der Antrag aus meiner Sicht zweifellos. Alle angeführten Straftaten, die ich zu Anfang meiner Rede erläuterte, zeigen, wie gefährlich und extremistisch die NPD und ihre Anhänger agieren. Dieses erneute NPD-Verbotsverfahren darf nicht scheitern.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sehr geehrte Damen und Herren, alle Parteien sind aufgerufen, gegen die NPD zusammenzustehen, weil wir Demokraten die freiheitliche demokratische Grundordnung und das Grundgesetz achten. Unterstützen wir alle zusammen und leisten wir unseren Beitrag für ein NPD-Verbot in Deutschland! Ich widerspreche ganz klar einigen Abgeordneten hier im Haus und halte eine Resozialisierung von NPD-Mitgliedern für falsch. Ich lehne sie ab, weil man dann deren Sprache spricht. Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Abg. Helmerich, fraktionslos)

Präsident Carius:

Vielen Dank, Herr Kollege Gentele. Für die Landesregierung hat nun der Innenminister das Wort.

Dr. Poppenhäger, Minister für Inneres und Kommunales:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, vielleicht einen Satz zu meinem Vorredner. Ja, auch die Thüringer Landesregierung will natürlich nicht, dass sich Parteien wie die NPD indirekt über Wahlkampfkostenerstattung von Steuergeldern finanzieren – da kann ich Ihnen nur völlig recht geben. Deshalb lassen Sie mich auch gleich zu Anfang sagen: Die Einreichung eines Antrags zum Verbot der NPD beim Bundesverfassungsgericht durch den Bundesrat im Dezember 2013 war und ist nicht nur eine rechtsstaatlich gebotene, sondern auch eine notwendige Maßnahme. Dieser Antrag ist auch Ausdruck einer wehrhaften Demokratie, die eben den Gegnern und Feinden der Demokratie nicht den Raum lässt, sie zu zerstören. Die NPD, ihre Mitglieder, aber auch ihre Unterstützer haben nach Auffassung der Landesregierung in der Vergangenheit in vielfältiger Weise unter Beweis gestellt, dass es ihnen am Ende immer nur darum geht, das demokratische Gemeinwesen zu diskreditieren, zu unterminieren und es letztlich zu beseitigen zugunsten einer kruden völkisch-rassistischen Ordnung. Dem wollen wir entschieden und entschlossen begegnen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gerade Thüringen als das Bundesland, aus dem die Verbrechenstserie des NSU ihren Ausgang genommen hat, ist hier besonders verpflichtet. Wir wollen besonders konsequent gegen rechtsextremistisches Gedankengut vorgehen und gemeinsam mit Bund und Ländern einen Beitrag zur Bekämpfung liefern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, am 14. Dezember 2012 haben 15 Länder – unter ihnen auch der Freistaat Thüringen – im Bundesrat beschlossen, einen neuen Anlauf beim Verbot der NPD zu nehmen und einen entsprechenden Verbotsantrag vorzubereiten. Ferner hatten sich sowohl die Ministerpräsidentenkonferenz als auch die Innenministerkonferenz für die Stellung eines entsprechenden Verbotsantrags ausgesprochen.

Am 3. Dezember 2013 wurde dann vom Bundesrat durch die Prozessbevollmächtigten Prof. Dr. Möllers und Prof. Dr. Waldhoff der Verbotsantrag beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Die Länder haben mithilfe und unter Beteiligung der Bundesregierung – das will ich ausdrücklich betonen – zur Vorbereitung eines erneuten Verbotsantrags eine über 1.000 Seiten starke Materialsammlung mit 2.600 Beweissachverhalten erstellt, die zwischenzeitlich aufgrund der ständigen Ergänzungen auf circa 4.000 Sachverhalte angewachsen ist. Diese Beweissachverhalte belegen nach unserer Auffassung auch die aggressiv-kämpferische und verfas-

(Minister Dr. Poppenhäger)

sungsfeindliche Grundhaltung der NPD und ihrer Mitglieder sowie der Sympathisanten der Partei.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, Thüringen hat von Beginn an aktiv an der Vorbereitung des neuen Verbotsantrags in der Innenministerkonferenz und in den Arbeitsgruppen der Sicherheitsbehörden mitgearbeitet und auch entsprechende Beispiele aus Thüringen beige-steuert. Ich will nachfolgend auf einige Beispiele aus der Thüringer Materialsammlung eingehen, die, wie ich meine, exemplarisch die verfassungsfeindliche Ausrichtung der NPD deutlich werden lassen.

1. Ein Antrag des NPD-Kreisverbands Saalfeld-Rudolstadt auf Nichtzulassung öffentlicher Medien zum Landesparteitag 2012: Verschiedene Vorwürfe gegen die als „Systemmedien“ bezeichneten Pressevertreter schließen mit dem Satz „Ganz im Gegenteil, wird uns in der bevorstehenden Phase des Zusammenbruchs des heutigen Finanz- und damit politischen Systems die Aufgabe zukommen in den [...] Redaktionsstuben mit eisernem Besen zu kehren.“

2. In der NPD-Regionalzeitung „Weimarer Landbote“ agitiert das Vorstandsmitglied des Thüringer NPD-Landesverbands Kammler gegen eine vermeintliche „Zigeunerflut“ in Deutschland.

3. Die Thüringer NPD führte im Wahlkampf des Jahres 2009 eine Kampagne gegen den CDU-Politiker Zeca Schall. Die NPD hatte seinerzeit in ihrem sehr aggressiven Wahlkampf zur Landtagswahl 2009 auf einem Wahlplakat den Integrationsbeauftragten der Thüringer CDU neben einer Bratwurst abgebildet und als „falschen Thüringer“ titulierte. Der NPD-Politiker Schwerdt wurde übrigens deswegen wegen Beleidigung verurteilt. Das Gericht sah auch den Beleidigungstatbestand als erfüllt an, da – ich zitiere – „die Plakatdarstellung die Erklärung impliziert, dass der Geschädigte als Mensch mit dunkler Hautfarbe deswegen in Thüringen nichts zu suchen habe, also eine Äußerung, die ihm einen nicht vorhandenen Mangel an personalem Geltungswert nachsage“, so das Gericht.

4. Der NPD-Politiker Wieschke agitiert in einer Regionalzeitung „Bürgerstimme“ gegen sogenannte Stolpersteine und bewegt sich dabei argumentativ knapp an der Grenze zur Holocaust-Leugnung, wenn er ausführt – ich zitiere –, schon gar nichts angesichts uns vorgehaltener Verbrechen mit der die heutige Generation, ob wahr, ob erlogen oder übertrieben dargestellt, rein gar nichts mehr zu tun haben kann.

5. Ein als Hans-Dieter Jahnke bezeichneter Autor hetzt in der NPD-Regionalzeitung „Der Rennsteig Bote“ unter der Überschrift „Mobile ethnische Minderheit“ gegen angeblich bettelnde Ausländer in Gotha. Er bezeichnet diese als „Zigeuner, sogenannte Wohlstandsfolger“.

6. Herr Morgenroth, Beisitzer im NPD-Landesvorstand, NPD-Kreisvorsitzender in Weimar und auch Stadtrat in Weimar veröffentlicht auf der Internetseite des Kreisverbands einen Beitrag zum Jahresabschluss, in dem er ein Zitat des früheren NSDAP-Funktionärs und sogenannten Reichsjugendführers Baldur von Schirach voranstellt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, Rechtsextremismus – dies zeigt auch die Materialsammlung – ist ein länderübergreifendes Phänomen und insofern müssen wir dem länderübergreifend geschlossen entgegentreten. Dass dies gelingt, zeigt auch der gemeinsame Antrag von 15 deutschen Ländern. Die Materialsammlung wird, wie bereits erwähnt, ständig fortgeschrieben und ist auch während des laufenden Verbotsverfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht erneut ergänzt worden und auch hierzu wird Thüringen selbstverständlich seinen Beitrag leisten.

Jüngst wurde der Überfall auf eine DGB-Veranstaltung zum 1. Mai in Weimar durch Rechtsextremisten als weiterer Beweissachverhalt aufgenommen, weil uns Erkenntnisse vorliegen, die auf die Initiative und Durchführung dieses Überfalls durch die Funktionäre der Jugendorganisation der NPD hinweisen. Dieser Überfall ist, wie wir meinen, auch ein erschreckender Beleg für den von der NPD propagierten sogenannten Kampf um die Straße, der darauf ausgerichtet ist, eine Atmosphäre der Angst im Stile der Machenschaften der nationalsozialistischen SA der 1920er- und 1930er-Jahre zu erzeugen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Bundesrat hat auf eine gerichtliche Aufforderung vom 19. März dieses Jahres hin dem Bundesverfassungsgericht am 13. Mai umfangreiche Unterlagen der Sicherheitsbehörden der Länder und des Bundes vorgelegt, die belegen, dass diese im Zuge der Vorbereitung des Verbotsverfahrens alle Vorkehrungen und Maßnahmen getroffen haben, um ein rechtsstaatliches Verfahren zu ermöglichen. Wir haben es vorhin in mehreren Redebeiträgen gehört und auch ich will es noch mal wiederholen: Die Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Bestrebungen und Aktivitäten wird auch im Falle eines erfolgreichen Antrags eines Verbots der NPD nicht zu Ende sein. Die vielfältigen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus erfordern auch im Fall eines Erfolgs vor Gericht weiterhin alle Aufmerksamkeit der Sicherheitsbehörden, aber auch ein friedliches zivilgesellschaftliches Engagement der Bürgerinnen und Bürger, welches sich gegen jede Form des Rechtsextremismus wendet. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Abg. Gentile, fraktionslos, Abg. Helmerich, fraktionslos)

Präsident Carius:

Vielen Dank, Herr Minister Poppenhäger. Ich schließe den ersten Teil und rufe auf den **zweiten Teil**

b) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der CDU zum Thema: „Sicherheitslücken bei Demonstrationen am ersten Maiwochenende in Saalfeld, Erfurt und Weimar - Fehler des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales bei der Bewertung der Sicherheitslage?“

Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags

- Drucksache 6/620 -

Das Wort erhält Abgeordneter Walk für die CDU-Fraktion.

Abgeordneter Walk, CDU:

Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werte Besucher auf der Besuchertribüne, ich sehe auch interessierte ehemalige Kollegen, meine Fraktion hat heute einen Polizeieinsatz zum Thema der Aktuellen Stunde gemacht, und zwar einen nicht alltäglichen Polizeieinsatz zum ersten Maiwochenende, an dessen Ende mindestens 27 verletzte Kundgebungsteilnehmer und Polizeibeamte festzustellen sind. Um es gleich voranzustellen: Es geht uns gerade nicht darum, den Einsatzbeamten vor Ort zu kritisieren, der im Wortsinn „seinen Kopf hinhalten“ muss.

(Beifall CDU, DIE LINKE, AfD; Abg. Gentele, fraktionslos)

19 – ich wiederhole die Zahl: 19 verletzte Polizeibeamte allein in Saalfeld. Die Hausleitung des Innenministeriums sowie die Führungsebene der Polizei müssen sich daher die Frage gefallen lassen, ob die Sicherheitslage am 1. Mai richtig eingeschätzt wurde und ob die richtigen Schlussfolgerungen gezogen wurden. Aus dem kleinen Einmaleins der Einsatzlehre: Erkenntnislage, Lagebeurteilung, Einsatzvorbereitung, Kräfordisposition, Einsatzdurchführung sowie das flexible Reagieren auf plötzliche Lageveränderungen. Ich stelle die Frage: Passte hier wirklich alles gut zusammen? Der MDR hat die zentralen Fragestellungen zu diesem Einsatz aus meiner Sicht gut auf den Punkt gebracht. Ich zitiere: Sind die Rechtsextremisten in Thüringen besser organisiert als der Verfassungsschutz oder wie kam es zu den Überfällen in Saalfeld und Weimar am 1. Mai? – so das „Thüringen Journal“ am 21. Mai. Das Bündnis „Zivilcourage und Menschenrechte“ im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt bewertete den Saalfelder Polizeieinsatz als desaströs. Soziologe Matt-

hias Quent – er war selbst vor Ort in Saalfeld – spricht von Polizeiversagen.

Doch zu den Fakten: Zunächst nach Weimar, wo circa 40 Rechtsextremisten ein friedliches Maifest des DGB stürmten und mindestens drei Personen verletzten, darunter auch Weimars Oberbürgermeister. Aber auch in Saalfeld war die Polizeiführung nicht imstande, einen Marsch von circa 70 bis 80 Rechtsextremisten zu verhindern bzw. diesen rechtzeitig zu begleiten. Dass es sich insoweit um ein Fehlurteil der Polizeiführung handelte, haben Sie, Herr Minister, bereits in Ihrer Pressekonferenz am 4. Mai eingeräumt.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, mir ist bewusst, dass die Polizei an diesem Maiwochenende sehr wohl an ihren Grenzen war: Saalfeld, zwei Demos in Erfurt, Sögida in Hildburghausen und das Fußballderby Jena gegen Magdeburg. Gleichwohl hätte die Polizeiführung sowohl in Weimar als auch in Saalfeld besser reagieren müssen. Unabhängig von der Frage, welche Erkenntnisse Thüringer Sicherheitsbehörden im Vorfeld über rechtsextreme Gruppierungen hatten, hatte der DGB mit dessen Bezirksvorsitzender Gabriele Kailing das Thüringer Innenministerium rechtzeitig vor der Veranstaltung am 1. Mai schriftlich gebeten, die Kundgebung vor Neonazis zu schützen. Fest steht: Zum Zeitpunkt des Überfalls – das ist entscheidend – befand sich gerade mal eine Fußstreife vor Ort. Eine Fußstreife, Herr Minister, wie kann das sein? Zu klären ist auch die Frage, wie es den 40 zum Teil polizeibekannten Rechtsextremisten aus vier Bundesländern, darunter ein Großteil mit Bezügen zur NPD-Jugendorganisation – Herr Minister hat es eben ausgeführt – gelingen konnte, sich zielgerichtet, aber völlig unbenutzt auf den Überfall in Weimar vorzubereiten. Ich will es noch mal deutlich machen: 40 Rechte – und es waren eben nicht nur Mitläufer, der Minister hat es ja gesagt – kommunizieren länderübergreifend über einen längeren Zeitraum, organisieren und treffen sich, fahren dann nach Weimar und keiner merkt es. Unter Beobachtung der rechten Szene verstehen wir jedenfalls etwas anderes.

(Beifall CDU, AfD)

Wie bereits erwähnt, hatte der Innenminister selbst konstatiert, dass es in Saalfeld zu einer Einsatzpanne gekommen ist. Auch Frau Abgeordnete König, die selbst vor Ort war, hat auf ihrer Homepage Folgendes eingestellt, ich zitiere: „... Neonazi-Gewalt, unverantwortliche Polizeistrategie, Konsequenzen erforderlich.“ Und weiter: „Dieser Vorfall ist [...] nur die Spitze des Eisberges eines zum Teil desaströsen Polizeieinsatzes am 1. Mai in Saalfeld.“ Der MDR berichtet wie folgt, Zitat: Denn obwohl fast 1.000 Polizisten im Einsatz waren, konnten knapp 100 Rechtsextremisten durch die Stadt ziehen und sich auf Gegendemonstranten stürzen. Drei Menschen wurden dabei verletzt. Völlig unbehelligt mar-

(Abg. Walk)

schierten die Neonazis aus Sachsen-Anhalt nach dem brutalen Angriff zum Veranstaltungsort. Die Polizei griff nicht ein, weder beim Überfall, wo mindestens ein Einsatzwagen vor Ort war, noch im Nachhinein. Vor Ort herrschte Chaos, sagen selbst Polizeieinsatzkräfte. So weit der MDR.

Sehr geehrte Damen und Herren, aber auch folgende Frage ist zu klären, nämlich die Rolle von Mitgliedern der Landesregierung. So befand sich der Innenstaatssekretär im Einsatzraum in Saalfeld. Dazu gehörte offenbar auch ein Besuch bei der örtlichen Einsatzleitung. Was allerdings ausgeschlossen sein muss, ist die Weitergabe von aktuellen polizeilichen Einsatzinformationen. Völlig inakzeptabel wäre zudem die mögliche Einflussnahme auf Entscheidungen sowie polizeiliche Einsatzmaßnahmen. Die Fragen liegen damit auf der Hand: Welche Absprachen gab es zwischen Herrn Staatssekretär, der polizeilichen Einsatzführung sowie Mitgliedern des Thüringer Landtags? Was war Intention, was war Inhalt der Gespräche und mit welchen Konsequenzen? Diese und weitere Fragen gilt es dringend zu klären.

Präsident Carius:

Die Redezeit ist beendet.

Abgeordneter Walk, CDU:

Fakt ist auch – und damit komme ich zum Schluss –, dass die Landesregierung ihre Kernaufgabe, nämlich den Schutz der Bevölkerung, sträflich missachtet hat. Diesem Anspruch, dieser Kernaufgabe wurden weder die Landesregierung noch die Polizeiführung gerecht.

Präsident Carius:

Herr Walk, Ihre Rede ist jetzt zu Ende.

Abgeordneter Walk, CDU:

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, AfD; Abg. Gentile, fraktionslos)

Präsident Carius:

Ich danke Ihnen. Frau Abgeordnete Henfling für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt.

Abgeordnete Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Schon beim Lesen der Aktuellen Stunde – Herr Walk, die Kritik geht in Ihre Richtung, das müssten Sie besser wissen; dass Sie alle diese drei Tage auch aus Polizeisicht in einen Topf werfen, ist nicht ganz redlich, wenn ich das mal so sagen darf. Wir haben sowohl am 1., 2. und am 3. Mai

ganz unterschiedliche Einsatzlagen vorgefunden. Das sollten Sie vielleicht an der Stelle noch mal herausarbeiten. Ich war selber am 1. Mai in Saalfeld vor Ort und ich war am 2. Mai in Erfurt vor Ort. Für Saalfeld lässt sich an dieser Stelle feststellen, dass es bis zum Mittag dort relativ friedlich verlief, was sicherlich auch damit zu tun hatte, dass zu diesem Zeitpunkt noch nicht besonders viele Neonazis vor Ort waren. Das stellte sich dann erst im Laufe des Vormittags heraus und wuchs am Ende auf 700 Neonazis aus dem Spektrum „Der III. Weg“, der Neonazipartei, an, die dann – leider Gottes – durch die Saalfelder Innenstadt geleitet wurden, teilweise aber eben auch ohne Polizeibegleitung durch die Innenstadt geführt wurden. Es ist, glaube ich, ohne Frage, dass an diesem Tag in Saalfeld Fehler passiert sind, das steht außer Frage, das beurteile ich auch so, und ich denke, das ist uns hier auch allen bewusst. Da sind alle an dieser Stelle kritikfähig, insbesondere auch das Innenministerium. Ich finde es aber unredlich, das jetzt dem Innenministerium aufzubürden und so zu tun, als wäre dort die alleinige Verantwortung, und nicht mal die Frage zu stellen, welche Verantwortung beispielsweise die Ordnungsbehörde vor Ort getragen hat. Ich glaube, so kommen wir nicht zu einer ordentlichen Aufklärung. Wir sind aber sehr gewillt, diese ordentliche Aufklärung durchzuführen, um aus diesen Fehlern zu lernen, denn, wenn wir aus diesen Fehlern insbesondere in Saalfeld nicht lernen, können wir es auch nicht besser machen. Die Situation in Saalfeld war sehr unschön und ich muss sagen, ich bin ja nun demonstrationserfahren, was das angeht.

(Heiterkeit CDU)

Ja, das ist nicht witzig! Sie sind sehr selten dort. Sie würde ich da gern öfter mal sehen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich muss ehrlich sagen, dass das an diesem Tag durchaus viele Leute als sehr chaotisch empfunden haben. Wir müssen aber auch feststellen, dass der 1. Mai in Saalfeld der größte Neonaziaufmarsch am 1. Mai war, deutschlandweit, und ...

(Zwischenruf Abg. Walk, CDU)

Doch! Nennen Sie mir bitte einen Naziaufmarsch, Herr Walk – das können wir nachher noch mal klären –, der an dem Tag größer war und der vor allen Dingen aus einem so gewaltbereiten Spektrum kam. Von daher, glaube ich, haben wir da auch noch einiges aufzuarbeiten.

Worum geht es uns als Grüne? Wir wollen eine ganzheitliche Aufarbeitung. Es geht hier nicht nur darum zu sagen, das Innenministerium ist schuld, die Polizei ist schuld, die Ordnungsbehörde ist schuld. Wir müssen uns das in der Gesamtschau anschauen, dafür sorgen, dass so was nicht wieder

(Abg. Henfling)

passiert, weil es richtigerweise natürlich um den Schutz der Versammlungsteilnehmer und -teilnehmerinnen und der Menschen, die sich im antifaschistischen und zivilgesellschaftlichen Spektrum engagieren, geht. Das müssen wir sicherstellen. Solche Leute dürfen keine Angst haben, wenn sie gegen Neonazis auf die Straße gehen. Ich glaube, das ist das Wichtige. Deswegen eine umfassende Aufklärung. Ihre Aktuelle Stunde greift mir da deutlich zu kurz. Das hat so ein bisschen das Geschmäckle, dass man hier dem Innenministerium etwas aufbürden will, was so einfach nicht ist.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Och, das ist ja schrecklich!)

Präsident Carius:

Danke, Frau Henfling. Ich darf vielleicht noch sagen, dass sich die Demonstrationserfahrung durchaus auf verschiedene Demonstrationen erstrecken kann. Wir kommen dann zu Herrn Dittes für die Fraktion Die Linke.

Abgeordneter Dittes, DIE LINKE:

Keine Angst, meine Damen und Herren, ich rede nicht über meine Demonstrationserfahrung. Das tun Sie ja häufig genug.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Noch einer, der Erfahrung hat!)

(Heiterkeit CDU, DIE LINKE)

Herr Walk, in einem Punkt bin ich Ihnen ausgesprochen dankbar und in einem weiteren Punkt muss ich ausdrücklich und grundsätzlich Kritik an Ihrem Redebeitrag voranstellen. Das Erste: Wofür bin ich Ihnen dankbar? Dass Sie den ideologischen Schaukampf Ihrer Kollegen Mohring und Fiedler nicht nachvollzogen haben

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und das Pult hier nicht dazu benutzt haben, um eine unsägliche Verknüpfung zwischen der Entscheidung der Landesregierung zur Abschaffung der V-Leute und dem zu verurteilenden Angriff von Neonazis auf den DGB in Weimar herzustellen. Dafür bin ich Ihnen dankbar. Ich werde aber im Verlauf meines Redebeitrags dennoch etwas dazu sagen müssen, weil Ihre Fraktion genau diesen Zusammenhang in die öffentliche Diskussion gestellt hat.

Was ich kritisiere, ist, was ich schon seit einiger Zeit in Ihrer Fraktion beobachte: Sie stellen sich im Rahmen der Aktuellen Stunde hier hin, verlangen Aufklärung und sagen, dass Sie viele Fragen haben, zählen die auch auf, aber eine Woche zuvor im Innenausschuss haben wir genau diese Fragen

thematisiert. Es ist Ihnen doch auch bewusst, dass Sie diese Fragen, die Sie hier stellen, gar nicht im Rahmen einer Aktuellen Stunde, in einem 5-Minuten-Redebeitrag erörtert bekommen. Es geht Ihnen letztendlich um den Effekt. Aber – und das will ich Ihnen zugutehalten – ein Effekt ist natürlich mit einer Aktuellen Stunde verbunden und der muss nicht per se schlecht sein, sondern ist auch ein politisches Signal.

Ich glaube, da fehlten mir an Ihrem Beitrag einige politische Signale, die wir tatsächlich aussenden müssen, auch hier von diesem Pult aus. Ich will Ihnen eines nennen, das haben die beiden Vorredner bislang nicht getan. Unsere Anteilnahme gilt als Erstes den beiden Menschen, die in Saalfeld schwer verletzt worden sind,

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

von denen ich weiß, dass mindestens einer dieser Beratung beiwohnt. Unsere Anteilnahme gilt auch denen, die in Weimar und in Saalfeld leicht verletzt worden sind. Denn wenn wir nach diesem Wochenende etwas konstatieren und wenn wir diese Zahl der Verletzten auf der Seite derer zur Kenntnis nehmen, die ihre politische Verantwortung gerecht wahrgenommen haben, um gegen Neonazis auf die Straße zu gehen, wenn die verletzt worden sind, dann ist etwas schiefgelaufen, Herr Innenminister. Dann müssen wir auch als Koalitionsfraktionen, als Landesregierung transparent in der Öffentlichkeit für die Aufklärung der Ursachen sorgen, die nämlich tatsächlich für die Fehler verantwortlich sind, die am 1. Mai in Saalfeld vor Ort begangen oder durch wen auch immer verursacht worden sind. Da müssen wir die Frage nach der Verantwortung der Versammlungsbehörde stellen. Wir müssen die Frage nach dem Zusammenwirken der Landespolizei, der Bundespolizei und der Versammlungsbehörde stellen und wir müssen sicherlich auch einzelne Entscheidungen vor Ort hinterfragen. Aber eines, denke ich, kann man hier einmal als politisches Signal aussenden und das will ich auch aus Sicht der Linke-Fraktion deutlich tun: Die Gesamteinsatzlage vom 1. Mai bis zum 3. Mai in Thüringen war eine außerordentliche und sie führte zu einer außerordentlichen Belastung von Polizeibeamten an diesen Tagen. Wir müssen konstatieren, dass das polizeiliche Einsatzkonzept in der überwiegenden Anzahl der Einsätze tatsächlich Umsetzung gefunden hat. Aber es gab in Saalfeld ein Geschehen, was, glaube ich, tatsächlich als Fehler zu bezeichnen ist. Insofern ist die Ankündigung, dass wir hier zu einer sachlichen Aufklärung beitragen wollen, auch – und so verstehe ich das – aufseiten der Landesregierung ein Diskussionsangebot an diejenigen, die beispielsweise in der Pressemitteilung des Bündnisses aus Saalfeld ihre Erfahrungen von diesem Tag wiedergegeben haben und natürlich auch Antworten auf ihre Fragen zu polizeilichen

(Abg. Dittes)

Entscheidungen, aber auch zu Geschehensabläufen haben möchten. Ich sehe das als ausdrückliches Diskussionsangebot auch unsererseits an diese Menschen, die dort verantwortlich politisch gegen Neonazis auf die Straße gegangen sind.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn ich aber davon gesprochen habe, dass unsere Anteilnahme den Verletzten an diesem Tag in Saalfeld und in Weimar gilt, dann will ich auch eines noch hinzufügen: Unsere Anteilnahme gilt auch denen, für die die abstrakte Gefahr, die vom Neonazismus ausgeht, alltäglich auch zu einer konkreten Gefahr werden kann, und zwar in den Situationen, in denen sie sich als Punk, als Mensch mit Behinderung, als Linker an Abenden in Stadtteilen bewegen, in denen sie tatsächlich auch Angriffen, Diffamierung, Beleidigung und Bedrohung ausgesetzt sind. Denen gilt unsere Anteilnahme,

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

auch wenn wir von deren Situation wenig in den Medien lesen und auch wenig hier im Thüringer Landtag selbst diskutieren. Aber, meine Damen und Herren – das will ich Ihnen ganz deutlich sagen – der CDU-Fraktion, auch wenn Sie, Herr Walk, das ausdrücklich hier in Ihrem Beitrag nicht getan haben: Wer nach dem 1. und 3. Mai die Angriffe in Weimar und in Saalfeld dazu missbraucht, um eine ideologische Debatte um den Einsatz von V-Leuten im neonazistischen Spektrum zu führen, der instrumentalisiert Opfer neonazistischer Gewalt,

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und das ist schamlos und das ist politisch verantwortungslos und das weise ich im Namen unserer Fraktion mit aller Entschiedenheit zurück. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Carius:

Vielen Dank. Das Wort hat nun der Kollege Henke für die Fraktion der AfD.

Abgeordneter Henke, AfD:

Sehr geehrter Herr Präsident, werte Abgeordnete, werte Gäste! Sicherheit ist ein elementares menschliches Bedürfnis und das Grundrecht jedes Bürgers. Sie ist die Grundlage der Ausübung anderer Rechte, zum Beispiel der freien Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit. Eine Gefährdung der Sicherheit der Thüringer Bürger ist deshalb ein ernstes und sehr wichtiges Thema. Sie tangiert Grundrechte und ist nicht hinzunehmen.

Zu einer solchen fundamentalen Sicherheits- und damit Grundrechtsgefährdung kam es in Thüringen am ersten Maiwochenende insbesondere in Saalfeld und Weimar. In Saalfeld gab es am 1. Mai Übergriffe auf Unbeteiligte und Polizisten. Die Rechtsextremen der Partei „Der III. Weg“ begingen Landfriedensbruch und die Autonomen warfen Flaschen und Steine auf Rechtsextreme wie auf Polizeibeamte. Es wurden 23 Personen verletzt, unter ihnen 19 Polizisten.

In Weimar wurde ebenfalls am 1. Mai eine friedliche DGB-Demo von Rechtsextremisten – die meisten von ihnen aus Sachsen und Brandenburg – gestürmt. Mehrere Redner wurden verletzt.

Saalfeld, Weimar zeigen vor allem eines: Der Personalabbau bei unserer Polizei gefährdet die Sicherheit und Grundrechte der Bürger des Freistaats Thüringen. In Saalfeld, wo nach den Worten des Innenministers 50 bis 100 Neonazis unbegleitet durch die Stadt ziehen konnten, zeigt sich, was passiert, wenn man an der Sicherheit spart und mehr und mehr auf die Unterstützung aus anderen Bundesländern angewiesen ist.

Eine Hundertschaft aus Hessen ist kurzfristig wegen der dortigen Terrorwarnung ausgefallen und konnte den Thüringer Bereitschaftspolizisten nicht wie vorgesehen helfen. So kam es dazu, dass Extremisten unbegleitet durch Saalfeld spazieren konnten und mehrere Personen verletzten. In Weimar gibt es Hinweise darauf, dass sich Rechtsextremisten gezielt auf die DGB-Demo in der Goethe- und Schiller-Stadt vorbereitet haben, weil sie um die angespannte Einsatzlage und die wenigen Polizeibeamten in Weimar wussten.

Vor diesem Hintergrund ist es unverantwortlich, weiterhin am Personalabbau bei der Thüringer Polizei festzuhalten. Dieser schreitet auch unter der neuen Landesregierung trotz der angekündigten Aussetzung in 2015 weiter voran. Jährlich müssten 150 Polizisten neu eingestellt werden, um allein die Zahl der Altersabgänge zu kompensieren. Bei der bei besonderen Gefährdungslagen, wie zum Beispiel Demonstrationen von Rechts- oder Linksextremen, eingesetzten Bereitschaftspolizei sind aktuell 85 Stellen unbesetzt. Das führt dazu, dass zum Beispiel bei Demonstrationen dafür gar nicht ausgebildete Kontaktbereichsbeamte zur Unterstützung der Bereitschaftspolizei eingesetzt werden, die dann wiederum vor Ort in den Kommunen fehlen. Wer den Personalabbau bei der Thüringer Polizei unterstützt, gefährdet also die Sicherheit und die Freiheit unserer Bürger.

(Beifall AfD)

Wenn Ihnen etwas an der Sicherung der demokratischen Grundrechte, vor allem des Rechts der Versammlungsfreiheit und der freien Meinungsäuße-

(Abg. Henke)

rung gelegen ist, dann stoppen Sie den Personalabbau jetzt.

(Beifall AfD)

Ansonsten verraten manche von Ihnen nur ihr Fremdeln mit der Demokratie. Dass es manchen in den Koalitionsfraktionen und in der Regierung nicht um eine Stärkung derselben geht, zeigt übrigens auch der Umgang mit der AfD im Zusammenhang mit den Ereignissen von Weimar. Bei der vorbereiteten gemeinsamen Erklärung der Landesregierung, der Regierungsfractionen und der CDU zu den Vorfällen in Weimar wurden wir nicht einmal gefragt. Selbst die herausgegebene Pressemitteilung wurde uns nicht zugeschickt. Für eine Nachfrage war der Pressesprecher nicht zu erreichen. Das sagt schon vieles über das Demokratieverständnis von manchen auf den Koalitionsbänken.

(Beifall AfD)

Vor diesem Hintergrund kann es durchaus sein, dass Ihnen gar nicht so sehr daran liegt, die Polizei personell so auszustatten, dass sie die Meinungs- und Versammlungsfreiheit in unserem Land gewährleisten kann. Der Souverän wird bei der nächsten Wahl seine Schlussfolgerung daraus ziehen. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. König, DIE LINKE: Und nie wieder die AfD wählen!)

Präsident Carius:

Vielen Dank, Herr Henke. Das Wort hat nun Frau Abgeordnete Marx für die SPD-Fraktion.

Abgeordnete Marx, SPD:

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe noch verbliebene Zuschauerinnen und Zuschauer und Zuhörer, der Titel der Aktuellen Stunde lautet „Planungsfehler“ bzw. die Frage ist: Planungsfehler? Ich glaube, man muss jetzt unterscheiden zwischen Planungsfehlern und Praxisfehlern. Dass es dort Probleme an vereinzelt Orten gegeben hat und dass auch Fehler gemacht worden sind, das wird, glaube ich, mittlerweile auch von allen Beteiligten eingeräumt. Aber ob das absehbar gewesen ist, was dort passiert ist, das wage ich einmal in Abrede zu stellen.

Es ist auch interessant, dass Sie als Antrag stellende Fraktion für diese Aktuelle Stunde drei Orte genannt haben, nämlich Saalfeld, Erfurt, Weimar. Zu Erfurt haben Sie gar nichts gesagt. In Erfurt ist alles gut gegangen. Aber in Erfurt war natürlich auch verhältnismäßig viel Polizei vor Ort, weil man eben begründet davon ausgegangen ist, da ein solch zentraler Ort leichter zu erreichen ist, dass es da möglicherweise zu mehr Beteiligung und auch zu größe-

ren Ausschreitungen kommen könnte. Das ist das, was Kollege Dittes auch schon gesagt hat. Es bestand eine besondere Lage an diesem ersten Maiwochenende. Es gab eine Vielfalt von Veranstaltungen. Es gab auch eine Vielfalt von DGB-Veranstaltungen in unterschiedlichsten Landkreisen. Bei der Veranstaltung des DGB in Sondershausen, bei der ich gewesen bin, war überhaupt keine Polizei anwesend. Das wäre auch merkwürdig gewesen, wir haben nie eine Polizei gebraucht. Was passiert aber dann, wenn sich irgendeine Horde auf den Weg macht und sich einen solchen Ort herausspicks? Kann das wirklich verhindert werden? Also ich mache da einmal ein Fragezeichen.

In Saalfeld, das ist sicherlich tragisch, kristallisiert sich jetzt schon heraus, dass man falsch eingeschätzt hatte, dass man davon ausgegangen war, dass mit einer Teilnehmerzahl von knapp 500 bereits alle Teilnehmer vor Ort waren, als dann doch noch eine große Gruppe von zwischen 50 und 100 Teilnehmern mit der Bahn angekommen ist und dort am Bahnhof praktisch niemand mehr war, um das zu bewältigen und diese Gruppe adäquat zu beaufsichtigen. Dann kam es zu den schwerwiegenden Zusammenstößen oder Überfällen – so muss man das nennen – auf zufällig dort auf der Strecke anwesende Bürgerinnen und Bürger der Stadt Saalfeld. Das ist sehr schlimm und das bedauern wir. Es muss natürlich auch gefragt werden, ob man das hätte vermeiden können. Wir haben im Innenausschuss aber schon sehr viele Hinweise darauf bekommen, in welchen Gremien und mit welchen Beteiligten schon Gespräche begonnen worden sind und noch stattfinden werden. Wir bekommen auch einen ergänzenden Bericht, wie man so etwas künftig vermeiden kann. Unangemeldete Aufzüge werden übrigens auch von V-Leuten gerade nicht zuverlässig verhindert.

Der Überfall in Weimar hat mich ein bisschen an etwas erinnert, was uns auch in unserem NSU-Ausschuss noch einmal kurz so als historische Reminiszenz beschäftigt hat. Das war 1996 ein Ereignis, am „Heß-Gedenktag“, als die verschiedenen Demonstrationsaufmärsche verboten worden sind und sich dann spontan knapp 300 Menschen in Worms eingefunden hatten. In Worms waren dann auch über 50 Thüringer vor Ort, es wurden auch etliche erkennungsdienstlich behandelt und es gab damals sehr große Aufregung darüber, auch in Thüringen, dass die örtliche Polizei gesagt hat: Wieso hat uns das denn keiner sagen können? Unter den Demonstranten oder diesen Menschen, die in Worms marschiert sind, war unter anderem auch der sattem bekannte V-Mann Tino Brandt, der damals schon in Lohn und Brot der Thüringer Verfassungsschutzbehörde gestanden hat. Es waren übrigens auch noch andere Menschen dabei, Crème de la Crème kann man dazu nicht sagen, eher brauner Bodensatz. Es war Holger Apfel dabei, damals Vor-

(Abg. Marx)

sitzender der Jungen Nationaldemokraten, die begegnen uns ja auch in Weimar anscheinend wieder. Später war Holger Apfel auch noch NPD-Vorsitzender. Da waren dann auch noch auf Fotos klar zu sehen Beate Zschäpe, Uwe Mundlos, Ralf Wohlleben und 50 Teilnehmer aus Thüringen. Auch das hat damals keiner verhindern können. Wenn wir darüber reden, wie wir künftig Aufläufe verhindern oder auch mögliche Konfliktherde besser vermeiden können, ist eben auch die Frage, die ich mir jetzt stelle – die geht jetzt etwas über das aktuelle Thema hinaus: Wie konnte es passieren, dass 1.500 Leute in Hildburghausen zu dem allergrößten Neonazikonzert erschienen sind, das es seit längerer Zeit in Deutschland gegeben hat? Wir müssen einfach davon ausgehen, dass Thüringen anscheinend jetzt ein beliebter Zielort für diese Nazihorden wird und natürlich müssen wir dann gemeinsam auch daran arbeiten, dass wir unsere Sicherheits- und Polizeistrategie daran ausrichten.

Auch ich habe persönlich – das habe ich hier immer wieder gesagt – starke Bedenken gegen eine weitere Ausdünnung der Polizei, wenn wir hier Aufmarschgebiet von Rechten werden sollen. Das wurde ja auch schon gesagt: Hundertschaften, die eigentlich zur Hilfe angefordert worden waren, konnten nicht vollständig hier herkommen, weil es auch in anderen Bundesländern entsprechende Lagen gab. Aber, wie gesagt, das Ganze wird aufgearbeitet und dass es Probleme gegeben hat, hat niemand bestritten.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Carius:

Vielen Dank, Frau Marx. Das Wort hat nun der Minister für Inneres und Kommunales, Herr Minister Poppenhäger.

Dr. Poppenhäger, Minister für Inneres und Kommunales:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, lassen Sie mich vorweg sagen: Die Sicherheit der Thüringerinnen und Thüringer hat für die Landesregierung natürlich höchste Priorität. Danach richten wir auch unser Handeln aus.

Im Zeitraum vom 1. bis 3. Mai dieses Jahres stand die Thüringer Polizei vor der Herausforderung, eine Vielzahl von Versammlungen bzw. Veranstaltungen mit politischem und sportlichem Hintergrund polizeilich zu begleiten. Hierbei handelte es sich um insgesamt circa 50 Veranstaltungen bzw. Versammlungen an circa 30 Orten im gesamten Freistaat. Schwerpunkte bildeten dabei die Versammlungslagen am 1. Mai dieses Jahres in Erfurt, Weimar und Saalfeld sowie am 2. Mai in Erfurt. Insgesamt wa-

ren an diesen Tagen mehr als 3.500 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte im Einsatz und natürlich waren sie nicht unvorbereitet, wie die CDU-Fraktion presseöffentlich behauptet hat. Ich möchte vielmehr die Gelegenheit nutzen, mich auch von dieser Stelle aus bei den Kolleginnen und Kollegen der Polizei für ihren Einsatz und für ihr Engagement dort nochmals zu bedanken.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben in Situationen, die nicht ganz einfach waren, gute Arbeit geleistet und bei den Zusammenkünften, an denen insgesamt mehr als 16.000 Teilnehmer beteiligt waren, für Sicherheit und Ordnung gesorgt und dafür, meine ich, sollte auch das Hohe Haus Dank ausdrücken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, die Koordinierung der herausfordernden Einsatzlage des ersten Maiwochenendes ist uns dabei überwiegend gut gelungen, obwohl wir vor gut sechs Monaten, am Tag der Regierungsübernahme, ein schlecht aufgestelltes Haus von meinen Amtsvorgängern übernommen haben.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Also, das ist jetzt eine Frechheit!)

(Unruhe CDU)

Jedenfalls wenn wir uns die Besetzung der Führungsfunktionen anschauen.

(Beifall SPD)

So war weder die Position des Abteilungsleiters für öffentliche Sicherheit, seines Stellvertreters noch eine Vielzahl von Referatsleiterstellen in der gesamten Abteilung besetzt. Dies musste im Rahmen meiner ersten Amtshandlung dringend nachgeholt werden, um wieder Einsatzfähigkeit zu erlangen.

Darüber hinaus, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, waren und sind teilweise noch immer verschiedene Leitungsstellen in den nachgeordneten Behörden nicht besetzt. Auch dies muss ich leider bedauern.

An dieser Stelle möchte ich auch den Abgeordneten Walk noch einmal daran erinnern, der erst in der vergangenen Woche presseöffentlich aufforderte, die bestehenden Versäumnisse zu beseitigen, dass er ja selbst in der vergangenen Legislaturperiode im damaligen Innenministerium in verantwortlicher Position war. Aber wir arbeiten uns hier kontinuierlich voran und so werde ich zum Beispiel am 4. Juni nächsten Monats in Erfurt den Leiter der Landespolizeiinspektion offiziell in sein Amt einführen, nachdem er dieses fünf Jahre kommissarisch führen musste.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, wie ich bereits in der vergangenen Sitzung des Innenausschusses dargestellt habe, ist es nicht

(Minister Dr. Poppenhäger)

bei allen Einsätzen der Polizei am 1. und 3. Mai vollständig gelungen, Fehler zu vermeiden. Lassen Sie mich hierzu auf die Schwerpunkte in Weimar und Saalfeld eingehen.

In Weimar kam es zum 1. Mai zum Übergriff von Rechtsextremisten auf die DGB-Kundgebung. Anlässlich der Feierlichkeiten zum 1. Mai veranstaltete der Deutsche Gewerkschaftsbund eine Kundgebung in Weimar auf dem Markt, an der etwa 200 Personen teilnahmen. Dort drängten 40 bis 50 Rechtsextremisten auf den Platz und sie verletzten teilweise Anwesende und störten die Veranstaltung nachhaltig. Im Rahmen der Nahbereichsfahndung konnte unmittelbar nach der Tat eine entsprechende Personengruppe in einem Parkhaus festgenommen werden, nachdem die Ausgänge des Parkhauses durch Polizeibeamte zügig besetzt und abgesperrt worden waren. Insgesamt konnten sofort 27 Tatverdächtige festgenommen werden. Durch bundesweit gesteuerte Erkenntnisanfragen wurden im Nachgang weitere neun Tatverdächtige zusätzlich zu den erwähnten 27 ermittelt. Von den 36 Tatverdächtigen im Alter von 18 bis 35 Jahren kamen 16 aus dem Freistaat Sachsen, 17 aus Brandenburg, zwei aus Hessen und einer aus Thüringen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich habe bereits im Innenausschuss darauf hingewiesen und werde es an dieser Stelle erneut tun, Hinweise zur Störung der DGB-Kundgebung am 1. Mai in Weimar lagen im Vorfeld auch aus anderen Bundesländern nicht vor. Die Unterstellung, wie sie beispielsweise durch den Abgeordneten Fiedler erfolgt ist, dass die anderen Länder Informationen zurückgehalten hätten und so auch die Schädigung von Thüringer Bürgerinnen und Bürgern in Kauf genommen hätten, ist falsch und macht die Unseriosität des Formulierenden deutlich.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, es ist nicht hinnehmbar, wenn einzelne Abgeordnete die Funktionalität des Sicherheitsverbunds zwischen den Ländern infrage stellen und damit auch die guten Beziehungen zu unseren Nachbarländern Brandenburg und Sachsen belasten. Vielmehr ist es für die Zukunft gerade umgekehrt notwendig, den Sicherheitsverbund auszubauen und den Austausch von Informationen zu verbessern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, lassen Sie mich noch einige Worte zu der Versammlung in Saalfeld sagen. Dort bildeten die Versammlung der Partei „Der III. Weg“ und verschiedene Gegenversammlungen am 1. Mai 2015 den Schwerpunkt des Wochenendes. Für die Durchführung des dortigen Einsatzes erwies sich

zunächst die Veränderung der Anreisewege durch die Teilnehmer der Partei „Der III. Weg“ als Herausforderung für die eingesetzten Polizeikräfte. In Auswertung der im Vorfeld bekannten Informationen wurde zunächst davon ausgegangen, dass die Anreise der überwiegenden Teilnehmerzahl der Partei „Der III. Weg“ mit Privat-Kfz bzw. Bussen erfolgen würde. Tatsächlich wurde sehr kurzfristig am 30. April 2015 durch das Amt für Verfassungsschutz erstmals über Erkenntnisse informiert, dass auch Anreisen mit der Deutschen Bahn erfolgen würden. Nachdem sich bis etwa 12.00 Uhr circa 480 Versammlungsteilnehmer am Bahnhof in Saalfeld eingefunden hatten, wurde diese Gruppe sodann unter konzentrierter polizeilicher Begleitung zur beabsichtigten Aufzugsstrecke begleitet. Wenig optimal, wie ich an dieser Stelle ausdrücklich einräume, wurden dann weitgehend alle örtlichen Kräfte zur Begleitung dieser Gruppe eingesetzt. Somit waren lediglich fünf Bahnbeamte am Bahnhof zugegen, als eine weitere Gruppe von circa 70 bis 80 Personen des rechten Spektrums etwa um 12.40 Uhr am Bahnhof Saalfeld eintraf. Informationen über die Anreise dieser Nachzüglergruppe lagen den Sicherheitsbehörden, auch der Bundespolizei, bis dahin nicht vor. Die Beamten vor Ort gingen deshalb davon aus, dass mit der Hauptgruppe bereits alle Versammlungsteilnehmer der Partei „Der III. Weg“ anwesend waren. Nachdem die Gruppe von 70 bis 80 Personen nicht durch die Bundespolizeikräfte vor Ort gebunden werden konnte, war diese etwa für 9 Minuten ohne polizeiliche Begleitung, bevor die Übernahme sowie die Begleitung der Gruppe zur Auftaktkundgebung der Partei „Der III. Weg“ durch Beamte der Bereitschaftspolizei erfolgte. Nach Beendigung der Versammlung wurden die ehemaligen Versammlungsteilnehmer zum Bahnhof zurückbegleitet. Von dort erfolgte die Rückreise sukzessive unter Begleitung der Bundespolizei, sodass sich gegen 18.45 Uhr keine vormaligen Versammlungsteilnehmer der Partei „Der III. Weg“ mehr auf dem Bahnhof befanden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, im Zusammenhang mit dem Demonstrationsgeschehen zum 1. Mai in Saalfeld wurden bislang 40 Strafanzeigen aufgenommen. 13 der aufgenommenen Straftaten wurden durch rechts motivierte Tatverdächtige, 23 der aufgenommenen Straftaten wurden durch links motivierte Tatverdächtige begangen. Es kam insgesamt zu sechs freiheitsentziehenden Maßnahmen. Die bislang bekannt gewordenen Tatverdächtigen im Alter von 18 bis 36 Jahren kommen aus den Bundesländern Bayern, Hessen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

Lassen Sie mich im Hinblick auf zukünftige Lagen abschließend festhalten: Die Landespolizeidirektion und das Innenministerium werten derzeit den Ein-

(Minister Dr. Poppenhäger)

satzverlauf umfassend aus, um aus den Erkenntnissen vom 1. bis 3. Mai für die polizeipraktische Tätigkeit Schlussfolgerungen und aber auch Verbesserungen zu ziehen. So fanden unverzüglich nach dem Wochenende erste Auswertungen durch die einsatzführende Landespolizeidirektion statt. Dabei wurde die Kräfterlage evaluiert, insbesondere auch die Zusammenarbeitsfragen mit der Bundespolizei thematisiert. Darüber hinaus ist eine Dienstversammlung mit den Versammlungsbehörden der Thüringer Kommunen geplant, um auch hier den Einsatzverlauf und das Demonstrationsgeschehen miteinander zu besprechen und auszuwerten. So viel als Zwischenbericht. Ich habe im Innenausschuss angekündigt, dass wir auch dort in etwa sechs Wochen einen weiteren Bericht liefern werden. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Carius:

Die Redezeit für die Kollegen der Fraktionen hat sich noch einmal um eine halbe Minute verlängert. Ich sehe aber keine weiteren – doch, eine weitere Wortmeldung. Herr Kollege Fiedler.

Abgeordneter Fiedler, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister, ich muss Ihnen widersprechen: Ich habe nie behauptet, dass es in Weimar irgendwelche Erkenntnisse gab von anderen Diensten oder auch nicht. Sie können locker, flockig hier reden, wo wir in geheimen Gremien uns sehr zurückhalten und uns an die Dinge halten, die dort auch üblich sind. Fakt ist nur eines: In Saalfeld hat es die gravierenden Fehler gegeben. In Saalfeld waren die gravierenden Fehler, wo der Staatssekretär als Privatperson vor Ort war – das wissen Sie, das haben Sie uns berichtet –, und darüber ist zu reden.

(Beifall CDU)

Präsident Carius:

Das waren 30 Sekunden. Gibt es weiteren Redebedarf? Das sehe ich nicht. Dann schließe ich diesen Teil der Aktuellen Stunde.

Ich eröffne den **dritten Teil**

c) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema: „Der Thüringer Bahngipfel – Zukunft des Fernverkehrs sichten“

Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags
- Drucksache 6/624 -

Der Abgeordnete Kobelt hat das Wort.

Abgeordneter Kobelt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, sehr geehrte Damen und Herren, der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bahn, Rüdiger Grube, lädt die Thüringer Landesregierung nächste Woche Donnerstag zum Thüringer Bahngipfel. Die Deutsche Bahn AG hat von ihrem Eigentümer, der Bundesrepublik Deutschland, den verfassungsgemäßen Auftrag, die Bahninfrastruktur zu bauen, instand zu halten und zu betreiben. Wir als Bündnis 90/Die Grünen sehen in diesem Termin deshalb die große Chance, nicht nur über Erreichtes zu berichten, sondern die Zukunft der Thüringer Bahninfrastruktur und des Thüringer Fernverkehrs zu diskutieren.

Es steht sicher außer Frage, dass wenn in gut zwei Jahren der ICE-Knoten in Betrieb geht, dies für die Region Erfurt eine unmittelbare Verbesserung und große Chancen bietet. Auch der Nahverkehr wird so verbessert werden, dass mehr Regionen als nur Erfurt von dieser Chance profitieren können und auch besser an Erfurt angeschlossen werden. Das ist in Ordnung. Doch vor allem Ostthüringen mit Gera, dem Wissensstandort Jena und der Industrieregion Saalfeld-Rudolstadt darf nicht der Verlierer im neuen ICE-System sein. Daher bitten wir den Ministerpräsidenten, die Probleme für Thüringer Regionen, die zurzeit noch einen Nachteil haben, zum Bahngipfel anzusprechen.

Mit dem neuen Fernverkehrskonzept 2032 zeigt die Deutsche Bahn deutlich, dass sie grundsätzlich Nachbesserungsbedarf sieht. Dieses sieht vor, von West nach Ost einen zweistündigen IC-Verkehr mit langlaufenden Zügen von Düsseldorf nach Chemnitz über Erfurt, Weimar, Jena und Gera bis Ende 2018 einzurichten. Dies begrüßen wir sehr. Allerdings wird die zeitaufwändige Umkoppelung von Elektro- auf Diesellok in Erfurt zu unangenehm langen Aufenthalten und zu einer schwierigen Vertaktung führen. Deswegen ist aus grüner Sicht die schnelle Elektrifizierung der Mitte-Deutschland-Bahn zwischen Weimar und Gera unabdingbar.

(Beifall SPD)

Die Bundesrepublik ist aus unserer Sicht in der Pflicht, die wichtige Strecke Thüringens endlich auf den Stand der Technik zu bringen. Wichtig ist uns hierbei, dass Landes- und Bundespolitiker parteiübergreifend gemeinsam versuchen, den Bund zu überzeugen, dass die Elektrifizierung ein wichtiges Infrastrukturprojekt für ganz Thüringen ist.

(Abg. Kobelt)

In Nord-Süd-Richtung sieht das Bahnkonzept erst 2032 eine zweistündige IC-Verbindung von Leipzig über Jena und Saalfeld bis nach Karlsruhe vor. Dies ist als Streckenführung und Taktung auch vollkommen in Ordnung. Allerdings ist nicht akzeptabel, dass das erst 2032 in Kraft treten kann. Hier reichen als Kompensation keinesfalls Regionalzüge, die zum Beispiel nach Leipzig in jedem kleinen Vorort halten und so die Fahrzeit von Jena nach Leipzig eher verlängern, als es jetzt der Fall ist. Wir fordern als Grüne ganz klar, die umsteigefreie IC-Verbindung nach Leipzig und nach Nürnberg – muss die wegfallen, die IC-Verbindung – deutlich schneller zu kompensieren, als es im Bahnkonzept vorgeschlagen ist.

Dass ein Reisebedarf auf dieser Strecke besteht, ist, glaube ich, unstrittig. Es zeigt zum Beispiel die geplante Verdreifachung der Kapazität von Fernbussen der Deutschen Bahn AG von Berlin nach Leipzig bis nach Jena, dass ein großer Bedarf vorhanden ist. Hier muss sich die Bahn allerdings deutlich entscheiden: Will sie mehr Verkehr auf die Straße bringen oder schnell eine für Jena lebenswichtige Zugverbindung sicherstellen.

Doch auch die anderen Regionen Thüringens haben dringenden Handlungsbedarf. So muss Südthüringen wenigstens über Coburg im Zweistundentakt an den Fernverkehr angebunden werden. Dies ist ohne Veränderung der Streckenführung möglich, das kann sofort umgesetzt werden. Wir fordern ganz deutlich, dass das auch ausgeführt wird.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mittelfristig können wir durch die Werrabahn sogar zwischen Eisfeld und Coburg eine Verbindung von Kassel bis über ganz Südthüringen nach Nürnberg anbieten und würden dadurch den Südthüringer Raum deutlich stärken.

Unsere Botschaft an Herrn Grube und die Bundesregierung ist deshalb ganz klar: Die Investitionen in Thüringen sind mit der Fertigstellung der ICE-Trasse noch lange nicht abgeschlossen. Wenn diese 10 Milliarden Euro für die Strecke von Leipzig nach Nürnberg zum Nutzen aller Thüringer führen sollen, dann braucht es weitere große Anstrengungen und Investitionen. Herr Grube sollte es sich also nächste Woche zum Bahngipfel nicht zu bequem in seinem Sessel machen. Wir wünschen Bodo Ramelow als Ministerpräsidenten viel Kraft für die Gespräche mit der Deutschen Bahn und werden als Bündnis 90/Die Grünen weiter für einen guten Fernverkehr in ganz Thüringen streiten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Carius:

Sehr schön, Herr Kobelt. Nun kommt Kollege Malsch von der CDU-Fraktion.

Abgeordneter Malsch, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Abgeordnete, liebe Besucher, beim Durchlesen der Aktuellen Stunde „Der Thüringer Bahngipfel – Zukunft des Fernverkehrs sichern“ habe ich hier mit einem Aufschlag gerechnet und habe mal nachgeschaut, wie der aktuelle Sachstand eigentlich ist. Herr Kobelt, Sie haben gerade ausgeführt, was Sie fordern. Es hätte mich natürlich auch erfreut, wenn Sie ausgeführt hätten, wer bisher dazu beigetragen hat, dass Thüringen so gut im Fernverkehr angebunden ist

(Beifall CDU)

und wer bisher die Weichen gestellt hat, dass wir 2017 den ICE-Knoten bekommen, eingeweiht werden und jetzt natürlich auch – die Ministerin ist hier, hat auch den Aufschlag gemacht, sie lädt am 4. Juni zum Gipfel ein. Ich habe mal geguckt, wie das so in der Vergangenheit gelaufen ist, denn der Gipfel war für die eine oder andere Fraktion hier im Landtag nicht immer positiv. So hat zum Beispiel 2011 Frau Kollegin Lukin gesagt, der Bahngipfel erfüllt ihre Erwartungen überhaupt nicht. Im Gegensatz dazu sagte Kollegin Henfling – auch in 2011 –, sie begrüßt die Zusage von Herrn Grube und sie wird ihn beim Wort nehmen – ganz explizit: „Herr Grube hat heute sein Ehrenwort gegeben, für Weimar und Jena konkrete Lösungsvorschläge aufzuzeigen, damit ein ausgewogenes Verkehrskonzept mit dem zukünftigen Knotenpunkt Erfurt im Interesse der Thüringer Bürger [...] realisiert werden kann. Wir werden ihn dabei beim Wort nehmen.“ Jetzt können Sie das 2015 gern tun, Sie haben unsere vollste Unterstützung, ich kann Sie aber auch schon informieren, das Internet macht's möglich. Sie sehen hier eine Dokumentation vom 7. Mai 2015, also kürzlich entstanden, als Präsentation des Freistaats Thüringen – zumindest ist das Logo verwendet worden – und der Deutschen Bahn, des Konzernbevollmächtigten für den Freistaat, Volker Hädrich – alles, was Sie fordern, zumindest auf der umstrittenen bisher geforderten Ostverbindung. Der Mitteldeutsche Verkehrsverbund zeigt hier drei neue ICE-Zugpaare aus Richtung Rhein von Erfurt via Weimar, Jena nach Gera. Ich kann Ihnen auch versichern, Sie wollen ja die Elektrifizierung, diese Züge fahren mit Strom, von daher kann man auch davon ausgehen, dass nach dem zweigleisigen Ausbau hier auch die ICEs mit Elektrizität fahren.

(Beifall CDU)

Die Fahrplanintegration sieht sogar ICE-Doppelstockzüge vor. Von daher – im Untertitel steht übrigens „Thüringer Bahngipfel“, ganz aktuell – sind die Vorlagen schon einsehbar, wie es mit der Anbindung weitergeht. Wir als CDU-Fraktion unterstützen natürlich jegliches Vorgehen, was auf dem basiert, was die letzten Jahre durch die schwarz-rote Koalition vorangebracht worden ist. Vergessen Sie nicht, eins muss erst geschehen, nämlich der zweigleisi-

(Abg. Malsch)

ge Ausbau, ehe ich eine schnelle Verkehrsanbindung mache. Das kostet Geld und von daher würden wir uns freuen, wenn Sie natürlich auch, wie die alte Landesregierung das vorgesehen hat, eine Zuschussförderung dafür hingeben, damit es finanziell entsprechend gesichert ist. Von daher wünschen wir Ihnen viel Erfolg nächste Woche. Es kann eigentlich nur Gutes herauskommen, weil die Basis von unserer Fraktion gelegt worden ist. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

(Heiterkeit im Hause)

Präsident Carius:

Danke schön, Herr Malsch. Das Wort hat nun Abgeordneter Rudy für die AfD-Fraktion.

Abgeordneter Rudy, AfD:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Gäste, liebe Damen und Herren! Bis zum Jahr 2017 wird der Erfurter Hauptbahnhof zu einem ICE-Knoten ausgebaut.

(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: Was? Ehrlich?)

Ja,

(Heiterkeit im Hause)

neue Erkenntnis. Die Reisezeiten von Berlin, München, Frankfurt und Dresden nach Erfurt verkürzen sich dadurch auf durchschnittlich zwei Stunden. Das schöne Thüringen und gerade seine Landeshauptstadt erhalten damit zusätzliches Wirtschafts- und Tourismuspotenzial. Es ist ein guter Ansiedlungsfaktor für Unternehmen und somit auch für die Bürger, wenn aus Erfurt in so kurzer Zeit andere Metropolen erreicht werden können. Das Land Thüringen braucht seine ICE-Strecken, um den damit vorhandenen Standortvorteil in der Mitte Deutschlands auszuspielen. Auch wir als AfD sehen diese Entwicklung positiv. Leider brauchte aber die Entwicklung der ICE-Strecke Berlin-München, die eben durch unser Thüringer Land führt, über 25 Jahre Zeit. Es werden hoffentlich nur noch zwei weitere Jahre sein, bis die ICEs endlich schnell rollen. Denn nach der Wende im Jahr 1991 wurde schon beschlossen, dass Berlin und München durch die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit – kurz VDE – schneller verbunden werden sollen. 1995 erfolgte der Spatenstich. Wir bedanken uns bei den Grünen für diese Aktuelle Stunde, denn gerade die Grünen auf Bundesebene haben verhindert, dass diese Strecke früher fertig wird, und waren verantwortlich dafür, dass die Trasse beinahe zur Bauruine geworden ist. Hier ging es hauptsächlich um finanzielle Fragen der damaligen rot-grünen Bundesregierung, doch auch auf anderen Ebenen hat Ihre Partei Widerstand wegen vermeintlicher Umweltbelas-

tungen bei der Strecke geleistet. Hier muss man von einer gewissen Doppelzüngigkeit reden. „Bahn ja, aber nicht in meinem Hinterhof“ scheint oft das Credo Ihrer Partei zu sein. Auch in Ihrem Programm zur Landtagswahl sagen Sie, dass es falsch sei, so viel Geld wie bei der schnellen ICE-Trasse zu investieren. Was Sie aber vergessen, ist, dass durch die Strecke zwischen Berlin und München über Erfurt nicht nur Thüringen besser zu erreichen ist, sondern auch der Flugverkehr zwischen der bayerischen und der Bundeshauptstadt entlastet wird. Schließlich wird die Fahrt auf der neuen ICE-Strecke schneller sein als der Flug, wenn man die Anfahrt einrechnet und man damit Leute wieder in die Bahn holt. Eben jener Verkehrsknotenpunkt in Erfurt sorgt dafür, dass die Städte Weimar und Jena bundesweit eine gute Anbindung haben und auf Dauer schneller sogar die anderen Großstädte der Republik erreichen. Dazu muss natürlich eine gute Verbindung aus Erfurt in die beiden Städte gewährleistet sein. Deswegen fordern wir als AfD einen zügigen Ausbau der Mitte-Deutschland-Verbindung und eine höhere Taktung. Dazu gehört auch die Elektrifizierung der Strecke zwischen Weimar und Gößnitz. Als AfD möchten wir den Blick erweitern und betonen, dass der ländliche Raum in Thüringen nicht abgehängt werden darf.

(Beifall AfD)

Durch schnelle Busverbindungen sollen auch abgelegene Regionen von diesen Entwicklungen profitieren. Sind in einem Fall Busse mal nicht effizient, dann müssen andere Wege gefunden werden. Rufbusse oder Sammeltaxen sind hier Möglichkeiten, die die Regierung in Betracht ziehen darf und kann. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Präsident Carius:

Vielen Dank, Herr Kollege Rudy. Das Wort hat nun Frau Abgeordnete Dr. Scheringer-Wright für die Fraktion Die Linke.

Abgeordnete Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn in Thüringen ein Bahn-Gipfel stattfindet wie kommende Woche, dann sollten wir diese Veranstaltung durchaus zum Anlass nehmen, einige Aspekte und Denkanstöße mit auf den Weg zu geben, obwohl heute, ganz aktuell, andere Meldungen zur Deutschen Bahn über die Medien laufen. Selbst beim Friseur wird das diskutiert. Dazu am Rande ganz kurz.

(Heiterkeit im Hause)

Es ist gut, dass der Ministerpräsident von Thüringen sich bereit erklärt hat, als Schlichter für die Ge-

(Abg. Dr. Scheringer-Wright)

werkschaft Deutscher Lokomotivführer tätig zu werden, weil es hier um einen Konflikt geht, bei dem es auch um grundgesetzliche Arbeitnehmerrechte geht.

Zum Thema der Aktuellen Stunde möchte ich an den Anfang etwas Grundlegendes stellen, weil es angesichts der Situation schnell in Vergessenheit gerät: Mobilität gehört aus unserer Sicht zu den Grundrechten der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Das gilt auch für die, die wenig Geld haben. Das gilt nicht nur für die, die es sich leisten können. Um es anders auszudrücken: Mobilität und Verkehr sind wichtige Bestandteile der öffentlichen Daseinsvorsorge. Diese gehört, das ist unsere feste Überzeugung, niemals in private Hände, sondern muss öffentliches Eigentum sein und unter demokratischer Kontrolle geführt werden, weil sonst von der Daseinsvorsorge nicht mehr viel übrig bleibt, wie wir das gerade anschaulich beim Bahnverkehr erleben können. Darum bleiben wir bei unserer Kritik, dass die Privatisierung der Bahn falsch war.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Klarstellung ist nötig, da insbesondere im Schienenverkehr im wahrsten Sinne des Wortes Weichen gestellt wurden, die nun in aller Öffentlichkeit zu besichtigen sind. So gut – und in Zukunft auch erleichternd und hilfreich – die ICE-Verbindungen und -Strecken auch sein mögen, sie sind weit davon entfernt, dem Ziel einer flächendeckenden Versorgung nahezukommen. Im Gegenteil, es droht eine Privilegierung bestimmter Regionen und Metropolen, da die Anbindung in das berühmte Hinterland nicht nur stiefmütterlich behandelt, sondern sogar vernachlässigt wurde. Böse Zungen behaupten sogar, die ICE-Schickeria Berlin-München direkt habe sich durchgesetzt. Aber was nützt das denn Menschen, die weiter entfernt von einem ICE-Halt wohnen? Was nützt diesen Menschen dieser Haltepunkt, wenn die Verbindung dorthin durch den ÖPNV nicht gewährleistet wird? Hier im Freistaat Thüringen – dieser Befund trifft auch auf andere Bundesländer zu – wurden Strecken ausgedünnt bzw. stillgelegt und Haltepunkte abbestellt. Da muss man sich dann auch nicht wundern, dass sich ein Kampf der Regionen um die Anbindungen entwickelt hat. Die Situation erinnert an den alten Lateinerspruch *divide et impera* – teile und herrsche. Es drängt sich seit Langem der Eindruck auf, dass die Deutsche Bahn AG seit ihrer Privatisierung vordergründig auf die lukrativen Strecken wie die ICE-Verbindungen setzt, den vermeintlichen Rest aber absondert oder nachrangig behandelt. Selbst wenn man betriebswirtschaftliches Denken zugutehalten würde, bleibt es immer eine einseitige Betrachtungsweise. Volkswirtschaftlich gedacht ist diese Strategie falsch und es ist auch nicht hinzunehmen, dass die Gewinne der Bahn einfach im Bundeshaushalt versickern, ohne dass diese Gewinne auch nur im Ansatz zur

Sicherstellung der Mobilität für alle, insbesondere mit der Bahn, verwendet würden.

Wir unterstützen alle Bemühungen unserer Ministerin, die Elektrifizierung der Mitte-Deutschland-Verbindung auf den Weg zu bringen. Zusätzlich möchte ich im Vorfeld des Bahngipfels, insbesondere an die Adresse der Deutschen Bahn, aber auch an ihren Haupteigentümer Bundesrepublik Deutschland sprich Bundesregierung, ein paar Forderungen deutlich formulieren. Es muss dafür gesorgt werden, dass ein bundesweiter Verkehrsverbund, in den natürlich ein thüringenweiter Verkehrsverbund integriert ist, geschaffen wird. Und es muss dafür gesorgt werden, dass das Schienennetz neben dem ICE nicht nur erhalten, sondern attraktiv gestaltet wird und Lücken geschlossen werden. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE)

Präsident Carius:

Vielen Dank. Das Wort hat nun Kollege Warnecke für die SPD-Fraktion.

Abgeordneter Warnecke, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das Thema dieser Aktuellen Stunde ist ein sehr wichtiges. Ich danke deshalb der einreichenden Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen, dass wir dies heute im Plenum miteinander diskutieren können. Allerdings möchte ich gleich zu Anfang anmerken, dass es schwerlich möglich ist, alle Aspekte rund um das Thema „Fernverkehr“ in einer Aktuellen Stunde ausreichend zu beleuchten.

Bereits am 7. Mai wurde auf dem Thüringer Verkehrsforum in Erfurt intensiv über die Zukunft des Thüringer Bahnverkehrs diskutiert. Aber ich verstehe durchaus Ihr Ansinnen, Sie wollen Bahnchef Grube Anregungen und Hinweise, Probleme und möglicherweise Vorschläge mit auf den Weg geben, wenn er sich am kommenden Donnerstag hier in Erfurt hinter verschlossenen Türen zum Thüringer Bahngipfel mit unserem Ministerpräsidenten trifft. Generell wäre eine größere öffentliche Transparenz oder Beteiligung der Akteure, insbesondere auch der Kundenvertreter der Bahn – hier der regionalen Bahnbündnisse –, wünschenswert.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich könnte es mir sehr leicht machen. Als Abgeordneter, der seinen Wahlkreis hier in unserer wunderschönen Landeshauptstadt hat, könnte ich sagen: Erfurt wird mit der Fertigstellung und Freigabe des „Verkehrsprojekts Deutsche Einheit Nr. 8“ zur schnellen Mitte Deutschlands und davon profitiert ganz Thüringen.

(Beifall SPD)

(Abg. Warnecke)

Es geht jedoch nicht nur um den ICE-Knoten Thüringens, der Ende dieses Jahres mit der Fertigstellung der Nordstrecke und 2018 mit der Fertigstellung der Südstrecke dann vollständig am Netz ist. Beispielsweise wird mit dem ICE-Sprinter dann die Reisezeit Erfurt–Berlin auf 1 Stunde und 40 Minuten verkürzt. Aber ganz so einfach ist es leider nicht. Vom neuen ICE-Knoten werden weite Teile Thüringens profitieren. Dass das so ist, davon bin ich fest überzeugt. Aber wir dürfen nicht so tun, als wäre mit diesem enorm teuren, schon Anfang der 90er-Jahre fixierten Projekt alles in Butter, denn es gibt eben nicht nur Gewinner. Weite Teile Ostthüringens, so zeigen beispielsweise die Bahnbündnisse in Jena, Gera oder Saalfeld, hatten und haben die Sorge, vom Fernverkehr gänzlich abgekoppelt zu werden. Der Blick auf die aktuellen Entwürfe zum Nahverkehrsplan – der Nahverkehr fungiert bekanntlich als Zubringer zum Fernverkehr und es muss deshalb hier auch darauf eingegangen werden – verringert die Sorge nicht. Da war schon anderes vereinbart. Auch die Diskussion um die Regionalisierungsmittel muss man vor diesem Hintergrund neu angehen. Wer den Nahverkehr als Zubringer ernsthaft stärken will, der muss mehr Kilometer bestellen und damit auch mehr bezahlen als bisher. Aber ist das absehbar? Gibt es hier ein Entgegenkommen des Bundes? Es gab und gibt noch andere Zusagen, die bisher noch nicht eingehalten wurden. Beispielsweise ist von den Versprechungen, nach dem Verlust des ICE-Verkehrs auf der Saalebahn Ersatz im Regionalverkehr und auch im Fernverkehr zu schaffen, noch wenig zu sehen, oder von der Anbindung Ilmenau nach Süden, also an Coburg.

Was von großer Bedeutung ist und auch auf dem Thüringer Verkehrsforum am 7. Mai diskutiert worden ist, ist die Planung einer Tarifintegration, das heißt, die Anerkennung der Nahverkehrs- und VMT-Tarife in den IC-Zügen im Abschnitt Erfurt–Gera. Nach Aussage des Konzernbevollmächtigten der Deutschen Bahn, Herrn Hädrich, befindet sie sich in Abstimmung und sei schon weit vorangeschritten. Hier müssen wir dranbleiben.

Abschließend: Ganz aktuell erreichte uns gestern die Meldung, dass die Deutsche Bahn künftig ihre Züge und Ersatzteile, wie zum Beispiel 35.000 Radsätze jährlich, auch in China einkaufen will.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich erwarte von einem Unternehmen unseres Staates, dass es auch die Unterstützung unserer Wirtschaft und regionaler Wirtschaftskreisläufe in seine Überlegungen mit einbezieht. Siemens ist auch in Thüringen eine Größe. Hier sollten wir unseren Einfluss geltend machen und zum Umdenken anregen. Abschließend wünsche ich, wünschen wir der Thüringer Landesregierung ein gutes Verhandlungsergebnis am Bahngipfel. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN;
Abg. Gentile, fraktionslos)

Präsident Carius:

Vielen Dank, Herr Kollege Warnecke. Das Wort hat Frau Ministerin Keller.

Keller, Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, ja, am 4. Juni 2015 wird in der Thüringer Staatskanzlei ein weiterer Bahngipfel stattfinden. Neben dem gegenseitigen Kennenlernen sollen Ziele, Strategien und konkrete Vorhaben der Deutschen Bahn AG in Thüringen vorgestellt und besprochen werden. Ja, sehr geehrter Herr Abgeordneter Malsch, an Ihren Darstellungen sieht man doch, dass es in der Vergangenheit sehr erfolgreich geführt worden ist, und wir sind der guten Hoffnung, dass wir das künftig, vielleicht auch noch etwas bunter, fortsetzen können. Die Thüringer Landesregierung ist durch den Ministerpräsidenten und die Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft vertreten. Seitens der Deutschen Bahn AG werden Herr Dr. Rüdiger Grube, Vorsitzender des Vorstands, Herr Dr. Volker Kefer, Vorstand Infrastruktur und Dienstleistungen, Herr Volker Hädrich, Konzernbevollmächtigter für den Freistaat Thüringen, Herr Eckart Fricke, künftiger Konzernbevollmächtigter für die Region Südost, teilnehmen.

Eine wesentliche Grundlage für eine bürgergerechte und attraktive Verkehrsplanung ist die Vorhaltung einer leistungsfähigen, sicheren und zukunftsfähigen Eisenbahninfrastruktur. Die Landesregierung wird in diesem Sinne Folgendes einfordern: Eine pünktliche Inbetriebnahme der Verkehrsprojekte „Deutsche Einheit Nr. 8“ einschließlich Sicherheitskonzept der Strecke, den Erhalt und Ausbau der bestehenden Eisenbahninfrastruktur, die Ertüchtigung für höhere Geschwindigkeiten, die Herstellung der Zweigleisigkeit und Elektrifizierung der Mitteldeutschland-Verbindung und die Modernisierung und den barrierefreien Ausbau von Verkehrsstationen. Ich freue mich sehr, dass ich hier im Parlament dazu sehr große Übereinstimmung feststellen kann.

Die Stärkung des Schienenpersonenverkehrs in Thüringen verfolgt die Landesregierung auf zwei Ebenen: Zum einen wird sie als Aufgabenträger für den Schienenpersonennahverkehr dafür Sorge tragen, Taktverkehre in allen Landesteilen zu sichern, auszubauen und zu beschleunigen. Das neue Expresszugnetz wird den Betrieb ab Ende 2017 vollständig aufnehmen, wobei die Reisezeiten durch Optimierung des integralen Taktfahrplans und neue umsteigefreie Direktverbindungen deutlich sinken werden. Hier ist die Deutsche Bahn AG weiterhin

(Ministerin Keller)

ein wichtiger Partner bei der Umsetzung der Zielstellungen.

Ein besonderes Augenmerk wird dabei die Anbindung Ostthüringens an die umliegenden Knoten haben. So werden, ausgehend von Jena und Saalfeld, neue Expresszugverbindungen in Richtung Halle und Leipzig geschaffen und zwischen Erfurt, Weimar und Jena ein S-Bahn-ähnliches Verkehrsangebot eingerichtet.

Die Zukunft des Schienenpersonenfernverkehrs in Thüringen beginnt Ende dieses Jahres. Das Zielkonzept, welches mit vollständiger Fertigstellung des Verkehrsprojekts „Deutsche Einheit Nr. 8“ umgesetzt werden soll, wird seine Wirkung Ende 2017 voll entfalten können. Mit Blick auf die Inbetriebnahme des Verkehrsprojekts „Deutsche Einheit Nr. 8“ mit dem ICE-Knoten Erfurt wird es für Thüringen erhebliche Reisezeitverkürzungen zu Zielen in Süddeutschland und Mittel-/Norddeutschland und neue ICE-Direktverbindungen von Erfurt und Eisenach nach Mannheim, Stuttgart sowie von Erfurt nach München und Berlin geben. Wenn wir die Preise entsprechend gestalten, wird auch da sicher nicht nur die Schickeria Platz finden.

Berlin, Nürnberg, München, Leipzig und Frankfurt werden stündlich und ohne Umstieg erreicht. Neu wird es sogenannte ICE-Sprinter geben, welche dreimal täglich je Richtung sogar in gut zwei Stunden von Erfurt nach München bzw. eine Stunde und 40 Minuten nach Berlin fahren werden.

Trotz der erheblichen Angebotsverbesserung im künftigen Fernverkehr der Bahn wird die Landesregierung anlässlich des Bahngipfels weitere wichtige Forderungen an den Bahnvorstand herantragen. Allerdings ist hierbei zu beachten, dass der Fernverkehr auf der Schiene in Deutschland eigenwirtschaftlich zu erbringen ist. Eine Bestellung und Finanzierung durch das Land ist gesetzlich nicht vorgesehen. Die nur noch in Einzellagen vorhandene Fernverkehrsanknüpfung der Stadt Jena und die vollständige Abkopplung der Stadt Saalfeld vom Fernverkehr wird diese Regionen vor besondere Herausforderungen stellen.

(Zwischenruf Abg. Kowalleck, CDU: Das stimmt!)

Das stimmt!

Die von der Deutschen Bahn AG vorgestellte Kundenoffensive soll den Städten Gera, Saalfeld und Jena ab dem Jahr 2030 wieder vertaktete IC-Angebote gewährleisten. Auch wenn das Land mit den neuen Regionalexpresslinien attraktive Ersatzangebote bestellt hat, fordert die Landesregierung hier von der Bahn eine deutlich frühere Umsetzung dieser Angebotsoffensive.

Die DB Fernverkehr AG plant, Jena und Gera im Fernverkehr aus Richtung Rhein-Ruhr/Nordhessen

ab Ende 2018 durch drei IC-Zugpaare anzubinden. Diese Fernverkehrszüge sollen tariflich in das Nahverkehrssystem des Verkehrsverbunds Mittelthüringen integriert werden und sind dadurch mit Nahverkehrsfahrscheinen zwischen Erfurt und Gera ohne Aufpreis nutzbar.

(Beifall SPD)

Nicht zuletzt wird die Landesregierung einen regelmäßigen vertakteten Halt der ICE-Züge in Coburg einfordern und damit natürlich die Benutzer und das Bemühen Bayerns unterstützen, um damit auch Südthüringen besser von den Erreichbarkeitsvorteilen der ICE-Neubaustrecke profitieren zu lassen.

Die Landesregierung wird der Deutschen Bahn AG auch erörtern, welche Möglichkeiten zur Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene bestehen und wie Anschlussbahnen und Güterverkehrsstellen erhalten und ausgebaut werden können. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Carius:

Vielen Dank, Frau Ministerin.

Ich schließe damit den dritten Teil und rufe auf den **vierten Teil** der Aktuellen Stunde

d) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema: „Moderne Bildungspolitik jetzt: Frühkindliche Bildung für alle fördern!“

Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags
- Drucksache 6/640 -

Das Wort hat nun Abgeordneter Wolf für die Fraktion Die Linke.

Abgeordneter Wolf, DIE LINKE:

Sehr geehrter Präsident, sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen, mit der Einbringung der Aktuellen Stunde zum Thema „Moderne Bildungspolitik jetzt: Frühkindliche Bildung für alle fördern!“ möchte meine Fraktion die aktuellen Herausforderungen einer gelingenden institutionalisierten frühkindlichen Bildung in den Blick nehmen. Kinder im Alter zwischen null und sechs Jahren sind in den letzten 20 Jahren zunehmend in den Blick der wissenschaftlichen und medialen Aufmerksamkeit geraten. Denn das, was Eltern und Erzieherinnen schon immer wussten, wurde durch Erziehungswissenschaftler und soziologische Studien untermauert: Auf den Anfang kommt es an! Friedrich August Wilhelm Fröbel schrieb einmal: „Bei der Erziehung muss man etwas aus dem Menschen herausbrin-

(Abg. Wolf)

gen und nicht in ihn hinein.“ Der Thüringer Bildungsplan bis zehn Jahre ist geprägt von diesem kindorientierten, emanzipatorischen und partizipativen Ansatz Fröbels, nach dem Kinder sich in der gemeinschaftlichen Erlebniswelt in ihrer Welt entdecken und entwickeln können. Dabei stehen Bildungsprozesse in den jeweiligen Altersstufen und dem bedingenden sozialen, personellen, sächlichen Rahmen im Mittelpunkt. Die personellen und sächlichen Rahmen sind durch das Kitagesetz beschrieben und werden umgesetzt. Die im Kitagesetz festgeschriebenen Standards wurden unter Beteiligung der gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Akteure nach kontroverser Auseinandersetzung mit der CDU-Familienpolitik gesetzt. Das Echo auf diese Familienpolitik war im Übrigen bis in die letzte Legislatur zu hören, als der frühere Finanzminister Dr. Voß eine Standardabsenkung im Bereich Personal vorantrieb, welche zum Ziel hatte, pädagogische Arbeit schrittweise zu entwerten und geringer zu entlohnen. Thüringen hat seitdem einen vorderen Platz in der Kitafinanzierung eingenommen. Seit 2009 wurden 2.600 zusätzliche Erzieherinnen und Erzieher eingestellt und wir sind alle gehalten, dies auch unter schwierigen Haushaltsbedingungen weiter fortzuschreiben.

Meine Kollegin Margit Jung hat in der Sendung „Fakt ist ...!“ Vorschläge unterbreitet, die es zu diskutieren gilt. Nur wenn das vom Land für die frühkindliche Bildung zur Verfügung gestellte Geld in den Kitas und bei den Tagesmüttern und -vätern auch wirklich ankommt und nicht über die Schlüsselmasse in Haushalten und sonstigen Löchern in den Kommunen verschwindet, werden wir die hohen Thüringer Standards halten und zusätzliche Verbesserungen im System, ob über Gebührenfreiheit und/oder Betreuungsschlüssel, ermöglichen können. Davon bin ich fest überzeugt und genau das sind die überwiegenden Erwartungen der Eltern und Träger an eine gerechte frühkindliche Bildungspolitik. Aber unsere Kitas müssen sich genau wie die gesamte Gesellschaft und insbesondere im Bildungsbereich immer wieder Herausforderungen stellen, welche sie meistern werden, wenn sie die entsprechende gesellschaftliche und politische Unterstützung erhalten. Da wäre unter anderem der Rechtsanspruch von Flüchtlings- und Migrationskindern zur gleichmäßigen Teilhabe an den Angeboten frühkindlicher Bildung. Integration gelingt am besten, wenn und wo Kinder so früh wie möglich miteinander und voneinander lernen und sich in ihrer Unterschiedlichkeit kennenlernen. Es ist eine wahre Wohltat zu sehen, wie unvoreingenommen und natürlich Kinder aus unterschiedlichen Kulturen und sozialen Herkunftsbedingungen miteinander umgehen, wie Eltern sich über die Institution kennen- und schätzen lernen, Sprachförderung spielerisch geschieht und so die Übergänge in die Schule am besten gemeistert werden können. Hier tragen die Träger und jeder einzelne Erzieher und jede

einzelne Erzieherin besondere Verantwortung, welche durch die verstärkten Angebote zur Fort- und Weiterbildung wie in den letzten Tagen durch die Parität in Zusammenarbeit mit der Kindersprachbrücke Jena unter anderem geschehen ist. Es besteht kein Zweifel, dass wir bei über 1.300 Kitas in Thüringen noch viel Bedarf zur zusätzlichen Fort- und Weiterbildung haben. Aber aus vielfältigen Gesprächen dazu weiß ich, dass die Einrichtungen sehr verantwortungsvoll damit umgehen und möchte mich auf diesem Weg bei allen beteiligten Trägern und Erzieherinnen und Weiterbildungsanbietern dafür bedanken.

Die Landeselternvertretung für Kitas in Thüringen bekennt sich schon seit Jahren zu einer besseren, tarifgerechten Bezahlung der Beschäftigten an den Thüringer Kitas. Sie sind, genauso wie meine Fraktion, voll solidarisch mit den derzeit streikenden Erzieherinnen und Erziehern der kommunalen Kitas und unterstützen eine deutliche Aufwertung des Berufs als pädagogischen Beruf, welcher in den letzten 20 Jahren eine deutliche Wandlung erfahren hat. Nach einer fünfjährigen pädagogischen Ausbildung mit einer hohen Verantwortung und Belastung – hier sei darauf verwiesen, dass die Burnout-Erkrankung bei Erziehern und Lehrern vergleichbar hohe Werte hat – ist es zu hinterfragen, warum eine Aufwertung über die Entgeltgruppen nicht realisierbar ist und in einer Tarifverhandlung dazu noch kein akzeptables Angebot vorliegt.

(Beifall DIE LINKE)

Obwohl ich der Meinung bin, dass Grundschullehrkräfte und Erzieherinnen und Erzieher aufgrund ihrer formalen Abschlüsse noch einen Abstand in der Eingruppierung rechtfertigen, möchte ich meiner Hoffnung Ausdruck verleihen, dass wir nicht einen zehnwöchigen Streik wie 2009 brauchen, um endlich zu einem Ergebnis zu kommen. Zusätzlich arbeitet in Thüringen lediglich ein Drittel des pädagogischen Personals in Vollzeit, was die Einkommenssituation noch einmal verschärft.

Ich denke auch mit Blick auf die Zeit, ich habe mit meinen Ausführungen, wenn auch sicherlich nicht vollständig, doch hinreichend deutlich gemacht, dass wir die Thüringer Kindertagesstätten qualitativ aufwerten wollen. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, AfD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Carius:

Vielen Dank, Herr Wolf. Das Wort hat nun Abgeordnete Muhsal für die AfD-Fraktion.

Abgeordnete Muhsal, AfD:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Abgeordnete, Sie erinnern sich vielleicht, dass ich in

(Abg. Muhsal)

meiner Rede zum Landeserziehungsgeld bereits darauf hingewiesen hatte, dass es in der Lebenswelt der Altparteien keine Familienpolitik mehr gibt.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Wort „Familienpolitik“ existiert zwar noch und muss als Rechtfertigung für alles Mögliche herhalten, insbesondere für die arbeitsmarktpolitischen Wunschvorstellungen links-grüner Ideologen, doch Politik für Familien, Politik, bei der die Familie im Mittelpunkt steht und die von den Bedürfnissen der Familie aus gedacht wird, verschwindet mehr oder weniger heimlich von der Bildfläche.

(Beifall AfD)

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genauso wie die Familienpolitik noch auf dem Papier existiert, aber eigentlich für andere Zwecke erhalten muss, genauso werden andere positive Begriffe von Ihnen genommen und mit anderem Inhalt gefüllt. Wenn Sie beispielsweise das Wort „Toleranz“ nehmen, das von dem lateinischen „tolerare“, was so viel wie „dulden“ und „ertragen“ heißt, abstammt und unter dem man normalerweise versteht, dass man als Einzelner und als Gesellschaft die Meinung und die Lebensweise anderer Menschen, insbesondere wenn sie anders sind als die eigene, duldet, dann verändert sich das Wort „Toleranz“ in Ihrem Mund zum Kampfbegriff gegen Andersdenkende, denen man ihre Meinung verbieten will, weil sie in den eigenen Augen falsch ist.

(Beifall AfD)

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das haben Sie aber hübsch aufgeschrieben!)

Gleiches können Sie beispielsweise bei dem Begriff „Flüchtling“ sehen. Ein Flüchtling ist ein Ausländer, der nach dem Asylverfahrensgesetz als Flüchtling anerkannt wurde, weil er sich aus begründeter Furcht vor Verfolgung wegen seiner Rasse, Religion, Nationalität, politischen Überzeugung oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe außerhalb seines Herkunftslandes befindet und den Schutz seines Herkunftslandes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Furcht nicht in Anspruch nehmen will. Bei Ihnen, den Linken, ist ein Flüchtling jeder, der legal oder illegal nach Deutschland kommt und in einem Aufnahmelaager aufgenommen werden will.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir reden gerade über frühkindliche Bildung, Frau Muhsal!)

Ähnliches tun Sie auch, wenn Sie den Begriff „frühkindliche Bildung“ nehmen und unter diesem Etikett

etwas ganz anderes verkaufen, als man eigentlich vermutet. Wenn Sie „frühkindliche Bildung“ sagen, meinen Sie eigentlich, dass alle Kinder möglichst früh eine Kindertageseinrichtung besuchen sollten.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Richtig! Gut erkannt!)

Das hat für Sie zum einen den Vorteil, dass die Frauen als Arbeitskraft zur Verfügung stehen, und zum anderen, dass sie ihr Verhalten an das von Ihnen gewünschte Rollenmuster, nämlich das der Frau, die sich möglichst wenig von ihrem Mann bzw. dem Vater ihrer Kinder abhängig macht, anpasst. Denn für Sie bedeutet Wahlfreiheit nicht, dass man sich sein Leben nach seinen eigenen Vorstellungen gestaltet, sondern dass man die Entscheidung so trifft, wie Sie es für richtig halten.

(Beifall AfD)

Wenn Sie den Begriff „frühkindliche Bildung“ verwenden, geschieht das, weil Sie suggerieren wollen, dass die Familie eben keine natürliche Einheit ist, in der Eltern als Erziehungsberechtigte in aller Regel nach bestem Wissen und Gewissen entscheiden, was sie für die Entwicklung ihres Kindes als das Beste empfinden. Sie wollen suggerieren, dass die sogenannte frühkindliche Bildung für alle Kinder in der Kindertagesstätte das Beste ist, unabhängig davon, was die Eltern meinen.

Was ist aber für Kinder zwischen null und drei Jahren wichtig? Für Kinder in diesem Alter ist es wichtig, feste Bezugspersonen zu haben, Menschen, die sie lieben und von denen sie geliebt werden, und Menschen, von denen sie aufgrund dieser Bindung lernen können. Nach Gerald Hüther, Professor für Neurobiologie und anerkannter Fachmann im Bereich der Bindungsforschung, ist es das wachsende Gefühl von Selbstwirksamkeit, das es dem Kind ermöglicht, sich aus der ursprünglichen Abhängigkeit von seinen primären Bezugspersonen zu lösen.

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Seitdem Sie reden, geht es Herrn Kuschel schlecht!)

Voraussetzung für diese Entwicklung sind sichere emotionale Beziehungen, die es dem Kind gestatten, sich immer weiter in selbst erkundete und selbst gestaltete Bereiche vorzuwagen.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: In der Aktuellen Stunde gilt freie Rede!)

Wenn Sie mal bitte aufhören zu plappern, Sie sind bestimmt auch noch dran heute!

Wenn dieser Punkt erreicht ist und in welchem Maße man eine Krippenbetreuung für sein Kind in Anspruch nehmen möchte, das ist nach Ansicht der AfD-Fraktion Sache der Eltern und nicht des Staates.

(Abg. Muhsal)

(Beifall AfD)

Ich gehe davon aus, dass Sie weiterhin unter dem Deckmantel der frühkindlichen Bildung den Thüringer Eltern ihre Lebensweise vorschreiben wollen. Alles andere ist nicht realistisch. Ansonsten würden Sie unseren Vorschlag, das Landeserziehungsgeld zu einem Familiengeld auszubauen und damit den Eltern die Entscheidung zu überlassen, wie ihre Kinder lernen sollen, unterstützen.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Höhn:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete. Als Nächste hat das Wort Frau Abgeordnete Rosin, SPD-Fraktion.

Abgeordnete Rosin, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, moderne Bildungspolitik und frühkindliche Bildung für alle sind die beiden Hauptattribute der heutigen Aktuellen Stunde. Die SPD fühlt sich beiden Zielsetzungen verpflichtet, denn sie gehört seit Jahren dem Thüringer Landtag an und diese Ziele sind uns sehr wichtig. Wir haben schon in unseren Oppositionsjahren das Konzept für die Thüringer Gemeinschaftsschule erarbeitet. Wir haben den ersten Gesetzentwurf zur Bildungsfreistellung in den Landtag eingebracht. Wir haben frühzeitig Alternativen zur sogenannten Familienoffensive der damaligen CDU-Regierung entwickelt und uns auch jahrelang für den Erhalt der Grundschulhorte eingesetzt.

Vieles von dem, was wir in den Vorjahren konzeptionell erarbeitet haben, konnten wir in der letzten Legislaturperiode in Regierungsverantwortung auch umsetzen. Ich nenne hier für den frühkindlichen Bereich nur die Kita-Reform, die das Bildungsministerium unter Christoph Matschie auf den Weg gebracht hat. Wir haben dabei nicht nur die Betreuung in den Kitas quantitativ und qualitativ deutlich verbessert, sondern auch den Rechtsanspruch auf Betreuung für Kinder ab dem ersten Geburtstag eingeführt und damit eine der modernsten Kita-Gesetzgebungen Deutschlands geschaffen. Diese Ergebnisse sozialdemokratischer Bildungspolitik können sich wahrlich sehen lassen. Dafür möchte ich an dieser Stelle ganz ausdrücklich Christoph Matschie einmal herzlich danken.

(Beifall SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern werden wir nun auf der Basis des bisher Erreichten aufbauen und weitere Weichenstellungen in der frühkindlichen Bildung vornehmen. Dazu zählen der schrittweise Ausbau der Kindertagesstätten zu Eltern-Kind-Zentren, die weitere Stär-

kung der Aus- und Weiterbildung der Erzieherinnen und Erzieher, eine zielgenauere Justierung der Kita-Finanzierung des Landes sowie die Einführung eines beitragsfreien Kita-Jahres.

(Beifall DIE LINKE)

Und natürlich geht es für uns auch um gute Arbeitsbedingungen für die Erzieherinnen und Erzieher und um die Frage, wie das, was die Beschäftigten in den Kitas mit großem Engagement tagtäglich leisten, gesellschaftlich mehr Anerkennung erfährt als bislang. Daher kann ich mit Blick auf den aktuellen Kita-Streik nur Folgendes bekräftigen: Ich weiß natürlich um die finanzielle Situation der Kommunen gerade hier in Thüringen. Ebenso ist mir klar, dass Tarifauseinandersetzungen von beiden Seiten mitunter mit harten Bandagen ausgetragen werden und geraume Zeit andauern. Aus meiner Sicht kann es aber nicht sein, dass die kommunalen Arbeitgeber in mehreren Verhandlungsrunden bislang kein konkretes Angebot auf den Tisch gelegt haben. Das verstehe ich nicht unter Wertschätzung dieser Arbeit. Dieses Pokerspiel zulasten der Beschäftigten muss beendet werden. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Höhn:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete. Als Nächster hat das Wort Herr Abgeordneter Kowalleck, CDU-Fraktion.

Abgeordneter Kowalleck, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, natürlich auch vonseiten der CDU-Fraktion an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an die Erzieherinnen und Erzieher im Freistaat Thüringen für ihre Arbeit, die sie mit unseren Jüngsten leisten. Es ist ganz wichtig, dass man das hier an dieser Stelle auch noch einmal darstellt.

(Beifall DIE LINKE, AfD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei moderner Bildungspolitik dürfen wir natürlich auch nicht die Tradition und Geschichte vergessen. Vor 175 Jahren gründete Friedrich Fröbel den ersten Kindergarten – ein deutsches, ein Thüringer Erfolgsmodell. Da bin ich auch ganz bei dem Vorsitzenden des Fröbel-Kreises, dem Bad Blankenburger Bürgermeister Frank Persike, der eben auch sagt, dass Kindergarten auch wieder Kindergarten genannt werden muss, so wie es in der ganzen Welt auch bekannt ist von Japan bis Südkorea und vielen anderen Ländern.

(Beifall DIE LINKE)

(Abg. Kowalleck)

Seit 2010 sind die Kindergärten im Freistaat kontinuierlich ausgebaut worden

(Beifall CDU)

und der Personalschlüssel gerade für die Betreuung der Kleinsten verbessert worden,

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Wie viele sind die in der AfD-Fraktion jetzt noch?)

nicht zu vergessen der Rechtsanspruch auf den Kindergartenplatz. Auch die verschiedenen Förderprogramme im Baubereich und natürlich auch im Bereich Sprache und Integration möchte ich hier erwähnen. Es hat sich in diesen Bereichen eine Menge getan und das muss anerkannt werden. Das bestätigen auch die Zahlen. Zwischen dem ersten und dem dritten Lebensjahr gehen rund 50 Prozent der Kinder in den Kindergarten und im sechsten Lebensjahr sind es fast 100 Prozent.

Die Aktuelle Stunde steht unter dem Thema „Moderne Bildungspolitik jetzt: Frühkindliche Bildung für alle fördern!“. Da muss man aber auch sagen und die Hinweise annehmen, da gab es Kritik vom Kinderschutzbund in Thüringen. Danach wird das von Rot-Rot-Grün geplante gebührenfreie Kindergartenjahr armen Familien kaum etwas nützen. Diese seien von den Kosten ohnehin weitestgehend freigestellt und die Gebührenfreistellung käme vor allem besser verdienenden Familien zugute. So urteilt der Kinderschutzbund über Ihr Vorhaben.

Für die CDU-Fraktion hat die Qualitätssicherung in unseren Kindergärten Priorität. Dabei unterstützen wir durchaus die Aussagen des SPD-Landesvorstandsmitglieds Bettina Löbl. Die Kindergartenleiterin hatte vor einigen Tagen in der „Thüringischen Landeszeitung“ Zweifel an dem von Rot-Rot-Grün geforderten beitragsfreien Kindergartenjahr geäußert und stattdessen die Bedeutung der Qualitätssicherung herausgestellt. Sie sagte: „Was nützen uns beitragsfreie Kitas, wenn darin kein qualifiziertes Fachpersonal mehr arbeitet?“ Das zeigt auch deutlich: Selbst bei den Praktikern in der SPD bestehen erhebliche Zweifel an dem Vorhaben. Ein beitragsfreies Kindergartenjahr, wie es die rot-rot-grüne Landesregierung anstrebt, ist auch mit den derzeitigen finanziellen Mitteln einfach nicht zu stemmen, auch nicht mit dem Geld, was Rot-Rot-Grün mit dem Wegfall des Landeserziehungsgelds einzusparen versucht. Sie waren sich ja noch nicht einmal im Klaren, welches Kindergartenjahr beitragsfrei gestellt werden soll; im Koalitionsvertrag hieß es noch: das erste. Jetzt wird wieder zurückgerudert. Das ist auf jeden Fall wieder ein Kapitel von „versprochen und dann gebrochen“. Außerdem ist den Eltern mit stabilen und verlässlichen Kindergartenbeiträgen über die gesamte Kindergartenzeit mehr geholfen.

Für uns ist das der falsche Weg, den Eltern vorschreiben zu wollen, wie sie ihre Kinder zu erziehen

haben. Die CDU-Fraktion setzt sich für das Thüringer Erziehungsgeld ein, weil es für uns ein Stück konkreter Freiheit und Vielfalt verbürgt. Dabei wollen wir keine Eltern oder Lebenswege gegeneinander ausspielen. Die Linksfraktion grenzt diese Familien aus und die an anderer Stelle gepriesene Toleranz ist auf einmal wie weggeblasen. Wir haben auch in der vorigen Woche erst gesehen, dass Mütter aus verschiedenen Regionen Thüringens hier 3.000 Unterschriften in den Thüringer Landtag gebracht und dem Petitions- und dem Sozialausschuss vorgelegt haben. Auch sind viele Kommunen jetzt schon mit der Finanzierung der bestehenden Kindergärten an ihre Grenzen gestoßen. Die Landesregierung darf diesen Kommunen nicht noch mehr finanzielle Lasten auferlegen.

Die CDU-Fraktion setzt weiter auf familienfreundliche Elternbeiträge in den Thüringer Kommunen, sodass alle Familien die Chance auf Zugang zu frühkindlicher Bildung haben, sowie die Sicherung des Elternwahlrechts und eine transparente Gestaltung der Kindergartenfinanzierung.

Vizepräsident Höhn:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit neigt sich dem Ende zu.

Abgeordneter Kowalleck, CDU:

Für uns haben der Erhalt der Betreuungsqualität und die Ausfinanzierung dieser Standards Vorrang.

(Beifall CDU, AfD)

Vizepräsident Höhn:

Herzlichen Dank, Herr Abgeordneter Kowalleck. Nun hat das Wort Frau Abgeordnete Rothe-Beinlich, Bündnis 90/Die Grünen.

Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch mein Dank gilt nicht zu allererst der Linken, die diese Aktuelle Stunde beantragt hat, sondern den Erzieherinnen und Erziehern, den Eltern, den Lehrerinnen und Lehrern, all denen, die sich tagtäglich um unsere Kinder kümmern und die tatsächlich gewährleisten wollen, dass alle Kinder den bestmöglichen Zugang auch zu frühkindlicher Bildung haben. Denn da, lieber Herr Kowalleck, grenzt überhaupt niemand irgendjemanden aus, zumindest nicht von den Koalitionsfraktionen, weil wir es ernst meinen mit Wahlfreiheit. Wir wollen, dass sich tatsächlich frei entscheiden werden kann. Allerdings braucht es dann auch gleiche Chancen für alle Kinder und das hat nichts mit Gleichmacherei zu tun. Gleiche Chancen und gleiche Zugänge heißt, die Hürden möglichst nied-

(Abg. Rothe-Beinlich)

rig zu halten, damit Kinder tatsächlich von Anfang an Teilhabe erfahren – und zwar egal, woher sie kommen, egal, in welchen Familienkonstellationen sie groß werden, und ganz egal, woran sie gegebenenfalls glauben.

Frau Muhsal, gestatten Sie mir nach Ihrer Rede einen Hinweis auf die UNESCO-Erklärung bereits von 1995, eine Erklärung gegen den Rassebegriff, die einstimmig verabschiedet wurde und die schon vor 20 Jahren damit geschlossen hat: Es gibt keinen wissenschaftlichen Grund, den Begriff „Rasse“ für Menschen zu verwenden.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn das auch in Zukunft in diesem Hause so bleiben würde, und dafür gibt es eine sehr einschlägige Überschrift, die da lautet: „One race human race“. Ich glaube, die verbindet uns alle, auch in Thüringen und auch wenn sie auf Englisch daherkommt.

(Zwischenruf Abg. Muhsal, AfD: Frau Rothe-Beinlich, das habe ich vorhin nicht gesagt!)

(Beifall DIE LINKE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es geht in dieser Aktuellen Stunde um frühkindliche Bildung und eine moderne Bildungspolitik. Diese braucht natürlich auch gute Rahmenbedingungen. Dafür ist Politik zuständig, dafür sehen wir uns auch in der Verantwortung. Da geht es um hohe pädagogische Standards. Wir haben einen Bildungsplan von 0 bis 18 Jahre, der sehr ambitioniert ist, der sich sehen lassen kann, der unheimlich viel beinhaltet – Umweltbildung, übrigens auch religiöse Bildung, vielfältige Bildung, Menschenrechtsbildung –, ganz umfassend. Das, wie gesagt, braucht selbstverständlich auch entsprechendes Fachpersonal. Ich erinnere mich noch sehr gut an das Vorhaben aus den Reihen der CDU in der letzten Legislaturperiode, ein Drittel der Erzieherinnen und Erzieher aus Kostengründen doch mal eben durch Sozialassistenten zu ersetzen. So etwas lehnen wir als Koalition jedenfalls ganz klar ab.

(Beifall DIE LINKE)

Gestatten Sie mir an dieser Stelle gewissermaßen eine Solidaritätsadresse an die streikenden Kita-Erzieherinnen. Auch wenn ich weiß, wie schwer das für die Eltern ist, diese Situation unter einen Hut zu bringen, ist uns bewusst, dass Erzieherinnen und Erzieher mitnichten das an Entlohnung bekommen, was sie eigentlich für diese wichtige, ganz zentrale Arbeit verdienen würden. Auch in Thüringen wird immer noch gestreikt. Wir alle wissen, dass sich morgen hoffentlich einer Einigung genähert wird, nämlich in Frankfurt, wo über das weitere Vorgehen beraten wird. Für unsere Erzieherinnen und Erzie-

her und auch für unsere Kinder ist es wirklich wünschenswert, dass diese Einigung gelingt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ganz entscheidend ist aber – und das ist natürlich völlig richtig –, dass Kinder von Anfang an auch den Raum haben, in dem sie Bildung erfahren können. Der kann sehr unterschiedlich gestaltet sein. Mich ärgert immer diese Unterscheidung in die Eltern, die ihre Kinder angeblich in eine Kita abgeben wollen – so heißt es immer so schön – und in die Eltern, die ihre Kinder liebevoll zu Hause erziehen. Unsere vier Töchter waren allesamt in einer Kita und ich behaupte, wir haben sie selbstverständlich trotzdem liebevoll zu Hause erzogen. Kinder existieren nämlich nicht nur in den Stunden, die sie eine Kita besuchen, sondern 24 Stunden am Tag. Ich verwahre mich dagegen, Eltern zu disqualifizieren, weil sie sich so entscheiden, wie sie sich entscheiden, weil sie Beruf und Familie unter einen Hut bringen und weil sie eben gute Qualität in Bildungsinstitutionen für ihre Kinder in Anspruch nehmen. Es war natürlich zu erwarten, dass das Landeserziehungsgeld in dieser Aktuellen Stunde von der CDU einmal mehr vorgetragen wird. Das ist ja auch ein Bollwerk, was sie gewissermaßen vor sich herschieben. Wir wissen jedoch alle, dass Geld leider nur einmal ausgegeben werden kann. Für uns hat da die Qualität guter Bildung Vorrang.

(Unruhe CDU)

Wir wissen alle, dass man vom Landeserziehungsgeld mitnichten leben kann. Das ist also keine Lohnersatzleistung oder Ähnliches, so wie Sie es hier suggerieren. Das ist es eben ganz genau nicht, sondern das war ein ganz klares Angebot an Eltern, die sich bewusst dagegen entscheiden, ihre Kinder in eine Kita zu geben. Das – meinen wir – war ein Fehlanreiz. Wo gibt es denn sonst eine Leistung für eine Nichtinanspruchnahme? Wir haben das hier häufig diskutiert, insofern noch mal unser Plädoyer tatsächlich für echte Wahlfreiheit, dafür, dass es gute und moderne Bildungsangebote für alle Kinder und frühkindliche Bildung für alle Kinder gibt, ganz egal, woher sie kommen. Denn wir wissen, was Hänschen oder aber auch Ayshe nicht lernen, lernen Hans und auch die große Ayshe nicht mehr. Vielen herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Höhn:

Das war eine Punktlandung, Frau Abgeordnete, herzlichen Dank. Nun erteile ich das Wort Frau Ministerin Klaubert.

Dr. Klaubert, Ministerin für Bildung, Jugend und Sport:

Vielen Dank, Herr Präsident. Ich habe den Thüringer Bildungsplan für Kinder bis zehn Jahre mitgebracht, die erfahrenen Parteien in diesem Hohen Haus werden ihn kennen. Ich würde ihn auch mal in diese Richtung zeigen, weil da auch einige Fragen der Familienpolitik in diesem Lande zur Sprache kommen – ich verweise insbesondere auf die Kapitel „Gestaltung von Übergängen“ oder „Kooperationen mit Eltern – Erziehungspartnerschaft“. Aber weiter will ich darauf erst einmal nicht eingehen, sondern vor dem Hintergrund des Themas der Aktuellen Stunde „Moderne Bildungspolitik jetzt: Frühkindliche Bildung für alle fördern!“ auf eine Studie eingehen, die vor wenigen Tagen, also im Monat Mai, das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung vorgestellt hat. Dort geht es insbesondere um das Thema „Familie“ und es ist folgendes Ergebnis zu verzeichnen, nämlich, dass jedes fünfte Kind in Deutschland als armutsgefährdet gilt. 2,1 Millionen Kinder unter 15 Jahren wachsen in Deutschland in Familien auf, deren Einkommen unter der Armutsgrenze liegt. Was bedeutet armutsgefährdet? Das ist eben auch die Frage, wie man an familienpolitische Leistungen und an die Gestaltung von Kinder-, Jugend- und Familienpolitik herangeht. Armutsgefährdet bedeutet, dass man zum Beispiel in engen wohnlichen Verhältnissen aufwächst oder dass es schwierig ist, seine Spielkameradinnen und Spielkameraden zum Essen oder zur Geburtstagsfeier einzuladen. Das bedeutet auch, dass vieles, was für andere Kinder normal ist, nämlich gemeinsamer Familienurlaub, ein Wochenendausflug oder ein Internetzugang, nicht selbstverständlich ist. Aufwachsen in Armut bedeutet auch die Einschränkung von Teilhabemöglichkeiten oder eben die Begrenzung der räumlichen oder der sozialen Mobilität. Das ist also – ich betone es noch einmal – ein Befund, der nicht aus irgendeinem Land dieser Welt herrührt, sondern aus einer Untersuchung in Deutschland.

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Abgeordnete, ich finde, dass das ein sehr unerträglicher Zustand ist, den wir konstatieren, und dass wir vor diesem Hintergrund eine Herausforderung an die Politik haben, nämlich mit politischer Verantwortung alles zu tun, damit alle Kinder die gleichen Chancen haben, unabhängig von ihrer Herkunft und unabhängig vom sozialen oder materiellen Hintergrund ihrer Familien. Es ist auch festzustellen – und übrigens kann man da auch die Anleihe bei Fröbel nehmen –, gute Bildung ist der beste, der sicherste Weg aus der Armutsfalle. Wir sagen das schon lange, das ist auch in einigen Beiträgen bereits zum Ausdruck gebracht worden. Aber auch hier will ich eine Studie „Kinder. Armut. Familie.“ der Bertelsmann Stiftung zitieren, die in diesem Jahr auf den Markt gekommen ist. Dort heißt es: „Gerade Kinder

aus prekären Lebenslagen brauchen bessere und verlässlichere Zugänge zu guten Bildungsangeboten.“ Je früher wir also Kindern die Zugänge zu diesen Bildungsangeboten eröffnen, desto besser ist es. Denn Bildung fängt weit vor der Schule an, und da bin ich bei dem Titel der Aktuellen Stunde, bei der frühkindlichen Bildung. Dort gute Angebote zu gestalten, heißt, Chancen für die Zukunft zu eröffnen. In der Bertelsmann-Studie, die ich eben zitiert habe, heißt es wiederum: „Gute Kitas“ – es steht leider nicht Kindergärten drin, ich bin übrigens auch eine heftige Verfechterin dieses Begriffs, aber ich kann das ja nur aus dem Zitat herausnehmen – „und (Ganztags-)Schulen [...] sind für faire Bildungs- und Teilhabechancen für alle Kinder und Jugendlichen unerlässlich.“ Und, meine Damen und Herren, Kindergärten oder Kindereinrichtungen sind Orte von Bildung und Lernen.

Es ist auch bereits gesagt worden: 2010 ist hier mit großer Einmütigkeit ein Kindertagesstättengesetz beschlossen worden, welches bundesweit tatsächlich eine Vorreiterrolle hat. Aber an dieser Stelle gestatte ich mir einfach noch einmal den Blick darauf, dass es ein breites Volksbegehren vor dieser Gesetzesinitiative gab und dieses sich natürlich auch auf die Ausgestaltung unserer Kindertagesstätten richtete, aber es hieß: „Für eine bessere Familienpolitik [...]“. Wir haben den Rechtsanspruch auf einen Kindertagesstättenplatz ab dem vollendeten ersten Lebensjahr verankert, bevor es bundesweit Standard wurde, in dieser gesetzlichen Dimension frühkindliche Bildung zu organisieren. Mit dem Gesetz wurde seit 2010 die personelle Ausstattung verbessert. Wenn man zurückblickt, kann man feststellen, dass die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die pädagogische Arbeit in den Thüringer Kindertagesstätten seit 2009 um 40 Prozent gestiegen ist. Ich meine, das Ergebnis kann sich sehen lassen. Wir haben heute bundesweit eine der besten Kindertagesstättenbesucherquoten. Ich verweise nur darauf, dass bis zum zweiten Lebensjahr rund 60 Prozent der Kinder eine Kindereinrichtung besuchen, 58,9 Prozent exakt, und bei den über Dreijährigen sind es annähernd 100 Prozent, also 97,9 Prozent in diesem Fall in der exakten Zahl. Das heißt also, dass die Eltern in Thüringen den Kindertagesstätten vertrauen, weil sie wissen, dass ihre Kinder hier gute pädagogische Angebote bekommen und dass ihre Kinder nicht nur betreut oder „aufbewahrt“ werden, sondern dass sie gefördert werden. Ich sage auch, ein Teil der Eltern entscheidet sich für die Erziehung ihrer Kinder zu Hause, und sie haben dafür sicherlich auch gute Gründe. In einer demokratischen pluralen Gesellschaft haben Eltern die Wahlfreiheit. Das ist selbstverständlich. Es gibt keine Kita-Pflicht wie die Schulpflicht. Doch es gibt die Pflicht für die Politik, die Kindereinrichtungen im vorschulischen Bereich auszugestalten, und zwar nach den besten Möglichkeiten, nach den besten Erziehungs- und Bil-

(Ministerin Dr. Klaubert)

dungsangeboten für die Kleinsten dieser Gesellschaft. Der Auftrag an die Politik ist ein gesamtgesellschaftlicher Auftrag. Aus genau diesem Grunde haben wir in Thüringen auch den vorhin von mir erwähnten Thüringer Bildungsplan erarbeitet. Auch das ist kein „Machwerk“ von irgendwelchen Einzelpersonen, die irgendetwas jenseits der Wirklichkeit durchsetzen wollten, sondern dieser Bildungsplan ist in einem langen Arbeitsprozess entstanden. Dazu gab es Fachbeiräte – die Kollegin Astrid Rothe-Beinlich ist eben darauf eingegangen –, welche die vielfältigen Erziehungsbereiche in diesem Bildungsplan bearbeiteten. Ich bin übrigens auch sehr froh, dass wir jetzt diesen Bildungsplan bis 18 erweitern können. Am Ende des Monats Juni läuft die Redaktionsfrist aus und wir werden dann als erstes Bundesland einen Bildungsplan 0 bis 18 haben, der tatsächlich die Bildungsgänge von 0 bis zum 18. Lebensjahr, also bis zum Erwachsenenalter, gestaltend vor dem Hintergrund eines sehr modernen Bildungsbegriffs in Thüringen verankern kann.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wir haben uns auch entschieden, dass wir mit diesen modernen Erkenntnissen noch viel mehr in der Bundesrepublik Deutschland Werbung machen wollen, damit das, was aus dem „Fröbelland“ – und da bin ich durchaus wieder bei dem, was mehrere Rednerinnen und Redner vor mir gesagt haben –, aus dem Land, in dem der Kindergarten entstanden ist, und aus dem Land, in dem auch diese Gelin- gensbedingungen für kindliche Bildung und Erziehung entstanden sind, in andere Bundesländer übertragen werden kann.

Nun ist gesagt worden – ich dachte gar nicht, dass das so unmittelbar damit im Zusammenhang steht –, dass mit der Abschaffung des Landeserziehungsgeldes der gesamte Bildungsprozess in Thüringen mit Bezug auf die Wahlfreiheit infrage gestellt wird. Das kann ich nicht erkennen. Ich kann das einfach nicht erkennen, denn eines muss ich auch sagen: Das Landeserziehungsgeld stand von Anfang an in der Kritik. Auch in diesem Hohen Haus ist über das Landeserziehungsgeld lange gesprochen worden.

(Zwischenruf Abg. Höcke, AfD: Und die Mehrheit der Thüringer unterstützt das Landeserziehungsgeld!)

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Woher entnehmen Sie denn diese Weisheit? Haben Sie Ihren Nachbarn gefragt?)

Über solche Aussagen möchte ich jetzt nicht spekulieren, was die Mehrheit der Menschen im Lande denkt. Sie beziehen sich auf entsprechende Befragungen in der letzten Zeit. Ich würde Sie aber doch ganz gerne einmal darauf verweisen, dass in zahlreichen wissenschaftlichen Studien sowohl der fa-

milienpolitische als auch der bildungspolitische Effekt dieses Landeserziehungsgeldes völlig infrage gestellt wurde. Falls Sie das nicht zur Kenntnis nehmen, verweise ich auf den Landesrechnungshof, der auch wiederum untersucht hat, wofür Steuergelder eingesetzt werden – in diesem Fall das Landeserziehungsgeld –, und zu der Schlussfolgerung kam, dass mit diesem Geld die tatsächlich gewollten und proklamierten Effekte einfach nicht erreicht werden. Das ist keine Einschätzung, die ich mir selbst aus den Fingern gesogen habe, sondern sie ist in wissenschaftlichen Studien nachzulesen und dies ist auch in der entsprechenden Stellungnahme des Landesrechnungshofs nachzulesen.

Vor diesem Hintergrund wiederum hat sich die Koalition übrigens schon während der Koalitionsvereinbarung entschieden, dass dieses Landeserziehungsgeld in Thüringen abgeschafft wird. Dazu haben die Fraktionen einen gemeinsamen Gesetzentwurf auf den Weg gebracht, der ist jetzt im parlamentarischen Verfahren. Das ist eine Frage, die letztendlich entschieden wird und die aber auch abzusehen war. Denn das ist keine Heimlichtuerei, die da geschehen ist, sondern es ist eine Position, die wir im Koalitionsvertrag verankert haben und bei der ich insbesondere auch das Familienministerium würdigen kann, welches von Anfang an offen mit dieser Information umgegangen ist und gesagt hat, dass ab einem Zeitpunkt X dieses Geld für das Landeserziehungsgeld nicht mehr zur Verfügung steht. Dann bin ich wieder mit zahlreichen Vorrednern einig, dass wir dieses Geld in eine bessere frühkindliche Bildung stecken wollen. Nun ist wieder kritisiert worden, dass es dazu Überlegungsprozesse gibt. Da kann ich wieder sagen: Ja, im Koalitionsvertrag haben wir uns entschieden, ein beitragsfreies Kindertagesstättenjahr zu verankern.

(Beifall DIE LINKE)

Das ist auch nicht aus Jux und Tollerei entstanden, sondern vor dem Hintergrund, den Kindern unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern, vom Bildungsstand ihrer Eltern, von der Herkunft ihrer Eltern ein Bildungsangebot zu unterbreiten, welches dem Thüringer Bildungsplan folgt und welches in einer Kindereinrichtung ein Angebot unterbreitet, welches dann wieder heißt – um auf die Aktuelle Stunde zurückzukommen –, moderne Bildungspolitik in Thüringen jetzt zu gestalten und frühkindliche Bildung von Anfang an zu fördern. Wir haben immer gesagt: Auf den Anfang kommt es an. Die Möglichkeit des Ausbaus der frühkindlichen Bildung und die Einführung eines beitragsfreien Kindertagesstättenjahrs sind ein Schritt dazu. Ich bitte alle in diesem Haus, am Thema der besseren Ausgestaltung frühkindlicher Bildung mitzuwirken und nicht das eine gegen das andere auszuspielen oder gar von vermeintlichen Mehrheitsmeinungen seine eigene Entscheidung ständig abhängig zu machen. In diesem Sin-

(Ministerin Dr. Klaubert)

ne: Auf den Anfang kommt es an! Lassen Sie es uns gemeinsam schaffen. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Höhn:

Herzlichen Dank, Frau Ministerin. Durch den Redebeitrag der Landesregierung ergeben sich noch weitere Redezeiten für die Fraktionen. Ich sehe eine Wortmeldung von Frau Abgeordneter Muhsal, AfD-Fraktion. Sie haben insgesamt 2 Minuten und 10 Sekunden.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Nicht schon wieder die!)

Abgeordnete Muhsal, AfD:

Vielen Dank, Herr Präsident. Zwei Dinge habe ich. Frau Rothe-Beinlich, ich wollte auf Ihre Einlassung eingehen, die vielleicht zeigt, dass Sie gar nicht wissen, was ein Flüchtling ist. Ich habe aus dem Asylverfahrensgesetz zitiert. Ich lese Ihnen das noch mal vor. § 3 Abs. 1 Asylverfahrensgesetz sagt: „Ein Ausländer ist Flüchtling im Sinne des Abkommens vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge [...], wenn er sich 1. aus begründeter Furcht vor Verfolgung wegen seiner Rasse, Religion, Nationalität“ usw. –

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir reden über frühkindliche Bildung, Frau Muhsal!)

es war ein Gesetzeszitat. Und wenn Sie dagegen sein sollten, dass Deutschland sich dafür einsetzt, dass Flüchtlinge, nämlich Menschen, die aufgrund ihrer Rasse verfolgt werden, hier aufgenommen werden, dann müsste ich mich sehr wundern, Frau Rothe-Beinlich.

(Beifall AfD)

Die zweite Sache, die Sie gesagt haben, Frau Ministerin Klaubert. Sie haben wieder mit der Stellungnahme des Landesrechnungshofs argumentiert, die wir selbstverständlich zur Kenntnis genommen haben, aber das ist wieder ein Punkt, auf den ich schon gekommen bin: Familienpolitik heißt nicht, dass wir familienpolitische Maßnahmen nach ökonomischen Kriterien bewerten. Familienpolitik ist Politik, die für Familien, für die Bedürfnisse von Familien da ist. Deswegen denkt man von den Familien aus und nicht von der ökonomischen Verwertbarkeit.

(Zwischenruf Dr. Klaubert, Ministerin für Bildung, Jugend und Sport: Aber Sie haben doch sicher gelesen, wie die Wirkung ist!)

(Beifall AfD)

Vizepräsident Höhn:

Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Teil? Herr Abgeordneter Wolf. Sie haben exakt 1 Minute.

Abgeordneter Wolf, DIE LINKE:

Vielen Dank, Herr Präsident. Frau Muhsal, Zusammenfassung aus der Studie zum Thüringer Betreuungsgeld aus dem Jahr 2012, Autorin Frau Prof. Christina Gathmann:

1. Die Anzahl der betreuten Kinder ging zurück.
2. Die Erwerbstätigkeit von Müttern sank deutlich.
3. Es ist keine Evidenz dafür zu finden, dass die Kinder von der Einführung des Betreuungsgelds profitiert haben. Kinder, insbesondere Mädchen, die zu Hause betreut werden, weisen niedrigere Sozialkompetenzen und geringere alltägliche Fertigkeiten auf.
4. Gering qualifizierte und im Niedriglohnsektor arbeitende Eltern haben um 20 Prozent niedrigere Betreuungsquoten.
5. Auch ältere Geschwisterkinder besuchen signifikant weniger Kitas.

Vielen Dank!

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsident Höhn:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Wolf. Frau Abgeordnete Muhsal hat jetzt noch 40 Sekunden.

Abgeordnete Muhsal, AfD:

Herr Abgeordneter Wolf, vielen Dank für die Zitate aus der Studie. Darüber können wir uns gern an anderer Stelle noch weiter unterhalten.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Nein, können wir nicht!)

Ich bin aber jemand, der nicht sagt, wir wollen per se das Landeserziehungsgeld behalten, so wie es ist, sondern ich möchte das Landeserziehungsgeld als Familiengeld weiterentwickeln. Da müssen Sie mir mal erklären, was der Unterschied ist, wenn man den Eltern das Geld in die Hand drückt und sagt, entscheidet selbst, warum das in irgendeiner Weise schlecht für die Kinder sein sollte.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Höhn:

Eine weitere Wortmeldung des Abgeordneten Kowalleck. Für Sie ebenfalls 1 Minute.

Abgeordneter Kowalleck, CDU:

Danke, Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Ministerin, ich danke Ihnen auch noch mal für Ihre Wortmeldung. Für uns war es an dieser Stelle nur wichtig zu sagen, die Standards, die wir jetzt haben, die wir 2010 hier zusammen auf den Weg gebracht haben, die müssen auch weiterhin finanziell unterstützt werden. Wenn Sie hier neue Dinge auf den Weg bringen, müssen Sie auch auf die Praktiker hören. Deswegen habe ich hier auch noch mal Frau Löbl, die Kindergartenleiterin und SPD-Vorstandsmitglied, als Beispiel gebracht. Denn wichtig ist, dass die Dinge, die wir hier wirklich auf den Weg gebracht haben, auch erhalten werden und nicht durch neue Projekte gefährdet werden. Mich hat es auch ein wenig verwundert, das muss ich an dieser Stelle sagen, dass auch auf meine Mündliche Anfrage vor zwei Monaten zu dem Thema nicht klar geantwortet werden konnte von Ihrer Staatssekretärin, gerade im Hinblick auf die Finanzierung und was Sie nun wirklich ganz genau vorhaben. Das sollten Sie sich wirklich überlegen, wenn Sie solche Projekte angehen, dass man auch vorher weiß, was man eigentlich vorhat.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Höhn:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Kowalleck. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit schließe ich den vierten Teil der Aktuellen Stunde.

Ich rufe auf den **fünften Teil**

e) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der AfD zum Thema: „Unterschätzt die Landesregierung linksextremistische Gefahren in Thüringen?“

Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags

- Drucksache 6/641 -

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort dem Abgeordneten Höcke, AfD-Fraktion.

Abgeordneter Höcke, AfD:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Abgeordnete, liebe Gäste auf der Tribüne, das 2010 von der damaligen Landesregierung verabschiedete Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit spricht im Sinne des wehrhaften Verfassungsstaats davon, dass – ich zitiere – „Rechtsextremismus ebenso wie Linksextremismus

(Unruhe DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und islamistischer Extremismus [...] in klarem Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung“ stünde. Das ist richtig.

(Beifall AfD)

Und weiter spricht es davon, solchen extremistischen Bestrebungen gleichermaßen entschlossen begegnen zu wollen. Das ist gut.

(Beifall AfD)

Die praktische Umsetzung des Programms zeigt allerdings, dass es sich de facto um ein Programm allein gegen politischen Extremismus von rechts handelt. Und das ist der berechtigte Anlass für diese Aktuelle Stunde, sehr verehrte Kollegen.

Erst kürzlich hat Ministerin Dr. Klaubert Fördermittelbescheide in Höhe von 800.000 Euro übergeben. Das Geld kommt Projekten innerhalb und außerhalb des Landesprogramms zugute. Aus der Antwort der Ministerin auf die Kleine Anfrage 215 geht hervor, dass diese Förderung tatsächlich allein – allein! – in den sogenannten Kampf gegen rechts fließt. Man soll also glauben, dass in Thüringen keine Gefahr von Linksextremisten ausgeht, und Frau Ministerin Dr. Klaubert nährt diesen Glauben. Denn auf die Frage, ob die Regierung eine Gefahr von links überhaupt erkenne, gibt sie zu Protokoll, dass – ich zitiere – „der Phänomenbereich ‚Linksextremismus‘ [...] derzeit hinsichtlich der personellen Entwicklung weitgehend durch Stillstand und Stagnation gekennzeichnet“ sei. Die Daten des Innenministeriums zur politisch motivierten Kriminalität zeigen jedoch eindeutig, dass linksextreme Straftaten auch in Thüringen eine zunehmend große Rolle spielen. Während sich die rechtsextreme Kriminalität seit Jahren auf einem gewiss zu hohen, aber doch stagnierenden Niveau befindet, erfährt die linksextreme Kriminalität einen bedrohlichen Zuwachs. In der Statistik des Innenministeriums lesen wir zum Jahr 2014: „Gegenüber dem Vorjahr sank im Phänomenbereich PMK-Rechts die Zahl der festgestellten Straftaten um 23 Fälle (- 2,1 Prozent). Dagegen stiegen im Phänomenbereich PMK-Links die registrierten Fallzahlen um mehr als die Hälfte (+ 111 Fälle, + 57,8 Prozent).“

(Beifall AfD)

Dabei geht es keineswegs um irgendwelche kleinen Bagatelldelikte oder das Zeigen von Symbolen des linken Kampfs; das ist ja gar nicht strafbar, das wissen wir. Hier geht es um handfeste linksextremistische Straftaten.

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Wie Sitzblockaden!)

In Thüringen werden von Linksextremisten unter Verstoß gegen das Versammlungsgesetz politische Diskussionsveranstaltungen gestört.

(Abg. Höcke)

(Unruhe DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Thüringen werden Bürgerbüros von Parteien und Privathäuser von Politikern beschmiert und zerstört. In Thüringen werden Polizeibeamte angegriffen. Das ist die Realität in Thüringen, sehr verehrte Damen und Herren.

(Beifall AfD)

Doch damit nicht genug: Es fließen auch Steuergelder in linksextremistische Organisationen, die mit dem Verfassungsstaat nichts am Hut haben, ihn – im Gegenteil – sogar bekämpfen.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie kriegen leider auch Geld!)

So führte beispielsweise der vom Landesprogramm geförderte „Lokale Aktionsplan Erfurt“ kürzlich eine Veranstaltung gemeinsam mit dem Infoladen „Sabotnik“ durch. Dieser Infoladen wird im aktuellen Verfassungsschutzbericht als linksextremistische Einrichtung angeführt.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ach ja, Sie müssen es ja wissen!)

Wenn die Landesregierung, so wie in der Antwort zur Kleinen Anfrage 215, tut, als sei im Bereich des Linksextremismus alles ruhig, so ist das eine handfeste Lüge, sehr verehrte Kollegen.

(Beifall AfD)

Die Landesregierung verharmlost damit die von Linksextremisten begangenen Straftaten in unserem Land. Und das ist ein Skandal.

Vizepräsident Höhn:

Herr Abgeordneter, ich darf Sie darauf aufmerksam machen, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abgeordneter Höcke, AfD:

Ich bin sofort am Ende, Herr Präsident.

Die AfD-Fraktion wird auch in Zukunft sehr genau darauf achten, dass sich das linksextreme Milieu nicht aus Steuergeldern nähren kann. Und wir werden immer wieder anmahnen, dass die Mittel des Landesprogramms zur Bekämpfung jeder Art von Extremismus eingesetzt werden. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Höhn:

Als nächster Redner hat das Wort Herr Abgeordneter Fiedler von der CDU-Fraktion.

Abgeordneter Fiedler, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben heute das Thema „Unterschätzt die Landesregierung linksextremistische Gefahren in Thüringen?“. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kann ganz kurz darauf sagen: ja. Natürlich will ich Ihnen meine Antwort auch begründen.

(Beifall AfD)

Thüringen konzentriert sich völlig zu Recht in erster Linie auf die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Insbesondere – wir haben es ja heute schon diskutiert – die Vorfälle rund um den 1. Mai zeigen deutlich, welchen negativen Stellenwert der Rechtsextremismus besitzt. Dieser ist qualitativ und quantitativ das größere Problem. Aber ein Grund, über den Linksextremismus zu schweigen, ist das natürlich noch lange nicht. Laut aktuellem Verfassungsschutzbericht gibt es in Thüringen rund 130 gewaltbereite Linksextremisten. 2014 wurden in Thüringen 303 links motivierte Straftaten verzeichnet, darunter 31 Gewaltstraftaten. Nur zum Vergleich: 2013 waren es noch 192 links motivierte Straftaten und davon 24 Gewaltstraftaten. Im Vergleich dazu die rechts motivierten Gewaltstraftaten: 2013 waren es 49 und 2014 waren es 57. Ein Blick in den aktuellen Verfassungsschutzbericht von Thüringen offenbart noch eine weitere Erkenntnis: In Thüringen überwiegen seit Jahren die Aktivitäten gewaltbereiter Autonome. Inspiriert von dem ihnen eigenen Antifaschismus-Verständnis nahmen Protest- und Blockadereaktionen zur Be- und Verhinderung rechtsextremistischer Veranstaltungen breiten Raum ein. Dabei kam es neben Sachbeschädigungen mitunter auch zu Angriffen auf Polizeibeamte. Linksextremismus ist im Vergleich zum Rechtsextremismus also keineswegs ein Randphänomen oder zu vernachlässigen. Und was macht Rot-Rot-Grün? Gemäß Koalitionsvertrag vom 20. November 2014 soll das Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit in ein Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus und Homophobie umgewandelt werden.

(Beifall DIE LINKE)

Ich erinnere daran, dass in der letzten Legislatur die hier vertretenen Parteien ausgiebig alles diskutiert hatten und es gab dann hier, ich glaube, eine einstimmige Resolution, was dort alles hineingeht. Nun zählt das wahrscheinlich heute nicht mehr, aber das ist in der Politik manchmal so, was ich gestern erzählt habe, muss ja heute nicht mehr stimmen, vor allen Dingen bei der Koalition. Da frage ich mich, meine Damen und Herren, ist Rot-Rot-Grün blind oder wird die linke Gefahr bewusst in Kauf genommen oder ist sie sogar gewollt?

(Beifall AfD)

(Abg. Fiedler)

Linksextreme Strömungen gibt es auch innerhalb der Linken, in Thüringen zum Beispiel die Kommunistische Plattform oder die Vereinigung Cuba Si, die vom Bundesamt für Verfassungsschutz als linksextrem eingestuft werden.

(Zwischenruf aus dem Hause)

Bitte? Schade, ich habe es nicht verstanden. Es dürften sich aber auch darüber hinaus Ideologiefragmente bei Mitgliedern der Linken finden, die man als linksextrem klassifizieren kann. Das gilt im Prinzip schon für alle, die zum Sozialismus der DDR zurückwollen.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Wer bitte will hier aus dem Haus zur DDR zurück?)

Ja, das wollen Sie nicht gern hören, Herr Kuschel. Es ist halt so.

(Unruhe DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die sogenannte sozialistische Demokratie war schlicht eine Diktatur.

(Beifall AfD)

Auch die Rede von „Brüchen und Umwälzungen mit revolutionärer Tiefe“, wie es im Erfurter Programm der Linken von 2011 heißt, halte ich für keine vertrauensbildende Maßnahme. Debatten unter Demokraten zu verhindern, statt sie zu führen, ist kein Beitrag zu einer demokratisch-politischen Kultur.

Meine Damen und Herren, ich habe es schon mehrfach von dieser Stelle aus gesagt – ich bin nun schon lange Innenpolitiker: Egal, wo die Gewalt herkommt, ob von links oder von rechts oder von wem auch immer, Gewalt darf es in dem Land nicht geben und wir müssen alle gemeinsam dagegen aufstehen und wir dürfen nicht nur in eine Richtung schauen und auf einem Auge blind sein, sondern auch in die andere Richtung. Das erwarten wir auch von der Landesregierung.

(Beifall CDU, AfD)

Vizepräsident Höhn:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Jetzt hat Frau Abgeordnete Marx, SPD-Fraktion, das Wort.

Abgeordnete Marx, SPD:

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe verbliebene Zuschauerinnen und Zuschauer und sonstige Zuhörer und Zuschauer am Livestream, wir erleben jetzt hier einen ideologischen Schaukampf. Ich habe gar nicht gewusst, was sich hinter dem Titel „Unterschätzt die Landesregierung linksextremistische Gefahren [...]“ verbergen soll. Wir haben dann gehört, es gibt ganz verschiedene Facetten, die jeder der bisherigen Redner darunter

versteht. Da ist auf der einen Seite die Sorge, dass die Kriminalität, die auch auf der linken Seite politisch motiviert ist, zu wenig bekämpft wird. Da wird behauptet, dass das Landesprogramm jetzt nur noch einseitig ausgerichtet wird, aber was dahintersteht, ist immer noch dieser alte Extremismusbegriff, den wir eigentlich überwunden haben und überwinden wollten

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und den auch die Wissenschaft überwindet. Wir haben in unserem NSU-Abschlussbericht einstimmig festgestellt: „Die gleichsetzende Wahrnehmung und Einordnung von ‚Links- und Rechtsextremismus‘ als sich gegenseitig bedingendes Problem an den Rändern der Gesellschaft ignoriert sowohl damalige als auch heute vorhandene Einstellungen und Verhaltensweisen in der ‚Mitte der Gesellschaft‘“. Deswegen gibt es Forschungen, die sagen: Was ist denn eigentlich Extremismus und wogegen sollen wir uns wenden? Extremismus – gerade da ist der Rechtsextremismus eben sehr viel stärker vertreten – ist hauptsächlich eine Ideologie der Ungleichwertigkeit von verschiedenen Menschen. Die gilt es zu bekämpfen und auf diesem Fokus liegt der Schwerpunkt des Landesprogramms und das ist auch richtig so.

Wir haben bei den gewaltbereiten Strukturen und Übergriffen nicht ständig zunehmende Fallzahlen, aber wir haben aufgrund des Aufmarschs der Neonazis, der zunehmend unverfrorener stattfindet und über den wir heute auch schon geredet haben, natürlich auch eine Zunahme an konfrontativer Gewalt und wir müssen dem vorbeugen. Aber die Ursache liegt hier in Thüringen im rechtsextremen Bereich. Auch wenn Sie in anderen Gremien dieses Landtags zuhören, dann wissen Sie, dass hier die Gefahren von rechts weitaus größer eingeschätzt werden – auch in den letzten Verfassungsschutzberichten –, als das von der linken Seite der Fall ist. Deswegen ist das eigentlich eine ideologische Scheindebatte, die hier von der AfD aufgemacht wird,

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und ich will mal sagen, ausgerechnet von der AfD. Ich habe mich sehr gewundert, dass Sie sich trauen, ausgerechnet Sie, hier Extremismus zu brandmarken,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Wir sind alle gleich!)

denn am weitesten überdurchschnittlich sind radikale Positionen, Demokratieverachtung einschließlich eines Achselzuckens bei Verdacht auf Begehung von Straftaten durch eigene Mitglieder wohl derzeit bei Ihrer eigenen Fraktion und durch Ihren

(Abg. Marx)

eigenen Vorsitzenden anzutreffen. So alt, wie Sie nach sechs Monaten aussehen, so alt sehen wir anderen Parteien noch lange nicht aus.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen sehe ich also Ihre sogenannte Aktuelle Stunde als ein Haltet-den-Dieb-Geschrei an, was von diesem jämmerlichen Bild, was Sie selber abgeben, nicht ablenken kann.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Höhn:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete. Für die Landesregierung spricht Herr Minister Prof. Dr. Hoff.

Prof. Dr. Hoff, Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei:

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, das Thema „Linksextremismus“ beschäftigt das Parlament in jüngster Zeit durch die Kleine Anfrage 132 des Abgeordneten Henke über „Aktivitäten der linksextremen bzw. autonomen Szene in Thüringen in den Jahren 2013 und 2014“, die Kleine Anfrage 291 des Abgeordneten Zippel über „Wird das demokratiegefährdende Potenzial des Linksextremismus ignoriert?“ – beide beantwortet in der Zuständigkeit des Innenministers –, die Kleine Anfrage 255 des Abgeordneten Dr. Voigt über „Entwicklungsstand hinsichtlich der Beendigung der Gleichsetzung von Rechtsextremisten und Linksextremisten“, beantwortet in der Zuständigkeit des Bildungs- und Jugendministeriums. Es hat eine Kleine Anfrage des Abgeordneten Brandner gegeben, die dieses Thema auch aufgreift. Hierzu ist schon durch den Fraktionsvorsitzenden der antragstellenden Fraktion zitiert worden sowie eine Besprechung im Mai des Jahres im Innenausschuss. Es kann also von einem Erkenntnisdefizit über die Position der Landesregierung angesichts dessen ebenso wenig die Rede sein wie von fehlendem Sachstand über Zahlen und Fakten und deren Bewertungen im öffentlichen und wissenschaftlichen Diskurs.

Nun bin ich als Mitglied der Landesregierung weit davon entfernt, die Entscheidungen des Parlaments oder einer seiner Fraktionen zur Auswahl von Aktuellen Stunden zu kritisieren, bitte den Präsidenten gleichwohl, mir zu gestatten, festzustellen, dass in § 93 der Geschäftsordnung des Landtags formuliert ist, Aktuelle Stunden sind bestimmt bezeichneten Themen von aktuellem und allgemeinem Interesse vorbehalten. Was aus der Sicht der Fraktion der AfD an diesem Thema von aktuellem Interesse ist, hat sich auch nach dem Redebeitrag des Vertreters der antragstellenden Fraktion mir zumindest nicht erschlossen. Vielmehr erscheint es, dass die an-

tragstellende Fraktion mit der Aktuellen Stunde dem Thema selbst erst eine aktuelle Bedeutung und Beachtung verschaffen möchte, die sich sonst kaum ergäbe.

Es ist durch den Vorsitzenden der antragstellenden Fraktion oder die die Aktuelle Stunde vorschlagende Fraktion bereits ausgeführt worden, dass die Landesregierung selbst in der Antwort auf die Frage 215 vom 28.04. festgestellt hat: „Grundsätzlich gefährden alle Formen des Extremismus die freiheitliche demokratische Grundordnung. Der Phänomenbereich ‚Linksextremismus‘ ist derzeit hinsichtlich der personellen Entwicklung weitgehend durch Stillstand und Stagnation gekennzeichnet.“ Der Vorsitzende, der hier gesprochen hat, hat zu dieser Aussage der Landesregierung wörtlich formuliert, dass es sich dabei um eine Lüge handeln würde. Das ist hier im Parlament zunächst unwidersprochen geblieben. Ich bin mir nicht sicher, ob das gleichwohl der adäquate Umgang mit einer Antwort der Landesregierung ist.

Die Landesregierung hat in ihrer Stellungnahme, anders als derjenige, der die Landesregierung einer Lüge zeihet, dafür eine evidenzbasierte Grundlage, denn in der Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar wurde zwischen 2010 und 2012 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend das Projekt „Demokratische Kompetenzen im Diskurs entwickeln“ finanziert. Im Rahmen dieses Projekts wurde sich intensiv mit dem Phänomen Linksextremismus beschäftigt. Als Ergebnis fassen die Projektmitarbeiterinnen und Projektmitarbeiter zusammen, dass – ich zitiere mit Zustimmung des Präsidenten – „sich nach drei Jahren Projektdauer, intensiver Auseinandersetzung mit externen Partner(inne)n und über 400 Teilnehmenden [...] sagen lässt, dass sich ein Vorhandensein linksextremer Einstellungen und Haltungen im Sinne eines Rücktritts aus [sic!] geschlossene linksextreme Welt- und Menschenbilder nicht konstatieren lässt.“ Die EJBW sieht dieses Projektergebnis als zentral an. Sie können das gern nachlesen in Lohe/Hofmann/Beier et al. „Fokus (Links-)Extremismus? Entwicklungen und (Zwischen-)Ergebnisse des Projekts ‚Demokratische Kompetenzen im Diskurs entwickeln‘“. Die Zeitschrift dürfte Ihnen vom Namen her vielleicht gefallen, „deutsche jugend“, Zeitschrift für die Jugendarbeit, 61. Jahrgang, Heft 6 (2013), Seiten 265 bis 272.

Wenn das Thema der Aktuellen Stunde der Wortlaut einer Mündlichen Anfrage wäre, würde ich Sie beantworten mit: Nein.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Höhn:

Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit schließe ich den fünften Teil und damit insgesamt den Tagesordnungspunkt 19, Aktuelle Stunde.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 1**

**Erstes Gesetz zur Änderung
des Thüringer Feiertagsge-
setzes (Gesetz zur Einführung
eines Gedenktags für die Be-
freiung vom Nationalsozialis-
mus am 8. Mai)**

Gesetzentwurf der Fraktionen
DIE LINKE, der SPD und BÜND-
NIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 6/584 -
ERSTE BERATUNG

Gibt es den Wunsch nach Begründung zum Gesetzentwurf? Herr Abgeordneter Blechschmidt, bitte schön.

Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren, am 8. Mai 1945 endete mit Unterzeichnung der Kapitulationsurkunden in Berlin-Karlshorst ein durch Deutschland, durch die Deutsche Wehrmacht ausgelöstes Schlachten in Europa von bis dahin unvorstellbaren Ausmaßen, das sogar die Gräueltaten des vorangegangenen Ersten Weltkriegs in den Schatten stellt. Deutsche Wehrmacht, SS und Polizeiverbände hatten besonders in den osteuropäischen Ländern, in den Staaten des Balkans einen beispiellosen Vernichtungsfeldzug geführt, dessen Opfer Millionen zählen. Weitere Hunderttausend gingen als verschleppte Arbeitssklaven in der Rüstungsindustrie des Deutschen Reichs zugrunde. Parallel dazu betrieb Nazideutschland ein planmäßiges und industrielles Vernichtungsprogramm gegen europäische Juden, Sinti und Roma sowie andere sogenannte Minderwertige wie Angehörige slawischer Volksgruppen, geistig und körperlich Behinderte, Verfolgte, politisch Andersdenkende, Pazifisten, Demokraten, Angehörige religiöser Minderheiten.

Für all diejenigen, die diese Torturen, die Vernichtung durch Arbeit, den systematischen Massenerschießungen überlebt hatten, bedeutete der 8. Mai 1945 einen Tag der Freude und des Sieges über ihre Peiniger.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch die Deutschen, die nicht im Widerstand waren, die nicht aus rassistischen oder ideologischen Gründen ausgesondert wurden, verdanken dem 8. Mai – und ich zitiere den ehemaligen Bundesprä-

sidenten Richard von Weizsäcker – die Befreiung „von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft“.

(Beifall DIE LINKE)

Millionen hatten der NSDAP ihre Stimme gegeben, waren ihrem Führer willig in den Krieg gefolgt und standen in jenem Frühjahr 1945 buchstäblich vor einem Trümmerhaufen. Es war ein schmerzlicher Prozess der Aufarbeitung, des Neubeginns und der Anerkennung von Schuld, die Deutschland auf sich geladen hatte. Und er, dieser Prozess, ist auch heute noch lange nicht abgeschlossen.

Meine Damen und Herren, die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke haben daher entschieden, Ihnen ein Gesetz zur Änderung des Thüringer Feiertagsgesetzes vorzulegen, um den 8. Mai als Gedenktag im Freistaat Thüringen für die Zukunft fest zu verankern. Der 8. Mai ist damit kein arbeitsfreier, kein ideologisierte Feiertag, vielmehr soll er in seiner Funktion als Tag des Gedenkens, der Besinnung, aber auch der Freude über das Ende der zwölfjährigen Nazibarbarei gestärkt und im öffentlichen Bewusstsein verankert werden.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der 8. Mai unterstreicht in erster Linie die hohe Symbolkraft und Relevanz, die auch im Freistaat Thüringen diesem einschneidenden Datum in der deutschen und europäischen Geschichte zugemessen wird und dass wir gewillt sind, uns der Lehren aus der deutschen Geschichte anzunehmen. Verantwortungsvolles Handeln in diesem Sinne beinhaltet konsequent auch, im Hier und Heute gegen Antisemitismus, Antiziganismus sowie jede andere Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, für Grundrechte, Frieden und Demokratie einzustehen. Das sind wir gerade auch im Schatten von Buchenwald den Opfern schuldig. Der Volksmund sagt: „Wer sich der Vergangenheit erinnert und gedenkt, wird eine glaubhafte Zukunft gestalten.“ Danke.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Höhn:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Blechschmidt.

Ich eröffne die Aussprache und gebe das Wort Herrn Abgeordneten Fiedler von der CDU-Fraktion.

Abgeordneter Fiedler, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben heute den Punkt „Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Feiertagsgesetzes“ – den Rest muss man hier nicht mehr vorlesen.

(Abg. Fiedler)

(Zwischenruf Abg. Berninger, DIE LINKE:
Das wäre aber wichtig!)

Meine Damen und Herren, die Regierungsfractionen planen mit ihrem Gesetzentwurf die Einführung eines Gedenktags für die Befreiung vom Nationalsozialismus am 8. Mai. Ja, meine Fraktion teilt die Einschätzung, dass die Welt, Europa und das deutsche Volk im Mai 1945 durch die Alliierten von der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft befreit wurden.

Gestatten Sie mir an der Stelle, bevor ich weiter im Text gehe, Herr Kollege Blechschmidt: Ich kann nicht alles teilen, was Sie gesagt haben. Sie haben zum Beispiel gesagt – wenn ich Sie richtig verstanden habe, es kam so rüber –, dass die Deutsche Wehrmacht diejenige war, die das Ganze angezettelt hat. Das war nicht die Deutsche Wehrmacht, sondern das waren Hitler & Co. Ich verkürze es einfach mal. Es war nicht die Deutsche Wehrmacht.

(Beifall CDU, AfD)

Wissen Sie, es gibt noch viele,

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Die Wehrmacht hat aber doch mitgemacht!)

die im Krieg Menschen verloren haben und wo man das nicht so einfach pauschaliert hinstellen kann, so unter dem Motto

(Unruhe DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE)

– Sie können doch erzählen, was Sie wollen, kommen Sie doch vor.

Es geht mir einfach darum, dass man nicht pauschal alle Soldaten, die teilweise damals gezogen wurden, hier so hinstellen kann. Das verbitte ich mir einfach, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, AfD)

Vizepräsident Höhn:

Herr Abgeordneter Fiedler, es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage.

Abgeordneter Fiedler, CDU:

Nein.

Da trennen sich unsere Auffassungen. Befreiung heißt nach meinem demokratischen Gesellschaftsverständnis auch, dass ein befreites Volk fortan in Freiheit und ohne Repressionen lebt, und überdies, dass der Staat die Würde eines jeden Menschen achtet und respektiert. Selbst die ewig Gestrigen hier im linken Block werden – bei objektiver Sichtweise der deutschen Geschichte nach 1945 – zugeben müssen, dass die DDR im Gegensatz zur Bundesrepublik Deutschland alles andere als ein freiheitlich-demokratischer Staat war.

(Beifall CDU, AfD)

Einige von uns haben es durchlebt. Ich sage bewusst nur „durchlebt“. Mit Erlaubnis, Herr Präsident, zitiere ich SPD-Altkanzler Willy Brandt, der 1965 zum 20. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkriegs unmissverständlich feststellte – jetzt sollten die Sozialdemokraten mal in sich gehen: „Für uns bedeutet der [8.] Mai 1945 nicht nur, dass wir frei von etwas, sondern dass wir auch frei für etwas wurden: frei von Zwang, frei für die Würde des Menschen. In diesem Sinne hat die Zone den 8. Mai 1945 erst noch vor sich.“ Das hat der sehr anerkannte Altbundeskanzler Willy Brandt, den ich übrigens sehr schätze, gesagt.

(Beifall CDU)

Weil wir den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen können, wollen wir ihn auch nicht von den Jahrzehnten danach trennen – nicht vom 17. Juni 1953, nicht vom 13. August 1961.

(Beifall AfD)

Es war eben keinesfalls so, dass die Menschen in der DDR das SED-Regime vor allem als Allianz der Befreiten und Befreier empfanden, wie der sehr geehrte Herr Minister Prof. Dr. Hoff an diesem Pult ausführte. Wenn der Chef der Staatskanzlei davon spricht, dass es vor allem darum ging, die Menschenrechte und ihre Unantastbarkeit zu definieren, genau diesen Gedanken in der Mitte der Gesellschaft zu verankern, so steht eines ganz sicher fest: Die SED und die sowjetische Besatzungsmacht leisteten gerade dies nicht. Das Gegenteil war der Fall.

(Beifall CDU)

Zudem stand der sogenannte Tag der Befreiung in der DDR symbolisch auch und vor allem für eine Legitimation der SED-Diktatur und all ihrer Auswüchse, wie zum Beispiel Staatssicherheit etc.

(Beifall CDU, AfD)

Für das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus steht der 27. Januar – und das ist gut so. Es wird Sie daher nicht verwundern, meine Damen und Herren, dass meine Fraktion den Gesetzentwurf und dessen Intention ablehnt. Meine Damen und Herren, ich denke, es muss auch möglich sein, dass man unterschiedlicher Meinung ist. Das sollte man von hier vorne auch sagen dürfen. Denn das haben wir uns 1989 gemeinsam erstritten, die jeweils mitgemacht haben.

(Beifall CDU, AfD)

Ich weigere mich einfach, dass nur das eine gut ist und das andere nur schlecht ist – wir haben das in den zurückliegenden Debatten auch schon gehabt –, sondern es geht einfach um die, die in der DDR gelebt haben, bewusst gelebt haben. Ich habe bewusst dort gelebt. Die haben erfahren müssen,

(Abg. Fiedler)

was dort unter dem sogenannten Sozialismus alles passiert ist. Deswegen, meine Damen und Herren, jetzt den 8. Mai so hochzustilisieren, das können wir nicht teilen, wollen wir nicht teilen und deswegen werden wir dem auch auf keinen Fall zustimmen.

(Beifall CDU, AfD)

Vizepräsident Höhn:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Nun hat das Wort Frau Abgeordnete Pelke von der SPD-Fraktion.

Abgeordnete Pelke, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr viel ist aus meiner Sicht dem, was André Blechschmidt hier zur Frage „Gedenktag 8. Mai“ vorangeschickt hat, nicht mehr hinzuzufügen. Ich glaube, wir haben auch im letzten Plenum in der Diskussion im Rahmen einer Aktuellen Stunde sehr deutlich die Positionen ausgetauscht. Ich bin an dieser Stelle – das will ich auch sagen – den kritischen Worten von Herrn Primas und auch jetzt von Wolfgang Fiedler dankbar, weil wir uns sicher an solchen Punkten in einer Auseinandersetzung befinden, die noch an vielen anderen Stellen weitergeführt werden muss.

Aber in einem Punkt, lieber Wolfgang, sind wir uns einig – du hast es eben selbst sehr deutlich gesagt –: Ja, der 8. Mai war ein Tag der Befreiung.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich bitte noch mal zitieren, auch wenn Kollege Blechschmidt es schon vorweggenommen hat und ich auch bereits in der Diskussion im letzten Plenum aus der wirklich wichtigen Rede für die Bundesrepublik Deutschland und damit auch insgesamt für Deutschland von Richard von Weizsäcker zitiert habe. Lassen Sie mich noch mal zitieren, ich glaube, an dieser Stelle werden wir – und ich beziehe mich jetzt auf die Fraktionen der Koalition und auf die CDU – die Gemeinsamkeit, denke ich, feststellen können. Ich zitiere: „Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung.“ Das sagte er wörtlich. Und weiter im Zitat: „Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.“ – weiter im Zitat – „Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten. Aber wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte.“

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, an diesem Punkt sollten alle demokratischen Parteien die Gemeinsamkeit haben – und deswegen liegt hier der Gesetzentwurf vor –, dass wir als Änderung des Thüringer Feiertagsgesetzes in Ergänzung einen § 2 a – Gedenktage – mit einbinden wollen: „Der 8. Mai ist Gedenktag anlässlich der Befreiung vom Nationalsozialismus und der Beendigung des 2. Weltkrieges“.

Ich sage an dieser Stelle auch: Ja, Wolfgang Fiedler und die Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, es ist für mich auch nach wie vor wichtig, dass der 17. Juni nach wie vor ein Gedenktag ist.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Als Tochter eines ehemaligen politischen Häftlings, der zu DDR-Zeiten vier Jahre in Waldheim abgesessen hat, möchte ich an dieser Erinnerung und an dem, was folgte, nicht vorbei. Ich möchte es nie vergessen und auch an dieser Stelle sagen, wir müssen alle dafür Sorge tragen, dass so etwas nie wieder passiert.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage an dieser Stelle auch deutlich – und das ist ein anderer Antrag, den wir morgen oder übermorgen sicherlich noch diskutieren unter Punkt 14 der Tagesordnung dieses Plenums, der jährliche Bericht der IMAG Aufarbeitung im Plenum, wo es auch um die Frage der Aufarbeitung geht: Ja, ich bin auch gern bereit, darüber nachzudenken, wie zum Beispiel der 17. Juni noch intensiver gewürdigt werden kann oder auch andere Termine, denn – das sage ich auch für mich ganz persönlich – diejenigen, die am 17. Juni den Aufstand gewagt haben, waren und sind für mich heute immer noch die Vorkämpfer derjenigen, die dann 1989 die friedliche Revolution umsetzen konnten.

(Beifall im Hause)

In diesem Sinne, liebe Kolleginnen und Kollegen, denke ich aber, dass wir die gemeinschaftliche Feststellung treffen können: Der 8. Mai war der Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus. Deswegen sollte es ein Gedenktag werden und er sollte nicht nur zur Rückerinnerung führen, sondern er sollte auch dazu führen, die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen, dafür Sorge zu tragen, dass, wie ich schon angesprochen habe, so etwas nie wieder passieren kann, was damals von Deutschland aus losgetreten worden ist. Letztendlich bleibt – auch das habe ich im letzten Plenum schon gesagt: Ein Gedenktag allein macht es natürlich auch nicht. Wir müssen jeden Tag wieder für unsere Demokratie eintreten und dafür kämpfen. Herzlichen Dank.

(Beifall im Hause)

Vizepräsident Höhn:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Pelke. Als Nächster hat Herr Abgeordneter Kießling von der Fraktion der AfD das Wort.

Abgeordneter Kießling, AfD:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, werte Gäste! Der uns vorliegende Gesetzentwurf beginnt mit der Begründung: „Zum 70. Mal jährt sich in diesem Jahr der Tag der Befreiung Deutschlands vom nationalsozialistischen Regime“, wohlbemerkt „nationalsozialistischen Regime“. Vor einem Monat haben wir an dieser Stelle über die Bedeutung des 8. Mai 1945 und darüber hinaus debattiert, wie in der öffentlichen Erinnerungskultur mit diesem Tag angemessen umzugehen ist. Nun haben die Regierungsfractionen Die Linke, SPD, Bündnis 90/Die Grünen einen Gesetzentwurf zur Änderung des Thüringer Feiertagsgesetzes eingebracht, mit dem in einem Gedenktag anlässlich der Befreiung vom Nationalsozialismus und der Beendigung des Zweiten Weltkriegs gedacht werden soll. Wenn es darum geht, einen Gedenktag zum Kriegsende einzuführen, so stellen wir uns keineswegs hiergegen. Gewalt und Krieg sind keine Mittel der Demokratie, definitiv nicht.

(Beifall AfD)

Wenn dieser Gedenktag aber zugleich als Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus festgeschrieben werden soll, so zeigt dies, dass die Regierungsfractionen nicht imstande sind, der Ambivalenz dieses Tages gerecht zu werden – eine Ambivalenz, an die die AfD-Fraktion in der Plenardebatte vor einem Monat ausdrücklich erinnert hat.

(Beifall AfD)

Da gibt es nichts zu lachen, Frau Rothe-Beinlich.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Doch, leider schon!)

Es war am 8. Mai 1949, also vier Jahre nach Kriegsende, als der FDP-Abgeordnete und spätere erste Bundespräsident, Theodor Heuss, in der 10. Plenardebatte des Parlamentarischen Rates die Ambivalenz, die dieser 8. Mai 1945 für die Deutschen hatte, auf einen sinnfälligen Begriff brachte. Heuss konstatierte, ich zitiere: „Im Grunde genommen bleibt dieser 8. Mai 1945 die tragischste und fragwürdigste Paradoxie der Geschichte für jeden von uns. Warum denn? Weil wir erlöst und vernichtet in einem gewesen sind.“ Heuss war sich der Ambivalenz und der Tragik des 8. Mai völlig bewusst. Wir laufen hingegen Gefahr, die Vielzahl von Bedeutungs- und Deutungsaspekten auszublenken, die dieser Tag mit sich führt, wenn wir ihn allein als Tag der Befreiung verstehen. Das wäre ganz unhistorisch und anachronistisch. Wir sind ehrlicher, wenn wir die Widersprüche und unter-

schiedlichen Bewertungsperspektiven dieses Tages in Erinnerung behalten und uns gerade damit kritisch mit diesem Ereignis auseinandersetzen können. Denn man muss sich die Frage stellen: Was passierte denn vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs? Wurde denn nicht quasi im Ersten Weltkrieg die Ursache für den Zweiten Weltkrieg gelegt? Und vor allem: Wer finanzierte diese Weltkriege? Man muss mal ganz klar die Frage stellen.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wer hat sie eigentlich begonnen?)

Ja, da muss man fragen: Wer hat denn den ersten Schuss abgegeben, bevor die Kriegserklärung abgegeben wurde, Frau Rothe-Beinlich? Das sollte man mal nachlesen.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Widersprüche und Perspektiven des 8. Mai 1945

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Jetzt wird es interessant! Reden Sie weiter, Herr Kießling!)

– hören Sie bitte mal zu – lassen sich nicht einfach unter dem Stichwort der Befreiung auf einen Nenner bringen. Das gilt insbesondere für den sowjetisch besetzten Teil Deutschlands, also auch für Thüringen. Hier schloss sich am Ende des Krieges und der NS-Diktatur die Errichtung einer neuen Diktatur, eines neuen Unrechtsstaats an. Auch die millionenfache Vertreibung von Deutschen aus ihrer angestammten Heimat in den verlorenen Landesteilen kann nur von einem Zyniker als Befreiung beschrieben werden, ganz zu schweigen von den zahllosen Vergewaltigungen deutscher Frauen durch alliierte Soldaten oder auch den Morden an Zivilisten und auch den Sterbewellen in zahlreichen Lagern in Deutschland. Aber all diese Sachverhalte gehören eben auch zum 8. Mai 1945, wie die SPD dankenswerterweise vorhin mit ausgeführt hat. Wie gesagt: Wer will das leugnen? Wollen Sie die ganzen Toten nach dem 8. Mai 1945 leugnen?

Ich will abschließend auch daran erinnern, dass es an dieser Stelle schon einmal einen Tag der Befreiung als Gedenktag gab. 1950 bis 1966 nämlich feierte man den 8. Mai in der DDR offiziell als den „Tag der Befreiung des deutschen Volkes vom Hitlerfaschismus“. Damit wollte das DDR-Regime seine antifaschistische Gründungsmythologie oder seinen Gründungsmythos pflegen. Der Feiertag wurde übrigens genau in dem Jahr eingeführt, in dem die Sowjets das Speziallager Nr. 2 in Buchenwald, dem vormaligen KZ, aufgaben. Auch diese Zusammenhänge gehören zur Erinnerungskultur des 8. Mai und es mutet schon merkwürdig an, dass nun eine Landesregierung, die von der SED-Nachfolgepartei

(Abg. Kießling)

angeführt wird, hier wiederum einen Tag der Befreiung einzuführen gedenkt. Dieses sehr durchsichtige geschichtspolitische Manöver macht die AfD-Fraktion nicht mit. Auch darf ich an die Mehrkosten bei so einer Einführung erinnern.

Ich möchte schließen mit einem Zitat von 1985, einer Rede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, was hier auch in Ihrer Begründung angeführt wurde. Da steht ganz klar drin: „Der 8. Mai ist ein Tag der Erinnerung. Erinnern heißt, eines Geschehens so ehrlich und rein zu gedenken, dass es zu einem Teil des eigenen Innern wird. Das stellt große Anforderungen an unsere Wahrhaftigkeit. Wir gedenken heute in Trauer aller Toten des Krieges und der Gewaltherrschaft.“ Vielen Dank.

(Beifall CDU, AfD)

Vizepräsident Höhn:

Als nächste Rednerin hat Frau Abgeordnete Rothe-Beinlich, Bündnis 90/Die Grünen, das Wort.

Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, die regierungstragenden Fraktionen Die Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben in der Tat ein Gesetz zur Änderung des Feiertagsgesetzes vorgelegt, weil es uns eigentlich um eine, ja, hoffentlich, Selbstverständlichkeit geht, nämlich den 8. Mai als Tag der Befreiung auch so zu begehen als den Tag der Befreiung, der er tatsächlich ist. Ich gebe zu, nach der Rede von Herrn Kießling, insbesondere wenn er sich vom Manuskript gelöst hätte, bin ich schon in großer Sorge, weil – ich riskiere es jetzt mal – ich das als Geschichtsklitterung verstanden habe, die ich für hochgradig gefährlich halte, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber ich glaube, es ist wichtig, bei solchen Themen und gerade auch bei solchen Debatten ganz genau nachzufragen. Deshalb, Herr Kießling: Wer hat denn wann und wie den Krieg begonnen? Ja, wer hat?

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Das ist die Frage! Wer war das?)

Wenn Sie sich die hervorragende Weizsäcker-Rede von 1985 mal ganz genau anschauen – und meine geschätzte Kollegin Birgit Pelke hat gerade schon einiges zitiert, was ich auch vorgetragen hätte –, dann macht er einen Zusammenhang deutlich und den werde ich jetzt auch mit einem Zitat noch einmal aufzeigen. In dieser wirklich wegweisenden Rede – im Übrigen bin ich da sehr froh, eine Weizsäcker-Rede zu zitieren, und ich weiß schon,

warum ich nicht Herrn Heuss zitiere – hat er zum Tag der Befreiung gesagt: „Er hat uns alle befreit“, zitierte auch Frau Pelke schon, „von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.“ Und er sagte dann aber auch: „Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen.“ Das halte ich für extrem wichtig.

Der 70. Jahrestag der Befreiung – wir haben tatsächlich im letzten Plenum im Rahmen einer Aktuellen Stunde schon darüber diskutiert, damals unter den drei Schlagworten „Erinnerung, Gedenken und Verantwortung“. Deutschland hat Europa – ich glaube, da wird niemand widersprechen – mit einem mörderischen, genau genommen mit zwei mörderischen Kriegen überzogen. In unserer Begründung zum Gesetz haben wir das auch noch einmal ausformuliert. Dies bedeutete nämlich für Millionen Menschen den Tod: Millionen Juden, Sinti und Roma, die Zeugen Jehovas, verschleppte Sklaven und Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, die Homosexuellen, die politischen Gefangenen, die Christen, die Kranken und Behinderten, eben all jene, die zur nationalsozialistischen Ideologie in Opposition standen, sie wurden versklavt, verfolgt und ausgelöscht.

Man muss sich klarmachen – auch das haben wir in der Begründung zum Gesetzentwurf ausgeführt –, dass der Antisemitismus den Resonanzboden für einen bis dahin unvorstellbaren Zivilisationsbruch abgegeben hat, nämlich der Shoa. Für diese Opfer bedeutete der 8. Mai 1945 das Ende des unmenschlichen NS-Terrors, der Bedrohung mit dem Tode, des industriellen Massenmords, der Vernichtung durch Arbeit. Ich finde es sehr wichtig, sich daran zu erinnern.

Herr Fiedler, Sie haben darauf hingewiesen, die Rezeption des 8. Mai ist in Ost und West in der Tat sehr unterschiedlich verlaufen. Auch vor der Aufarbeitung dürfen wir uns nicht drücken, in dem Sinne schließe ich mich voll und ganz meiner Kollegin Birgit Pelke an, die sich bereits bedankt hatte für Ihre Sichtweise. Ich will auch noch einiges gerade zur Rezeption in der ehemaligen DDR sagen. Ich sage ausdrücklich – und das habe ich auch schon in der Aktuellen Stunde vor einem Monat hier betont: Uns geht es nicht um verordneten Antifaschismus, der verordnet wird und dann ist alles gut. Denn dass das mitnichten funktioniert, das wissen wir alle. In der DDR war der Tag der Befreiung, so heißt es deshalb auch in unserer Begründung zum Gesetzentwurf, nicht nur ein zentraler Strang zur geschichtspolitischen Untermauerung der SED-Herrschaft, verankert im kommunistischen Widerstand gegen das Naziregime und mit Bezug auf die Rolle der Sowjetunion. Wir wissen, dass der Widerstand von bürgerlichen, kirchlichen und anderen Gruppierungen nur wenig Erwähnung fand und auch die Shoa, auf die ich vorhin schon abgehoben habe,

(Abg. Rothe-Beinlich)

die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung Europas, wurde erst nach 1989 stärker in die ostdeutsche Gedenkkultur aufgenommen. Ich will daran erinnern, dass erst die erste frei gewählte Volkskammer im April 1990 mit einer Resolution Verantwortung übernommen hat. Und in dieser Resolution hieß es wörtlich, ich zitiere: „Wir bitten die Juden in aller Welt um Verzeihung. Wir bitten das Volk in Israel um Verzeihung für Heuchelei und Feindseligkeit der offiziellen DDR-Politik gegenüber dem Staat Israel und für die Verfolgung und Entwürdigung jüdischer Mitbürger auch nach 1945 in unserem Lande.“ Das war erst nach der ersten freien Volkskammerwahl möglich. In der DDR hat diese Rezeption so nämlich überhaupt nicht stattgefunden. Ich habe noch Schulbücher, Geografiebücher, in denen es Israel auf den Landkarten nicht einmal gegeben hat. Das müssen wir uns alle immer wieder vor Augen führen. Deswegen bin ich dankbar für eine ausgewogene Betrachtung. Nichtsdestotrotz, glaube ich, kommen wir doch alle zu dem Schluss, dass der 8. Mai ein Tag der Befreiung gewesen ist, auch wenn danach mitnichten Freiheit für alle herrschte.

(Beifall CDU, AfD)

Gerade in der ehemaligen DDR, das wissen wir, kann man nicht von Freiheit reden, weil auch dort Menschen eingesperrt, drangsaliert, zersetzt wurden, wenn sie in Opposition zum System standen. Trotzdem darf man das niemals gleichsetzen mit dem industriellen Massenmord, so wie ihn die Nazis über die Welt gebracht haben.

(Beifall DIE LINKE)

Ich habe neulich einen – wie ich finde – sehr guten Artikel in der „Süddeutschen Zeitung“ gelesen am 12. April 2015 von Heribert Prantl, der steht unter der Überschrift „Befreiung ist nie zu Ende“. Und ich will aus diesem Artikel zitieren. Heribert Prantl hat da geschrieben: „Vor siebzig Jahren wurden die Häftlinge der Konzentrationslager befreit. Sie wurden befreit von ihren Peinigern, aber nicht von dem Grauen, das sie erlebt hatten. Man wünschte, Deutschland sei damals auch vom Rassismus befreit worden, für alle Zeiten. Man wünschte, dass sich Deutschland in den sieben Jahrzehnten seitdem selbst vollends befreit hätte von Fremdenhass und Nazismus. Es ist leider nicht so. Der alte Rassismus ist immer wieder jung; er flammt immer wieder auf – nicht nur in Tröglitz. Der Bundesaußenminister sorgt sich deshalb um das deutsche Ansehen. Es ist schon wahr: Deutschland wird, auch siebzig Jahre nach Hitler, scharf beobachtet.“ Ich denke, dass wir mit der Einführung eines Gedenktags, der zum Erinnern, der zu Verantwortung einlädt, hier in Thüringen genau den richtigen Rahmen bieten. Ich glaube, das ist ein gutes Signal und ich frage mich: Wer kann da dagegen sein?

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Höhn:

Herzlichen Dank, Frau Abgeordnete. Nun hat das Wort Frau Abgeordnete König, Fraktion Die Linke.

Abgeordnete König, DIE LINKE:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Nach dem, was hier zum Teil in den letzten Minuten – und damit meine ich ausdrücklich nicht die Rede meiner Kollegin Astrid Rothe-Beinlich – zu hören war, stellt sich schon die Frage, was eigentlich los ist im 70. Jahr nach dem 8. Mai 1945, dass hier über die Wehrmacht und inwieweit die Wehrmacht wirklich beteiligt war

(Beifall DIE LINKE)

aus den Reihen der CDU-Fraktion gesprochen wird, dass Geschichtsklitterung – darauf hatte meine Kollegin Astrid Rothe-Beinlich schon hingewiesen – seitens der AfD-Fraktion betrieben wird,

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Eine unberechtigte Unterstellung ist das!)

dass man sich schon die Frage stellen muss, wie viel Erkenntnis denn über das vorhanden ist, was der 8. Mai 1945 bedeutet – und zwar nicht nur für uns, die wir heute hier sitzen, sondern insbesondere für diejenigen, die dank des 8. Mai 1945, dank der Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation befreit wurden. Ich spreche nicht davon, dass die Mehrheit der Deutschen am 8. Mai 1945 befreit wurde, dazu dürfte uns allen zu sehr bekannt sein, wie viele der Deutschen am Dritten Reich teilhatten, wie viele der Deutschen sich beteiligt haben, wie wenige überhaupt Widerstand geleistet haben und wie wenige überhaupt den Mund aufgemacht haben, gesehen haben und sich auch dazu geäußert haben.

(Zwischenruf Abg. Heym, CDU: Weil sie so friedliebend sind!)

Dass es nicht mal möglich ist für Sie, dass Sie in einer Rede zum 8. Mai Ihre Unterstellungen sein lassen, spricht, glaube ich, eher für Sie und wo man Sie einzuordnen hat als alles andere.

(Unruhe CDU)

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diejenigen, die am 8. Mai 1945 befreit wurden, sind nämlich insbesondere die Überlebenden aus den Konzentrationslagern. Martha Gellhorn, eine amerikanische Journalistin, hat den 8. Mai im Konzentrationslager Dachau erlebt und in einer ihrer Reportagen dazu geschrieben: „Wir saßen in diesem Zimmer, in diesem verfluchten Friedhofsgefängnis, und

(Abg. König)

niemand hatte noch etwas zu sagen. Dennoch erschien mir Dachau als der passendste Ort in Europa, um die Nachricht vom Sieg zu hören. Denn gewiss wurde dieser Krieg geführt, um Dachau und alle anderen Orte wie Dachau und alles, wofür Dachau stand, abzuschaffen, und zwar für alle Zeiten.“ Das ist das, was den 8. Mai 1945 kennzeichnet, nämlich die Abschaffung dessen, was die Jahre vorher unter deutschem Regime mit der Mehrheitsbevölkerung in Deutschland stattgefunden hat, die industrielle Vernichtung von Menschen jüdischen Glaubens, die Vernichtung von Sinti und Roma, die Vernichtung von Homosexuellen, politisch Verfolgten, von Christen, von Menschen, die nicht in das Weltbild der Nationalsozialisten passten. Insofern ist der Tag ein Tag der Befreiung und insofern wollen wir den 8. Mai als Gedenktag hier in Thüringen verankern. Und das wollen wir im Jahr 70 nach 1945 auch deswegen, weil im Jahr 70 immer weniger Überlebende da sind, die uns erzählen können von dem, was sie in den Konzentrationslagern erlebt haben, und die uns erzählen können von der Befreiung.

Insofern ist es an uns, Verantwortung zu übernehmen und dafür zu sorgen, dass nie wieder, nie wieder Faschismus weitergetragen wird in der deutschen Gesellschaft und in Europa,

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und das insbesondere angesichts der zunehmenden Übergriffe, die wir heute wieder erleben, angesichts brennender Flüchtlingsheime, angegriffener Flüchtlinge, angesichts marodierender Nazibanden, die – wie erst kürzlich hier in Thüringen – durch Städte ziehen und Menschen willkürlich zusammenschlagen

(Zwischenruf Abg. Heym, CDU: Die anderen waren es nicht?)

ohne Rücksicht, ohne Grenzen zu kennen, ohne die Menschenwürde auch nur im Geringsten zu achten. So halten wir es für notwendig, den 8. Mai als Gedenktag zu verankern, als Tag, an dem wir gedenken, an dem wir erinnern, an dem wir Verantwortung übernehmen und an dem wir – so hatte ich das auch in der Aktuellen Stunden gesagt – ins Handeln kommen und dass wir ihn auch feiern und begehen können als einen Tag des Lebens für diejenigen, die dank des 8. Mai, dank der Unterzeichnung, dank der Kämpfe der Alliierten überleben konnten und mit ihnen, solange sie noch leben, und mit ihren Nachkommen vielleicht auch zusammen feiern können.

Damit negieren wir keineswegs, was nach dem 8. Mai geschehen ist. Aber ich halte es für notwendig, dass wir den 8. Mai als das Ende dessen betrachten, was bis dahin geschehen war. Das bedeutet nicht, auszublenden, was danach in den

heutigen neuen Bundesländern, auf dem ehemaligen Gebiet der DDR, geschah. Das bedeutet überhaupt nicht, auszublenden, wie gefährlich und wie schädlich ein staatlich verordneter Antifaschismus ist. Dass es keinen staatlich verordneten Antifaschismus geben kann und dass dieser falsch ist, das steht zumindest für mich außer Frage. Ein Antifaschismus, der sich für eine freie und offene Gesellschaft einsetzt, kann nur von der Gesellschaft selbst ausgehen und nicht, weil von oben her Entsprechendes formuliert oder in entsprechende Handlungen gegossen wird.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe eben schon erwähnt, dass wir angesichts der zunehmenden Übergriffe, brennender Flüchtlingsheime und Ähnlichem mehr ins Handeln kommen und Verantwortung übernehmen müssen. Wir müssen das aber auch angesichts zunehmender – und ich kann es nicht anders sagen – geschichtsklitternder Äußerungen. Da möchte ich an einer Stelle dann zumindest doch aus der Kleinen Anfrage des Abgeordneten Mohring zitieren, in der er die Rede des Ministers für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten und Chefs der Thüringer Staatskanzlei, Prof. Dr. Hoff, zur Einordnung des 8. Mai zitiert und dazu Fragen stellt. Ein Beispiel unter Frage 3: Prof. Dr. Hoff sagte „Wir verdanken es der sogenannten Wehrmachtausstellung, [...], dass heute keiner mehr sagen kann: Mein Großvater war kein Verbrecher, wenn er über seinen Wehrmachts Großvater sprach.“ Dann die Frage von Herrn Mohring: „Ist der Satz dahin gehend zu verstehen, dass die Landesregierung bis zum Beweis des Gegenteils jeden Soldaten der Wehrmacht für einen Verbrecher hält?“ Wissen Sie, Herr Mohring, die Wehrmachtausstellung hat insbesondere eines erreicht, dass die Legende von der sauberen Wehrmacht, wie sie bis zum Tag der Eröffnung der Wehrmachtausstellung selbst in Deutschland in der Mehrheitsbevölkerung verankert war, nicht mehr gehalten werden konnte.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Unruhe CDU)

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Das sind doch nicht automatisch alles Verbrecher! Genau das Gegenteil! Sie machen aus einer „sauberen Wehrmacht“ eine „Verbrecherwehrmacht“!)

Die Wehrmachtausstellung hat auch gezeigt, an wie vielen Verbrechen die Wehrmacht beteiligt war.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Das bestreitet doch keiner!)

Sie hat auch gezeigt, dass sie an der Vernichtung jüdischer Menschen, unter anderem in der Sowjet-

(Abg. König)

union, beteiligt war. Sie hat auch gezeigt, dass sie an unzähligen Kriegsverbrechen beteiligt war. Diese Frage zu stellen, erinnert mich dann zumindest an die Kritik, die es in den 90er-Jahren zur Eröffnung der Wehrmachtsausstellung aus rechtsoffenen Kreisen gegeben hat, die unter anderem unter dem Demonstrationsmotto „Mein Großvater war kein Verbrecher, mein Opa war kein Verbrecher“ auf die Straße gegangen sind, um gegen die Wehrmachtsausstellung zu demonstrieren. Ich glaube, es ist an uns, zu sagen, dass die Wehrmachtsausstellung dazu beigetragen hat, dass wir erstmalig kritisch reflektieren konnten und auch wissenschaftlich belegt bekamen, was die Wehrmacht mitbrochen hat. Anstelle sich jetzt darüber zu unterhalten, ob die Äußerung von Prof. Hoff eine Pauschalverurteilung darstellt, sollten wir vielleicht die Wehrmachtsausstellung hierher nach Thüringen holen,

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

um denjenigen, denen die Verbrechen der Wehrmacht nicht bewusst sind, nochmals die Möglichkeit zu geben, sie zu erkennen und vielleicht im Anschluss ihre Fragen anders stellen zu können bzw. zurückzunehmen. Denn in dieser Form gibt es zumindest für mich einiges an Anschlussfähigkeiten hin zu den Äußerungen, die ich aus den 90er-Jahren kenne. Das wünsche und hoffe ich nicht, dass das das Ziel Ihrer Fragestellung ist. Danke schön.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Höhn:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete. Es gibt nunmehr weitere Wortmeldungen aus den Reihen der Abgeordneten. Als Nächstem erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Gruhner, CDU-Fraktion.

Abgeordneter Gruhner, CDU:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, zunächst will ich sagen, dass es, glaube ich, gut ist, dass wir hier eine Debatte darüber führen, wie wir in unserem Land gedenken und wie auch die Formen des Gedenkens sind. Ich glaube, das spricht durchaus für das Hohe Haus hier, und ich glaube, es ist auch unstrittig, dass es klarer und fester Bestandteil unserer politischen Kultur ist, dass wir des Holocausts angemessen gedenken müssen. Nur sage ich auch – und da will ich das noch einmal aufgreifen, was Frau König gerade hier gemacht hat –, was natürlich nicht geht, ist, dass man immer in so ein Schwarz-weiß-Denken verfällt, sich dann die Kleine Anfrage meines Kollegen Mike Mohring herausnimmt und dann hier versucht, in irgendeiner Art und Weise Revanchismus oder Ähnliches zu unterstellen. Ich finde, wenn man das, was Herr Prof. Hoff hier vor wenigen Wochen ausgeführt hat,

noch einmal genau nachliest, dann ist das, was der Kollege Mohring hier an Fragen vorgelegt hat, mehr als berechtigt. Dieser Debatte werden Sie sich stellen müssen.

(Beifall CDU)

Weil Sie hier natürlich auch noch einmal – und das ist Ihr gutes Recht – breit vorgetragen haben, warum Sie diesen Gesetzentwurf vorgelegt haben, will ich schon noch einmal zumindest die Frage stellen, worum es Ihnen offenbar im Kern eigentlich geht. Mein Eindruck ist nämlich, es geht Ihnen im Kern gar nicht darum, dass Sie primär der größten Katastrophe der Menschheitsgeschichte hier gedenken wollen. Sondern um was geht es Ihnen eigentlich? Ihnen geht es darum, mit Geschichtspolitik – und auch das ist per se nichts Schlechtes –, aber Ihnen geht es darum, dass Sie hier Geschichtspolitik betreiben, um die Geschichtsschreibung der SED in das 21. Jahrhundert zu transformieren.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist ja absurd!)

Das ist Ihr eigentliches Motiv und ich sage ausdrücklich, wir haben schon sehr differenziert zur Kenntnis genommen

(Beifall CDU, AfD)

(Unruhe DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Sie machen es durch Geschrei ja nicht besser –, dass Frau Pelke hier deutlich differenzierter argumentiert, als es Die Linke die gesamte Zeit tut, indem sie nämlich auch noch einmal – und das finde ich wichtig – in dieser Debatte den 17. Juni mit angeführt hat.

Vizepräsident Höhn:

Herr Abgeordneter Gruhner, es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage.

Abgeordneter Gruhner, CDU:

Das würde ich im Anschluss dann gern machen.

Und weil ich sage, Ihnen geht es darum, das Geschichtsbild der SED ins 21. Jahrhundert zu transformieren, will ich Ihnen auch sagen, wie das aussah, um Sie noch einmal daran zu erinnern. Willy Brandt – und ich will ihn wiederum zitieren – hat 1965 im Mai sehr treffend Folgendes gesagt, ich zitiere das mal: „Die Einheitspartei versucht, der Welt glauben zu machen, dass bei uns im Westen alles braun sei, während man in der Zone die richtigen Konsequenzen aus Krieg und NS-Diktatur gezogen habe.“ Ich finde, Willy Brandt hat gut zusammengefasst, worum es hier eigentlich ging. Es ging immer

(Abg. Gruhner)

darum, eine gewisse moralische Überlegenheit der SED-Diktatur und der DDR gegenüber der freiheitlich-demokratischen Grundordnung in den alten Ländern deutlich zu machen. Es ging darum, die DDR als die bessere Welt darzustellen. Das war auch Gründungslegende der DDR. Deswegen sagen wir ganz klar: Natürlich ging es bei diesem 8. Mai auch um die Legitimation der SED-Herrschaft und genau das und genau dieses Geschichtsverständnis

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das habe ich vorhin gesagt! Genau das habe ich gesagt!)

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– hören Sie doch mal zu! – versucht insbesondere die Linke ins 21. Jahrhundert hinüberzuretten.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb ist der Vorwurf, den man hier berechtigterweise erheben kann, ganz klar: Sie wollen bewusst in Ihrem Sinne ins kollektive Gedächtnis eingreifen, Sie wollen Geschichtsbewusstsein verändern und Sie wollen den Menschen weismachen, dass

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE: Bewusstsein schaffen!)

die Menschen in der DDR auch zur Freiheit befreit wurden, obwohl Sie wissen, dass das Gegenteil der Fall war.

(Beifall CDU, AfD)

Deswegen kann man überall diese Themen ganz berechtigt diskutieren, aber ich finde, das Motiv, was Sie haben, um diesen 8. Mai hier als Gedenktag zu verankern, ist sehr stark zu hinterfragen und das zeigt auch, um was es Ihnen eigentlich geht. Sie wollen ein Stück weit Umdeutung von Geschichte, um eine andere Vorstellung von der Zukunft zu begründen. Dass das der eigentliche Kern Ihrer Regierungsmission ist, hat wiederum der Chef der Staatskanzlei am 23.03. in der „Thüringer Allgemeinen“ sehr treffend ausgeführt. Er hat dort gesagt, ich zitiere: „Wir setzen auf eine allmähliche Transformation, auf eine schrittweise Veränderung der Gesellschaft. Wenn Sie so wollen: Das Revolutionäre wird man erst in der Rückschau erkennen.“ Es geht also hier ganz klar um gesellschaftliche Veränderungen.

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE: Kinderarmut abschaffen zum Beispiel! Was wollen Sie denn erreichen?)

Da ist Ihnen dieses Instrument von Geschichtspolitik ganz recht, um genau das zu erreichen. Sie wollen Geschichtsbewusstsein ganz deutlich verändern. Das muss man in so einer Debatte auch mal sagen dürfen.

(Beifall CDU, AfD)

Wenn hier von Ihnen permanent der Vorwurf der Geschichtsklitterung kommt, will ich das schon einmal aufgreifen, was Herr Hoff – und Kollege Mohring hat es in seiner Kleinen Anfrage zitiert – gesagt hat: „Die Weimarer Republik ist nicht am Konflikt zwischen Kommunisten und Nazis gescheitert, sondern am Verrat der Deutschnationalen an der Republik und an ihren Werten.“ Auch hier blenden Sie, wenn Sie uns und anderen Geschichtsklitterung vorwerfen, doch selbst aus, welche Rolle beispielsweise die KPD, in deren Tradition Sie sich auch ein Stück weit sehen, gespielt hat. Deswegen ist der Vorwurf der Geschichtsklitterung zunächst erst einmal an Sie selbst zu richten.

(Beifall CDU, AfD)

(Unruhe DIE LINKE)

Kollege Fiedler hat heute ein anderes Zitat von Willy Brandt zitiert. Ich finde es schon bemerkenswert, dass gerade ein Sozialdemokrat hier die Dinge auch so differenziert gesehen hat. Er hat doch klar gesagt, dass es eben darum geht, dass es um Befreiung geht, wenn wir darüber sprechen, wozu wir auch befreit wurden. Deswegen bestreitet doch auch niemand von uns, dass der 8. Mai ein Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus gewesen ist, aber er hat nicht allen Freiheit gebracht. Genau deswegen, weil man diese Differenzierung machen muss, ist es so schwierig, diesen 8. Mai als Gedenktag zu verankern, um einen historischen Konsens auch in der Bewertung dieser Frage in der Gesellschaft herzustellen. Ich finde, diese Widersprüchlichkeit des Geschehens, dass es hier nicht für alle Freiheit gab, muss man anerkennen. Die muss man berücksichtigen, wenn man über das Gedenken in unserem Land spricht und wenn man das auch gesetzlich verankern möchte. Deswegen will ich Sie einfach nur auffordern, zur Kenntnis zu nehmen, dass es hier eine Widersprüchlichkeit gibt, weil es nicht für alle Menschen Freiheit gab, sowohl in der DDR als auch für diejenigen, die von Kriegsgefangenschaft, von Flucht und Vertreibung betroffen waren.

(Beifall CDU, AfD; Abg. Gentile, fraktionslos)

Deswegen sage ich es noch einmal ganz klar: Wir wollen selbstverständlich in unserer Gedenkkultur ein angemessenes Gedenken an den Holocaust,

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Dann stimmen Sie doch zu!)

an den Krieg, aber genau deswegen haben wir doch in Deutschland den 27. Januar als einen ganz geeigneten Gedenktag,

(Beifall CDU)

der sogar von der UN zum Internationalen Gedenktag des Holocausts eingeführt wurde, nachdem wir

(Abg. Gruhner)

das zunächst in Deutschland getan hatten. Deswegen gibt es doch einen breiten Konsens gerade für diesen Tag in unserer Gesellschaft, um des Holocausts angemessen zu gedenken. Aber was Sie machen, Sie machen mit Ihrem Gesetz und indem Sie den 8. Mai zum Gedenktag erklären wollen, genau das Gegenteil, nämlich Sie spalten in dieser Frage, was der richtige Tag und was das angemessene Gedenken für den Holocaust ist.

(Beifall CDU; Abg. Gentile, fraktionslos)

Diesen Spaltungsvorwurf müssen Sie sich gefallen lassen und diesen Spaltungsvorwurf

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Sie spalten!)

müssen Sie zunächst erst einmal entkräften, denn einen wirklichen Konsens werden Sie damit nicht herstellen können und das schadet unserer Gedenkkultur insgesamt. Deswegen ist es richtig, dass meine Fraktion den 8. Mai als Gedenktag hier ablehnen wird. Schönen Dank.

(Beifall CDU, AfD; Abg. Gentile, fraktionslos)

Vizepräsident Höhn:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Gruhner. Sie hatten zugesagt, eine Zwischenfrage von Frau Abgeordnete Rothe-Beinlich zu beantworten.

Abgeordneter Gruhner, CDU:

Gern.

Vizepräsident Höhn:

Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Gruhner, ich frage mich ernsthaft, ob Sie die Begründung gelesen und vor allem Ihre Rede vor dem Hintergrund, wenn Sie sie gelesen haben, so stehen lassen wollen und zum Dritten, ob Sie zur Kenntnis genommen haben, dass es die DDR seit 25 Jahren nicht mehr gibt und wir eine sehr differenzierte Rezeption des 8. Mai anstreben.

Abgeordneter Gruhner, CDU:

Frau Kollegin Rothe-Beinlich, in der Tat, die DDR gibt es nicht mehr, aber wir haben auch zur Kenntnis genommen, dass die Linke sich selbstverständlich in der Tradition der SED sieht und dass sie ihre Nachfolgepartei ist und genau deswegen stellen wir weiterhin berechtigt diese Fragen und ich finde es schade,

(Beifall CDU, AfD)

dass Sie als Grüne uns hier sagen wollen, dass wir diese Fragen nicht mehr stellen dürfen.

(Unruhe DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Beifall CDU, AfD)

Vizepräsident Höhn:

In der Reihenfolge der Wortmeldungen hat jetzt das Wort Herr Abgeordneter Kobelt, Bündnis 90/Die Grünen. Ich habe Ihre Wortmeldung gesehen, Frau Abgeordnete.

Abgeordneter Kobelt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte CDU-Fraktion, möchte ich jetzt mal sagen, als Herr Fiedler gesprochen hat, wollte ich mich gern zu Wort melden, aber Herr Gruhner hat es mit seinem moralischen Imperativ noch getoppt. Ich finde es unanständig, wenn Sie sich von dem Antrag Punkte herauspicken, die in Ihrer Propagandarede in den Kram passen, und nicht den ganzen Antrag richtig lesen.

(Heiterkeit CDU)

Wir haben uns als rot-rot-grüne Koalition sehr intensiv mit diesem Thema auseinandergesetzt. Wenn Sie einmal genau in die Begründung reinschauen – aber ich befürchte, dass Sie, beide Redner der CDU-Fraktion, entweder mit Absicht oder auch mit Nachlässigkeit nicht so weit gekommen sind –, dann werden Sie ganz deutlich sehen, dass beide Sichtweisen der Geschichte dargestellt sind. Ich zitiere aus der Begründung: „Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten“.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und so geht es weiter: „In der Deutschen Demokratischen Republik war der Tag der Befreiung nicht nur ein zentraler Strang der geschichtspolitischen Untermauerung der SED-Herrschaft – verankert im kommunistischen Widerstand gegen das Nazi-Regime und mit Bezug auf die Rolle der Sowjetunion. Der Widerstand bürgerlicher, kirchlicher sowie anderer Gruppierungen fand nur wenig Erwähnung. Zudem wurde die Shoa, die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung Europas, erst nach 1989 stärker in die ostdeutsche Gedenkkultur aufgenommen.“

Sehr geehrte Damen und Herren, ich habe als Grüner großen Respekt vor den Linken, die sich selbst in so einem Antrag mit der Geschichte auseinandergesetzt haben und in der Abstimmung mit der rot-rot-grünen Koalition sowohl die Begründung als auch die Debatte geführt haben.

(Abg. Kobelt)

Sehr geehrter Herr Gruhner, Sie sind noch relativ jung. Ich glaube, zur Wendezeit waren sie fünf Jahre, ich war 14 zu der Zeit. Deswegen taugen wir vielleicht jetzt nicht als Geschichtsbericht, aber ich lasse einmal einen anderen Zeitgenossen aus der DDR-Zeit zu Wort kommen. Da heißt es: „Der Sozialismus ist die Gesellschaftsformation, in der sich alle Anstrengungen auf das Wohl der Menschen richten, in der die Grundrechte des Menschen nicht nur angesprochen, sondern verwirklicht werden.“

(Heiterkeit CDU)

Liebe CDU-Fraktion, das ist jetzt kein Zitat gewesen, was von der Linken gekommen ist, sondern von Ihren Abgeordneten, was 1987 Ihre Worte waren, von Abgeordneten der CDU-Fraktion. Daher wünsche ich mir wirklich, dass Sie hier keine Sonntagsreden halten,

(Beifall BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

sondern dass Sie sich als CDU-Fraktion ernsthaft, so, wie es die Linke in der rot-rot-grünen Koalition auch macht, mit der Geschichte auseinandersetzen, debattieren und die Aufarbeitung endlich auch in Ihren Reihen beginnt. Dann würden Sie, glaube ich, auch nicht so schnell über andere urteilen und moralisch über Rot-Rot-Grün und die Aufarbeitung urteilen. Danke.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Höhn:

Frau Abgeordnete Rothe-Beinlich, Ihre Wortmeldung wäre die Nächste. Sie haben noch 1 Minute und 6 Sekunden.

(Zwischenruf Abg. Heym, CDU: Das reicht auch!)

Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin Roberto Kobelt sehr dankbar für seine Worte, die ich voll und ganz teile. Hätte Herr Gruhner vorhin zugehört, hätte er wahrgenommen, dass ich genau diesen Teil der Begründung unseres Gesetzentwurfs hier auch schon vorgetragen hatte. Hätte Herr Gruhner weiterhin zugehört, hätte er auch wahrgenommen, was ich hier ausgeführt habe zum Umgang der DDR oder Nichtumgang der DDR mit der Verantwortung für die Vernichtung der Juden mit der Shoa. Ich habe auch den ersten Volkskammerbeschluss zitiert. Es ärgert mich so, Herr Gruhner, dass Sie überhaupt nicht in der Lage sind, auf das einzugehen, was hier vorgetragen wird, dass Sie nicht einmal die Begründung lesen, die einem solchen Gesetzentwurf beigelegt ist, sondern Ihre vorgefertigte Rede hier ablesen. Das sind Scheu-

klappen, die ich mir heute im 21. Jahrhundert und in einer lebendigen Demokratie so nicht mehr wünsche. Wenn es um die Sache geht, sollten wir doch schauen, wer bereit ist, sich der Vergangenheit zu stellen, und das differenziert und das auch, wo es wehtut. Wir jedenfalls sind es und wir hoffen nach wie vor darauf, dass Sie sich dem anschließen können.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Höhn:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete. Es gibt eine weitere Wortmeldung für die Fraktion Die Linke. Herr Abgeordneter Hausold.

Abgeordneter Hausold, DIE LINKE:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich sage mal, lieber Kollege Wolfgang Fiedler, selbstverständlich ist es gut und richtig, dass wir auch und gerade zu einem solchen Thema heute wie in den vergangenen 25 Jahren mit Freiheit, Offenheit, Meinungsfreiheit und unterschiedlichen Auffassungen über diese Frage debattieren können, was wir so – denn wir kommen ja aus der DDR – in der DDR nie gekonnt hätten, denn Meinungsfreiheit, Redefreiheit, Pressefreiheit, das gab es alles in der Verfassung der DDR, aber nicht in der Wirklichkeit des Lebens in der DDR.

(Beifall CDU)

Herr Gruhner, Ihnen sehe ich ein bisschen nach, dass Sie in dieser Legislaturperiode hier neu sind. Über die Frage, die wir gerade kurz angerissen haben, was die Bewertung der DDR betrifft, haben wir natürlich schon viele Debatten geführt. Es ist auch richtig, dass wir sie immer wieder führen müssen. Sie können sich natürlich auch in den Plenarprotokollen der vergangenen Sitzungen der vergangenen Wahlperiode darüber unterrichten, dass auch die Linke mehrmals zu diesen Fragen hier ausführlich Stellung genommen hat, sich kritisch mit der DDR, mit ihrer eigenen politischen Verantwortung, mit der der Vorgängerpartei SED auseinandergesetzt hat. Deshalb muss ich Sie fragen, dann reden Sie mit Ihren Fraktionskollegen: Woher nehmen Sie die Überzeugung, dass wir den politischen Mustern und Auffassungen der SED anhängen würden? Das ist in allen diesen zentralen Fragen nicht der Fall.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt vielleicht noch mal zu dieser Frage, die Sie auch erwähnt hatten. Ja, es ist völlig richtig, das, was in der DDR danach folgte – ich hatte es gerade erwähnt –, kann mit Demokratie und Freiheit im universellen Sinne in keinem Fall in Übereinstimmung

(Abg. Hausold)

gebracht werden. Aber daraus können Sie nicht schlussfolgern, dass es etwa nicht so gewesen wäre, dass 1945 alle Menschen in Deutschland von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft befreit wurden – alle Menschen, egal, wie die Entwicklungen später unterschiedlich weitergegangen sind.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb ist dieser Tag in jedem Fall und auch bei unterschiedlichen geschichtlichen Bewertungen eines Gedenkens würdig, meine Damen und Herren. Das sage ich auch noch mal Ihnen von der CDU-Fraktion.

Ich will noch auf zwei Punkte verweisen. Wir hatten in der Fraktion der PDS – ich denke, diese ist es noch gewesen – vor vielen Jahren eine Debatte mit dem amerikanischen Wirtschaftskonsul, damals Herrn Linderman. Da ging es ziemlich zur Sache im Zusammenhang mit den aktuellen Kriegsentwicklungen im Irak und anderswo in der Welt. Dann kamen wir auch auf diese Fragen 1945 zu sprechen. Natürlich wissen wir um die Verbrechen unter Stalin in der Sowjetunion, die also gewaltige Opfer gekostet hatten, die mit Terror verbunden waren, die auch Millionen Kommunisten – im Übrigen im guten Glauben, sich für ihr Land einzusetzen – abgeschlachtet haben. Dieser amerikanische Konsul hat in der etwas erhitzten Debatte damals gesagt: Ja, wenn Sie uns für das und das kritisieren, dann müssen Sie uns aber auch dafür kritisieren – und das war für uns schon ein bisschen ein Überlegungsgrund im Nachgang, dass wir uns mit einem Diktator wie Stalin zusammengetan haben, um den Nationalsozialismus, seine Herrschaft, dieses mörderische Regime letzten Endes in der Anti-Hitler-Koalition zu überwinden. Das gehört natürlich auch zur differenzierten Geschichtsbetrachtung, wenn man heute über diese Fragen redet.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun ganz zum Schluss: Ich weiß ja nicht, ob ich Sie in der Frage ein bisschen zum Nachdenken bringen kann. Eingedenk unserer kritischen Bewertung zur DDR, aber wenn man es sich genau überlegt, sicher wäre es aus heutiger Sicht gut gewesen für all die Menschen in Ostdeutschland, dieser Weg hätte nicht so gegangen werden müssen, wie er sich unter Führung der SED im Abgehen von ihren Idealen usw. vollzogen hat. Aber trotzdem, meine Damen und Herren, bleibt es geschichtlich eine Wahrheit: Auch die friedliche Revolution von 1989 wäre nicht möglich gewesen ohne den 8. Mai 1945 – denn das will sich doch von uns niemand vorstellen, was wir gehabt hätten, wenn die Anti-Hitler-Koalition Deutschland nicht von diesem Regime befreit hätte.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gestatten Sie mir noch eine Bemerkung zu einer durchaus differenzierten Betrachtung der Wehrmacht. Das war übrigens für meine Begriffe ein kolossales geschichtliches Versäumnis in beiden deutschen Staaten nach 1945, auch in der DDR im Übrigen. Da war nämlich der Zustand, es gab die Kommunisten und dann noch die Sozialdemokraten ganz stark abgestuft und einige andere, die haben alle Widerstand geleistet, aber so, wie das bei uns immer rübergekommen ist, musste man eigentlich annehmen, das ganze Volk war irgendwie im Widerstand gegen die nationalsozialistische Herrschaft. In Westdeutschland wurden diese Themen auch nie angedebattiert. Deshalb muss ich sagen: Ja, zu den schmerzlichen Wahrheiten von heute gehört auch, dass der überübergroße Teil der Menschen in Deutschland dieses Regime entweder unterstützt oder zumindest geduldet hat. Das ist eine schmerzliche Wahrheit, auch wenn man mit seinen Eltern und gegebenenfalls Großeltern darüber redet, und das ist sehr differenziert zu betrachten. Das ist alles richtig, meine Damen und Herren. Aber wenn man sich dieser Wahrheit heute im Jahr 2024

(Heiterkeit CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Entschuldigung –, 2015 nicht verschließen kann, dann ergibt sich doch daraus auch, wie das Verhältnis zur Wehrmacht gewesen ist, die nichts anderes war als diese Armee mit der ganzen Breite des Volkes bei der Größe, die sie letzten Endes hatte, und bei – das ist letztens erwähnt worden – 7 Millionen oder noch mehr Mitgliedern der NSDAP, die das politisch aktiv mitgetragen haben. Aus all diesen Gründen müssen wir uns natürlich weiter mit diesen Fragen auseinandersetzen. Wir werden immer differenzierte Betrachtungen haben. Aber ich bitte Sie noch mal unter diesem Gesichtspunkt, egal, wie die Entwicklung danach verlaufen ist, dieser 8. Mai 1945 war ein Tag der Befreiung, er hat erst wirklich ermöglicht, dass wir heute in diesem Thüringer Landtag debattieren können, und die friedliche Revolution von 1989 war auch die Voraussetzung dafür. Aber ich sage es noch mal: Sie hatte auch eine Voraussetzung im 8. Mai 1945. Denken Sie bitte darüber nach!

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Höhn:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Hausold. Er war seiner Zeit jetzt mächtig voraus. Es gibt eine weitere Wortmeldung des Abgeordneten Wirkner, CDU-Fraktion.

Abgeordneter Wirkner, CDU:

Werter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, es war heute nicht mein Thema,

(Abg. Wirkner)

aber die angeregte Debatte hat mich bewegt und mich letzten Endes dazu angeregt, hier heute zu sprechen. Der 8. Mai 1945 war ein Tag der Freude und der Trauer zugleich, eine Freude für die, die ihre Männer aus dem Krieg zu Hause wieder empfangen konnten, und ein Tag der Trauer für jene, die ihre Heimat verloren hatten, ein Trauertag für jene, die ihre Männer im Krieg gelassen hatten oder Verwandte verloren hatten. Jeder hat den 8. Mai anders erlebt.

(Zwischenruf Abg. Wolf, DIE LINKE: Welche Seite meinen Sie denn?)

Aber es war das Kriegsende, die Kapitulation eines nationalsozialistischen Systems gegenüber den Alliierten. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, ich bin erschüttert darüber, dass wir einen Gesetzentwurf einbringen müssen, um uns an diesen Tag zu erinnern und seiner zu gedenken. Das ist für mich – und, ich glaube, für viele, vor allen Dingen in den älteren Lebensjahren – eine Selbstverständlichkeit, dass der 8. März ein Gedenktag ist

(Zwischenruf aus dem Hause: 8. Mai!)

– Entschuldigung –, der 8. Mai ein Gedenktag ist.

(Unruhe DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Umso mehr befremdet es mich, dass es dazu überhaupt einen Gesetzentwurf geben muss. Ich persönlich kann nur sagen ...

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Umso schlimmer ist Ihre Reaktion darauf!)

Bitte sind Sie nicht immer so laut, das stört den Ablauf hier. Ich habe Ihnen das schon einmal gesagt.

(Heiterkeit und Beifall CDU)

Man kann in der Ruhe über alles diskutieren. Ich bin beschämt darüber, in welcher Form diese Debatte zum 8. Mai hier abgelaufen ist. Ich sage Ihnen, ich brauche diesen Gedenktag nicht als gesetzlich festgeschriebenen Feiertag. Für mich ist das eine Selbstverständlichkeit und, ich glaube, für viele Menschen in unserem Land auch. Danke.

(Beifall CDU, AfD)

Vizepräsident Höhn:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Wirkner. Ich schaue noch einmal ins Plenum. Es liegen mir keine Wortmeldungen von Abgeordneten vor. Für die Landesregierung hat sich Herr Staatssekretär Götze zu Wort gemeldet.

Götze, Staatssekretär:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, lassen Sie mich für die Landesregierung zu dem Gesetzentwurf der drei re-

gierungstragenden Fraktionen kurz Stellung nehmen.

Ja, der 8. Mai hat in der Geschichte Nachkriegsdeutschlands eine ambivalente Rolle gespielt. Er war auf dem Gebiet der DDR nahezu von Anfang an als Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus begangen worden und hatte hier über lange Jahre hinweg den Rang eines gesetzlichen, das heißt arbeitsfreien, Feiertags. Allerdings muss dieser Befund – darauf wurde in der Debatte bereits deutlich hingewiesen – mit folgendem Hinweis versehen werden: Es hat die Befreiung vom Nationalsozialismus und Faschismus in der ehemaligen DDR bekanntlich nicht in die Freiheit geführt. Ambivalenz und Unsicherheit mit dem Datum ließ sich aber auch in der alten Bundesrepublik beobachten. Hier brachte erst das Jahr 1985, in welchem sich das Kriegsende zum 40. Mal jährte, eine Wende und Neubewertung. Damals stellte der hier bereits oft zitierte Bundespräsident von Weizsäcker in seiner bekannten Rede vor dem Bundestag die Bedeutung des Tages als dann wahrgenommene Chance einer Zukunft in Freiheit in den Vordergrund. Einer Freiheit, die sich anderthalb Jahrzehnte später auch die Bürger im Osten Deutschlands erkämpfen konnten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich denke, dass nun 70 Jahre oder mehr als zwei Generationen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs die Zeit gekommen ist, der Bedeutung des Tags für die jüngere deutsche Geschichte, die auch die Geschichte Deutschlands in einem vereinten Europa ist, Rechnung zu tragen. Die Schaffung eines offiziellen Gedenktags, dauerhaft durch ein Parlamentsgesetz gesichert, ist hierzu der richtige Weg. Es wird damit in der Demokratie auch ein deutliches Zeichen gesetzt gegen jene Kräfte, die sich von den Parolen eines dumpfen Nationalismus angezogen fühlen, den freiheitlichen Rechtsstaat offen verachten und die Geschichte in einem völkisch-rassistischen Sinn umzudeuten versuchen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich wäre Ihnen dankbar, wenn das Gesetzesvorhaben die größtmögliche Unterstützung des Hauses erfährt.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Bedeutung des 8. Mai zu würdigen, sollte Anliegen aller demokratischen Parteien sein. Herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Höhn:

Vielen Dank, Herr Staatssekretär. Noch einmal der Blick in die Runde. Es liegen mir keine Wortmeldungen mehr vor. Damit schließe ich die Aussprache.

(Vizepräsident Höhn)

Mir liegen eine Reihe von Anträgen auf Ausschussüberweisung vor. Ich lese diese erst einmal vor, verbunden mit der Frage, ob es dann noch weitere gibt; zunächst einmal an den Ausschuss für Europa, Kultur und Medien, Ausschuss für Wirtschaft und Wissenschaft, Ausschuss für Migration, Justiz und Verbraucherschutz und natürlich an den Innen- und Kommunalausschuss. Gibt es weitere Anträge? Das kann ich nicht erkennen, also stimmen wir jetzt in der Reihenfolge ab.

Wer für die Überweisung an den Ausschuss für Europa, Kultur und Medien ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Bei einer Reihe von Stimmenthaltungen aus den Reihen der AfD-Fraktion mit großer Mehrheit angenommen.

Ich stelle die Überweisung an den Ausschuss für Wirtschaft und Wissenschaft zur Abstimmung. Wer dafür seine Stimme abgibt, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Stimmen aus der CDU-Fraktion und eines Teils der AfD-Fraktion. Gegenstimmen? Gegenstimmen kommen aus den Reihen der Fraktionen Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD. Damit ist diese Überweisung abgelehnt.

Wir stimmen ab über die Überweisung an den Ausschuss für Migration, Justiz und Verbraucherschutz. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Die Gegenprobe. Stimmenthaltun-

gen? Stimmenthaltungen aus den Reihen der AfD-Fraktion. Damit mit großer Mehrheit angenommen.

Und last, but not least an den Innen- und Kommunalausschuss. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Wiederum Stimmenthaltungen aus den Reihen der AfD.

Wir stimmen nun noch über die Federführung ab. Die Federführung soll der Innen- und Kommunalausschuss erhalten. Wer dafür ist, den bitte ich um sein Handzeichen. Danke schön. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Wiederum aus einem Teil der AfD-Fraktion Stimmenthaltungen. Damit mit großer Mehrheit angenommen.

Ich schließe diesen Tagesordnungspunkt und schließe die heutige Sitzung. Ich verweise noch einmal auf den Beginn des parlamentarischen Abends des Landfrauenverbands um 19.00 Uhr. Wir sehen uns am morgigen Tag um 9.00 Uhr hier wieder.

Ende: 18.08 Uhr